

A1 Natur- und Umweltschutz

Antragsteller*in: Katrin Lögering

Text

- 1 Grün ist...
- 2 ... Natur und Umweltschutz in den Vordergrund stellen
- 3 Natur- und Umweltschutz in den Vordergrund
- 4 Wir schützen die Umwelt, um Dortmund zu einer noch lebenswerteren Stadt zu
- 5 machen.
- 6 Deswegen kämpfen wir für den Erhalt von Natur und Artenvielfalt.
- 7 Sowie für Lebensräume, den Schutz von Tieren und für nachhaltig erzeugte
- 8 Lebensmittel.
- 9 Die letzten Hitzesommer haben gezeigt, es ist höchste Zeit für grüne Ideen.
- 10 Natur- und Umweltschutz dürfen nicht nur begleitend mitgedacht werden, sondern
- 11 müssen die Grundlage jeder Entscheidung sein.
- 12 Es ist Zeit Industrie, Wirtschaft und Umwelt nicht weiter als Widerspruch
- 13 zusehen, sondern mit modernen grünen Konzepten zusammenzuführen.
- 14 Gemeinsam können wir, die vielfältige Natur und Umwelt in Dortmund auch für die
- 15 Zukunft erhalten!
- 16 ... Mehr Grün für Dortmund
- 17 Unsere Ziele sind der Erhalt und der Ausbau von Natur- und
- 18 Landschaftsschutzgebieten sowie mehr Grün in der Stadt. Da sie wichtige
- 19 Lebensstätten für Tiere und Pflanzen sind und als Erholungsraum entscheidend zur
- 20 Lebensqualität beitragen. Naturnahe Freiräume sollen unter Berücksichtigung des
- 21 Naturschutzes allen Menschen möglichst fußläufig zugänglich sein.
- 22 Daher setzten wir uns für den Erhalt von Flächen wie Rhader Hof, Wickede-West,
- 23 Asseln-Süd, Groppenbruch und Buddenacker ein. Sie sollen im Landschaftsplan als
- 24 Landschaftsschutzgebiete und im Flächennutzungsplan als Freiraum dargestellt
- 25 werden.
- 26 Wir kämpfen gemeinsam mit Initiativen gegen den Weiterbau der OW III a/L 663,
- 27 einer Umgegehungsstraße die quer durch eine der wenigen unzerschnittenen
- 28 Grünflächen geführt werden soll, obwohl die Fläche entscheidend zum lokalen
- 29 Klima beiträgt.
- 30 Im Straßenraum braucht es mehr grüne Inseln, statt versiegelter Fläche um
- 31 Dortmund den Anforderungen des Klimawandels anzupassen. Es benötigt mehr
- 32 Fassaden- und Dachbegrünung, mehr Pflanzen auf Parkplätzen und in
- 33 Gewerbegebieten statt grauem Beton. Natürliche und naturnahe Flächen tragen
- 34 wesentlich zu einem guten Stadtklima bei, sie können Schadstoffe aus der Luft
- 35 filtern, den Energieverbrauch senken und wirken dem Insektensterben entgegen.
- 36 Daher wollen wir Grünzüge weiter vernetzen und ausbauen, Flächen für den
- 37 Naturschutz reservieren und Teilflächen sich selbst überlassen. Verbundkorridore
- 38 zwischen Naturschutzgebieten müssen verbindlich definiert und in den
- 39 Landschaftsplan aufgenommen werden.

40 Dortmund benötigt ein ökologisches Grünflächenkonzept für städtische Flächen im
41 Siedlungs- und Straßenraum. Hierzu gehören neben Erhalt und Ausbau von
42 artenreichen Wildblumenwiesen auch mehr Streuobstwiesen und naturnahe
43 Parkanlagen. Für Gartenbesitzer*innen soll im Umweltamt ein Beratungsangebot
44 geschaffen werden, um die Einrichtung von ökologischen Gartenflächen zu fördern.

45 Wir wollen ein Grünordnungskonzept, dass Unternehmen unterstützt die ihre
46 Gewerbeflächen und Gebäude begrünt. Ein*e im Umweltamt angesiedelte
47 Gewerbegebietsmanager*in kann Unternehmen über die Veränderungsmöglichkeiten in
48 Richtung Nachhaltigkeit beraten, sowie Lösungen zusammen mit den Fachämtern der
49 Verwaltung entwickeln.

50 ... Saubere Luft für alle

51 Feinstaub tötet jährlich mehrere hunderttausend Menschen und kann zu Allergien
52 und Lungenerkrankungen führen. Die Einhaltung der EU-Feinstaubgrenzwerte ist
53 nicht nur eine Frage des Umweltschutzes sondern auch eine der sozialen
54 Gerechtigkeit, da häufig Menschen mit niedrigen Einkommen in besonders
55 belasteten Gebieten wohnen. Wir kämpfen gegen jede Art von
56 gesundheitsschädigenden und Krebsfördernden Schadstoffemissionen.

57 Dazu fordern wir mehr Grünflächen im Innenstadtbereich und einen konsequenteren
58 Baumschutz gegenüber Baumaßnahmen, sowie die Neubepflanzung von leeren
59 Baumscheiben.

60 Die vorhanden Frischluftschneise müssen erhalten und erweitert werden. Neben der
61 Bedeutung für die Gesundheit sind diese auch entscheidend für das Stadtklima.
62 Dies muss bei Bauvorhaben zwingend berücksichtigt werden.

63 Feuerwerksfreie Zonen müssen ausgeweitet und die Anzahl der jährlichen
64 Feuerwerke reduziert werden, sowohl im Sinne des Tierschutzes als auch zur
65 Reduzierung der CO₂- und Feinstaubbelastung.

66 ... Sauberes Wasser zu schützen

67 Nach Angaben des Umweltbundesamtes gelangen Schwermetalle,
68 Medikamentenrückstände und auch Mikroplastik verstärkt über das kommunale
69 Abwasser in unsere Flüsse und Gewässer. Das Trinkwasser in Dortmund hat eine
70 sehr gute Qualität, dies muss auch für das Abwasser gewährleistet sein, damit
71 dies so bleibt. Wir setzen uns im Sinne des Vorsorgeprinzips für eine bessere
72 Aufklärung von Landwirt*innen und Verbraucher*innen ein. Die Einführung der 4.
73 Reinigungsstufe soll in allen städtischen Kläranlagen erfolgen. Um gegen
74 illegale Abwassereinleitungen vorzugehen, fordern wir – in Zusammenarbeit mit
75 der Emschergenossenschaft – mehr Kontrollen über die renaturierten Bäche.

76 ... Damit es Nachts auch dunkel wird

77 Viele Menschen empfinden nachts eine Belästigung durch zu viel unruhiges und zu
78 buntes Licht, dies kann sich negativ auf den Schlaf und somit auf die Gesundheit
79 auswirken. Dazu schadet grelle Beleuchtung vielen Tier- und Insektenarten. Wir
80 möchten grelle Leuchtreklamen und die Beleuchtung von Gebäuden reduzieren und
81 Insektenfreundlich Straßenbeleuchtung einführen, die eine ausreichende
82 Beleuchtung von Gehwegen gewährleistet.

83 ... Nachhaltigkeit zum mitmachen

84 Beim Umwelt- und Naturschutz können alle mitmachen, schon mit kleinen Maßnahmen
85 können große Verbesserungen erzielt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass
86 bereits Kinder und Jugendliche Natur vor der Haustür erleben können, um einen
87 positiven Bezug zu ihrem Schutz zu gewinnen. Neben dem auf GRÜNE Initiative hin
88 beschlossenen Schulgärtenprogramm und dem Schulbiologischen Zentrum setzen wir
89 uns für weitere Angebote zur Nachhaltigkeitsbildung ein.

90 Wir brauchen mehr Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Projekte. Urbane
91 Gärten werden wir in ihren wichtigen gemeinnützigen, sozialen und ökologischen
92 Funktionen stärken. Wir unterstützen Initiativen, die ungenutzte Orte als
93 Bürger*innengärten gestalten möchten. Die Beratung zu möglichen Flächen und
94 Hilfestellungen für Bürger*innen bei der Koordination und Einrichtung von
95 Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Projekten sollen Bestandteil von
96 Quartiersmanagement sein. Die Rückkehr der Nutzgärten in die Stadt liegt uns am
97 Herzen. Wir unterstützen deshalb Projekte wie die „UrbanOase“ im Unionviertel
98 und Permakultursysteme wie den UmweltKulturpark in Dortmund-Barop. Dazu gehört
99 aber auch die Förderung kleinräumiger, landwirtschaftlich genutzter Flächen wie
100 die SoLawi, Kleingärten und Grabeland.

101 Um einen einfachen Einstieg für alle Bürger*innen zu schaffen wollen wir
102 Dortmund zu einer „essbaren Stadt“ gestalten. Aus Parkanlagen sollen durch die
103 Bepflanzung mit essbaren Pflanzen begehbare Obst- und Gemüsegärten werden. Dies
104 fördert Bürger*innenbeteiligung und schafft einen einfachen Zugang für jede*n zu
105 frischen, regionalen und gesunden Lebensmitteln.

106 ... Artenvielfalt bewahren

107 Vor dem Hintergrund des Insektensterbens und der daraus resultierenden
108 abnehmenden Vielfalt von Vögeln müssen umgehend wirksame Maßnahmen ergriffen
109 werden. Zum Erhalt der biologischen Vielfalt braucht es ein umfassendes Konzept.
110 Auf GRÜNEN Antrag hin, wurde für Dortmund die Entwicklung einer
111 Biodiversitätsstrategie beschlossen. Dazu gehört unter anderem der vollständige
112 Verzicht auf Pestizide, der Erhalt von Hecken, Natursteinmauern und Gehölzen
113 sowie die Neuanlage von Kleingewässern. Das Verbot von Glyphosat auf städtischen
114 Flächen und der Beschluss gegen Schottergärten in Neubaugebieten – beides GRÜNE
115 Erfolge – sind ein Anfang. Doch das Thema muss auch im Landschaftsplan verstärkt
116 berücksichtigt werden.

117 Forstwirtschaft muss nachhaltiger werden um den Lebensraum zahlreicher Tier- und
118 Pflanzenarten zu sichern. Wir wollen eine Forstwirtschaft, die sich stärker an
119 „natürlichen Waldgesellschaften“ orientiert, damit auch unsere Wirtschaftswälder
120 anpassungs- und widerstandsfähiger werden. Dazu gehört, dass sich heimische
121 Baumarten durch natürliche Aussaat vermehren können und mehr Altbäume an
122 unbedenklichen Standorten erhalten bleiben. Um die biologische Vielfalt im Wald
123 zu fördern, ist die Fläche zu erweitern, auf der Totholz als Lebensraum
124 zahlloser Insekten und Pilze im Wald belassen wird. Besondere Belastungen des
125 forstwirtschaftlich genutzten Waldes durch Hitzeschäden müssen bei anstehender
126 Holzentnahme und im Betriebsplan frühzeitig Berücksichtigung finden. Ebenso
127 sollen möglichst bodenschonende Ernteverfahren genutzt werden. In diesem Sinne
128 muss das Waldpflegekonzept unter Einbeziehung der Naturschutzverbände und der
129 Öffentlichkeit der Stadt von 1993 überarbeitet werden.

130 Auch im Stadtbereich benötigen wir mehr an den Klimawandel angepasste Laubbäume,
131 um Lebensräume für Vögel und Insekten zu bieten, hinzu kommt das Bäume Schatten

132 spenden und CO2 binden können. Durch konsequente Umgestaltung der Straßenzüge
133 wollen wir neuen Platz für Bäume finden.

134 ... Klimawandelanpassung

135 Wirksame Konzepte zur Klimaanpassung sind notwendig. Starkregen, überflutete
136 Straßen und immer häufiger extrem hohe Temperaturen: Längst hat der Klimawandel
137 Dortmund erreicht. Für den Stadtbezirk Hörde wurde deshalb ein Konzept mit
138 verschiedenen Maßnahmen zur Klimaanpassung beschlossen. Solche Konzepte müssen
139 für alle anderen Stadtbezirke erarbeitet und schnellstmöglich umgesetzt werden.
140 Ein wichtiges Thema für die Zukünftige Stadtentwicklung ist hierbei auch ein
141 vorbeugender Überflutungsschutz um sowohl die Natur als auch die
142 Siedlungsflächen langfristig vor den Klimaauswirkungen zu schützen.

143 ... Nachhaltige Landwirtschaft - Gute Lebensmittel

144 Wir wollen den Umbau der Landwirtschaft fördern. Die landwirtschaftlichen
145 Flächen in Dortmund haben sich seit 1950 fast halbiert. Die verbliebenen Flächen
146 sind aus Gründen des Landschaftsschutzes und der Nahversorgung mit
147 Nahrungsmitteln unbedingt zu erhalten. Die Stadt als Verpächterin des größten
148 Teils der landwirtschaftlichen Flächen muss mit langfristigen Pachtverträgen die
149 Umstellung auf Ökolandwirtschaft fördern. Insbesondere in Randbereichen von
150 Naturschutzgebieten müssen aber schon jetzt Ackerrandstreifen als ökologisch
151 bewirtschaftete Pufferzonen verbindlich werden und das bisher auf städtische
152 Flächen beschränkte Glyphosatverbot muss auf alle landwirtschaftlichen Flächen
153 ausgeweitet werden. Landwirtschaftliche Flächennutzung darf nicht als
154 Zwischenlösung auf dem Weg zur Nutzung für Wohn- und Gewerbebebauung verstanden
155 werden. Sie ist ein wichtiger Teil regionaler Lebensmittelproduktion und -
156 versorgung. Wir setzen uns dafür ein, dass Produkte regional vermarktet werden,
157 beispielsweise auf den Dortmunder

158 Wochenmärkten. Außerdem wollen wir regionale Vertriebsstrukturen wie das
159 Ökonetzwerk Dortmund oder Ernährungsräte fördern. Wir fordern, dass an Schulen,
160 in öffentlichen Kantinen und beim Klinikum vermehrt regionale und saisonale
161 Lebensmittel auf dem Speiseplan stehen.

162 ... ist Müllvermeidung und Weg mit dem Müll

163 Müll in der Stadt muss reduziert werden. Wir produzieren immer mehr Müll, nicht
164 nur global, sondern auch in Dortmund. Deshalb haben wir uns schon vor langer
165 Zeit für Pfandsysteme bei Großveranstaltungen in der Stadt eingesetzt. Auch für
166 die Einführung eines stadtweiten Mehrwegsystems für Coffee-to-go-Becher haben
167 wir uns stark gemacht. Ein Konzept dafür ist die Verwaltung allerdings weiterhin
168 schuldig. Auf Flächen der Stadt und bei ihren Beteiligungen wie den
169 Westfalenhallen muss zukünftig auf Einweggeschirr verzichtet werden. Wir setzen
170 uns weiterhin für Pfandsysteme bei Stadtfesten und Coffee-to-go Bechern ein.

171 Eine Stadt ohne Sperrmüll auf der Straße ist lebenswert, deswegen möchten wir
172 eine kostenlose Sperrmüllentsorgung.

173 Ein weiteres Problem sind weggeschmissene Lebensmittel. Wir möchten aus diesem
174 Grund, dass städtische Betriebe Verboten wird, dass keine Lebensmittel mehr
175 verschwendet werden und hier Kooperationen, wie z. B. mit Foodsharing oder der
176 Dortmunder Tafel.

177 Zudem wollen wir ein regelmäßiges Angebot für eine kostenlose die Sperrmüll-
178 Entsorgung, damit weniger Müll illegal in der Stadt oder der Natur entsorgt
179 wird. Dies wurde bisher von der Mehrheit im Rat immer wieder abgelehnt.
180 Pfandringe und -kästen in öffentlichen Parkanlagen sowie die Installation von
181 sog. Ballot Bins (Aschenbechern für Zigarettensammel) sind ergänzende
182 Maßnahmen. Nicht verwendete gute Lebensmittel aus den städtischen Betrieben
183 dürfen nicht im Müll landen. Hier wollen wir dafür sorgen, dass diese an
184 gemeinnützige Organisationen wie FoodSharing oder die Dortmunder Tafel übergeben
185 werden.

186 Es ist Zeit für...

- 187 • den Erhalt und konsequenten Ausbau von Grünflächen zum Schutz von
188 Menschen, Tieren und Pflanzen
- 189 • Saubere Luft für alle - Maßnahmen gegen Feinstaub müssen ergriffen werden
- 190 • Konsequente Überwachung und bessere Reinigung des Abwassers
- 191 • Mehr Umweltschutzangebote zum mitmachen: Urban Gardening, "Essbare Stadt"
192 Dortmund, Naturpädagogische Initiativen
- 193 • Den Schutz der Artenvielfalt durch Nachhaltige Forstwirtschaft, mehr
194 Bäumen in der Stadt und ein konsequentes Biodiversitätskonzept
- 195 • ein stadtweites Konzept zur Klimawandelanpassung
- 196 • Nachhaltige Landwirtschaft und gute, regionale Lebensmittel
- 197 • weniger Müll

A4 A1: GRÜN IST... KONSEQUENTER KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ!

Antragsteller*in: Stefan Rath

Text

1 GRÜN IST... Konsequenter Klima- und Umweltschutz!

2 ... wie wir eine klimaneutrale und ökologische Stadt werden wollen...

3 Inhalt

4 1. Verkehrswende mit Tempo (Mobilität)

5 1.1 Mehr Radverkehr in der Stadt

6 1.2 Sauber Autofahren

7 1.3 Besser zu Fuß durch die Stadt

8 1.4 Gutes Angebot im kommunalen ÖPNV

9 1.5 Regionaler Verkehr

10 2. Energie und Klimaschutz

11 2.1 Raum für regenerative Energie

12 2.2 Energiewende vor Ort

13 3. Natur- und Umweltschutz

14 3.1 Natur und Arten schützen

15 3.2 Naturschutz ist Klimaschutz

16 3.3 Umweltschutz für jede*n

17 4. Tierschutz

18 1. Verkehrswende mit Tempo (Mobilität)

19 Im Frühjahr 2019 wurden die Dortmunder*innen zum dritten Mal befragt, wie sie
20 sich hauptsächlich in der Stadt fortbewegen. Das Ergebnis ist enttäuschend: Zwar
21 hat sich der Anteil des Radverkehrs seit der letzten Befragung 2013 erhöht, doch
22 insgesamt hat die Nutzung der umweltfreundlichen Verkehrsarten abgenommen,
23 während der Anteil des Autoverkehrs sogar gestiegen ist.

24 Wir wollen Mobilität, die sauber, sicher, energie-, ressourcen- und platzsparend
25 ist. Dazu wollen wir die Nutzung des Autos verringern und den Verkehr auf
26 Fahrräder, Busse und Bahnen verlagern. Außerdem müssen Autos energieeffizienter
27 werden, um die Klimaziele zu erreichen. 2030 sollen nur noch emissionsfreie
28 Autos, das heißt solche ohne Verbrennungsmotor, neu zugelassen werden. Doch es
29 reicht nicht, Verbrennermodelle durch Autos mit alternativen Antrieben zu
30 ersetzen, weil wir damit die Platzprobleme auf der Straße nicht lösen können.
31 Unser Ziel ist: Weniger Autoverkehr in der Stadt – mehr Platz für die Menschen.
32 Dazu können autofreie Quartiere beitragen, in denen nicht nur erfahrbar wird,
33 dass Mobilität auch ohne das eigene Auto möglich, sondern auch, welcher Zugewinn
34 an Lebensqualität im Wohnviertel damit verbunden ist.

35 Die autozentrierte Verkehrspolitik ist ein Relikt von gestern. Der Straßenraum
36 muss neu aufgeteilt werden und den Fußgänger*innen, den Radfahrer*innen und dem
37 ÖPNV den nötigen Platz einräumen.

38 Unser Ziel für eine neue und in der Metropole Ruhr vernetzte Mobilität ist nicht
39 nur der notwendige Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch die Erhöhung der
40 Lebensqualität in der Stadt.

41 1.1 Mehr Radverkehr in der Stadt

42 Der Anteil der Radfahrer*innen in unserer Stadt liegt gerade einmal bei 10
43 Prozent. Unser Ziel ist es, diesen Anteil zu verdreifachen und mehr
44 Autofahrer*innen im Stadtgebiet zum Umstieg aufs Rad zu bewegen. Der Radverkehr
45 sollte in Zukunft mindestens 30 Prozent betragen und in der Stadt- und
46 Verkehrsplanung eine vorrangige Rolle spielen.

47 Grün wählen für:

48 Grüne Welle für den Radverkehr
49 Die Verkehrsplanung in Dortmund braucht einen Paradigmenwechsel. Nicht der
50 Autoverkehr muss attraktiver gestaltet werden, sondern die umweltfreundliche
51 Mobilität muss in Zukunft Vorfahrt haben. Eine grüne Welle für Radfahrende
52 fördert den Radverkehr und macht ihn sicherer. Radfahrer*innen werden hierzu beim
53 Anfahren auf die Ampel frühzeitig erkannt und ein entsprechendes Programm zur
54 schnellen Grünschaltung initialisiert.

55 Mehr Straßen zu Fahrradstraßen

56 Fahrradstraßen sind ein sinnvolles Mittel, um die Radinfrastruktur zu
57 verbessern. Daher muss es deutlich mehr als die bisherigen vier in Dortmund
58 geben. Gleichzeitig müssen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen zur
59 Einrichtung von Fahrradstraßen deutlich erleichtert werden. Der Wall muss fürs
60 Rad in beide Richtungen komfortabel und sicher befahrbar werden. Die jetzige
61 Ausweisung eines kurzen Stück Radwegs am Ostwall ist für uns nur ein Einstieg.
62 Außerdem ist eine attraktive Querung der City für den Radverkehr sowohl in Ost-
63 West- als auch Nord-Süd-Richtung einzurichten.

64 Gute und sichere Radanbindung der Außenbezirke

65 Um die Verbindung von Innenstadt und Außenbezirken für Radfahrende attraktiv zu
66 machen und als Alternative zum Auto zu etablieren, müssen die Dortmunder
67 Stadtteilzentren mit guten Radwegen ausgestattet und über sichere
68 Verbindungsrouten auch untereinander verbunden werden. Dazu kann auch das
69 regionale Radwegenetz des Regionalverbands Ruhr (RVR) dienen.

70 Zügige Umsetzung des RS1

71 Vor allem Pendler*innen soll der RS1 durchs Ruhrgebiet eine Alternative für die
72 tägliche Fahrt zur Arbeit bieten. In Dortmund warten Fahrradfahrer*innen – und
73 alle die es werden wollen – auf die Fertigstellung des RS1 und auf den damit
74 verbundenen Ausbau der lokalen Zubringerstruktur. Radwege dürfen nicht mehr nur
75 ein Nebenprodukt des Straßenbaus sein.

76 Sichere Radwege durch farbliche Markierungen und Protected Bike Lanes

77 Um den Radverkehr sicherer zu gestalten, sind an vielen Stellen ein sichtbarer
78 Schutzraum und eine räumliche Trennung vom Pkw- und Lkw-Verkehr wichtig.
79 Sinnvolle Instrumente sind eine farbliche Markierung der Radwege, vorgezogene
80 Aufstellflächen und dort geschützte Radfahrstreifen, sog. Protected Bike Lanes,
81 wo Tempo 30 nicht umsetzbar ist. Auch Vorfahrtsregelungen oder vorgezogene
82 Grünphasen für Radfahrer*innen an Kreuzungen machen das Radfahren sicherer. Die
83 Einrichtung von Umleitungen an Baustellen auch für den Radverkehr muss
84 konsequent umgesetzt werden.

85 Ausreichend Fahrradparkhäuser und Fahrradabstellanlagen

86 Stadtweit müssen Fahrradabstellanlagen dem steigenden Radverkehrsanteil
87 angepasst werden. Ihre Zahl muss deshalb in den nächsten Jahren deutlich erhöht

88 werden – ohne dabei den Fußgänger*innenverkehr zu behindern. Dafür brauchen wir
89 weitere Fahrradparkhäuser und Flächen mit Ladestationen zum sicheren Abstellen
90 auch von E-Bikes und Lastenrädern. Neben dem Bau von Fahrradgaragen in
91 Wohngebieten wollen wir in bestehenden Autoparkhäusern solche
92 Abstellmöglichkeiten einrichten. Wichtig dabei ist eine konfliktfreie Ein- und
93 Ausfahrt für Radfahrer*innen.

94 Die Förderung der Leihinfrastruktur
95 Wir wollen stadtweite und regional vernetzte Sharing-Angebote für Fahrräder,
96 Lastenräder, Elektroroller usw. Im Rahmen der Stellplatzsatzungen können
97 fördernde Regelungen für Leihangebote verankert werden. Als weiteres Angebot zur
98 Mikromobilität einer Großstadt gehören auch Elektroroller. Wie alle anderen
99 Sharing-Angebote auch, benötigen sie gute Abstellmöglichkeiten, damit sie weder
100 Fußgänger*innen noch Radfahrer*innen gefährden. Diese Möglichkeiten wollen wir
101 in Zusammenarbeit mit den Anbietern schaffen. Carsharing soll im Rahmen von
102 Konzeptvergaben auch beim Wohnungsbau berücksichtigt werden.

103 1.2 Sauber Autofahren

104 Der Autoverkehr nimmt immer noch einen großen Platz in Dortmund ein. Doch der
105 Diesel-Skandal und die Diskussion über zu hohe Stickstoffdioxid-Grenzwerte in
106 Dortmund zeigen, dass sich beim Autoverkehr in Dortmund einiges ändern muss: Für
107 die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und für das Klima. Wir wollen
108 nachhaltige und ökologische Möglichkeiten des Autofahrens schaffen und die
109 Nutzung effizienter gestalten. Dabei soll jedoch der Anteil des Autoverkehrs
110 deutlich gesenkt werden, indem wir umweltfreundliche Verkehrsträger fördern.

111 Grün wählen für:

112 Die Erleichterung der Kombination verschiedener Verkehrsmittel
113 Mobilitätsstationen sind ein zentraler Baustein des multimodalen Verkehrs, das
114 heißt der Nutzung verschiedener Verkehrsmittel für eine Wegstrecke. Sie
115 ermöglichen eine sinnvolle Kombination der Verkehrsarten durch die Verknüpfung
116 von Bussen und Bahnen mit Carsharing, Bikeshaaring, Taxen oder auch
117 Elektrorollern und dem eigenen Fahrrad. Auf unseren Antrag hin wurde 2019 der
118 Bau von 12 Mobilitätsstationen mit Ladestationen beschlossen. Wir werden uns
119 auch weiterhin für den Ausbau dieser Knotenpunkte klimafreundlicher
120 Verkehrsmittel einsetzen.

121 Tempo 30 in der ganzen Stadt

122 Bei Tempo 30 passieren weniger und weniger schwere Unfälle als bei Tempo 50. Der
123 Lärm geht zurück, die Belastung der Luft mit Schadstoffen ebenfalls. Dies zeigen
124 entsprechende Pilotversuche u. a. in Berlin. Deshalb wollen wir innerorts Tempo
125 30 als Regelgeschwindigkeit. Über ein flächendeckendes Tempo 30 kann nur der
126 Bund befinden, weil die Straßenverkehrsordnung Tempo 50 als Regelgeschwindigkeit
127 innerorts festlegt. Wir setzen uns auf Bundesebene für die entsprechende
128 Änderung der Straßenverkehrsordnung ein und wollen bis dahin alle kommunalen
129 Spielräume für die Ausweisung von Tempo 30 nutzen.

130 Veränderungen beim Parkplatzangebot für Autos

131 Der Autoverkehr insbesondere in der Innenstadt muss weiter reduziert werden.
132 Dafür wollen wir die Anzahl der Parkplätze weiter verringern und die Preise fürs
133 Parken deutlich anheben. Mehreinnahmen durch höhere Parkgebühren möchten wir
134 dabei in den Ausbau und Finanzierung des ÖPNV-Angebots investieren. Öffentlicher

135 Raum ist ein knappes Gut, und ein knappes Gut hat einen Wert. Seit über 20
136 Jahren sind die Gebühren an den Parkautomaten unverändert: Immer noch kostet die
137 erste Stunde nur 1,50 Euro. Mit diesen Preisen werden kostbare Cityflächen unter
138 Wert bereitgestellt. Das bietet keinerlei Anreiz zum Umstieg auf die
139 öffentlichen Verkehrsmittel. Gleichzeitig muss zur Kontrolle des ruhenden
140 Verkehrs vor allem in den Stadtbezirken deutlich mehr Personal zur Verfügung
141 gestellt werden. Parkmöglichkeiten sollen möglichst flächensparend (z. B.
142 Parkhäuser) oder über Park-&-Ride-Angebote realisiert werden. Mithilfe der
143 Digitalisierung, z. B. der Informationen zur Auslastung, kann die Nutzung
144 verbessert werden.

145 Neue Anreize für eine GRÜNE Logistik
146 Die kontinuierliche Zunahme von Lieferverkehren führt insbesondere in dicht
147 bebauten Innenstadtquartieren zu großen Belastungen. Lieferfahrzeuge, die in der
148 zweiten Reihe, auf Gehwegen, auf Radwegen und in Kreuzungsbereichen parken,
149 gefährden andere Verkehrsteilnehmende. Wir setzen uns deshalb für die
150 Einrichtung anbieterübergreifender Mikro-Depots ein, die eine lärmarme und
151 emissionsfreie Belieferung durch E-Autos und Lastenrädern auch zu Neben- und
152 Nachtzeiten ermöglichen. Dafür sollen öffentliche Stellplatzflächen zu
153 vergünstigten Mietpreisen zur Verfügung gestellt werden.

154 1.3 Besser zu Fuß durch die Stadt

155 In der Umfrage 2019 zur Verkehrsnutzung in Dortmund beträgt der Anteil des
156 Umweltverbundes und damit der umweltfreundlichen Verkehrsarten zusammen nur 51
157 Prozent – und damit drei Prozentpunkte weniger als bei der letzten Befragung (53
158 Prozent). Der Anteil der Fußgänger*innen verringerte sich deutlich von 27
159 Prozent auf aktuell 19,2 Prozent. Das wollen wir ändern.
160 Dortmund ist seit einigen Jahren Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft fahrrad-
161 und fußgängerfreundlicher Städte und Gemeinden (AGFS). Es wird Zeit, dass die
162 Stadt im Rahmen der notwendigen Verkehrswende auch dem Fußverkehr mehr
163 Aufmerksamkeit schenkt.

164 Grün wählen für:

165 Neuaufteilung des Straßenraums
166 Wir kämpfen für die Rückeroberung des Straßenraums durch Fußgänger*innen und
167 Radfahrer*innen. Dafür muss der zur Verfügung stehende Straßenquerschnitt
168 zukünftig anders verplant werden: Breite Bürgersteige, sichere Radwege, Platz
169 für ÖPNV und Baumreihen gehören für uns ebenso dazu, wie barrierefreie und
170 sichere Querungen (s. auch Kapitel Lebenswerte Stadt).

171 Barrierefreie Infrastruktur für den Fußverkehr
172 Der Fußverkehr muss bei der Stadtplanung als eigenständige Mobilitätsart
173 betrachtet und berücksichtigt werden. Um das Zu-Fuß-Gehen attraktiver zu machen,
174 müssen sinnvolle Wegenetze mit entsprechender Ausschilderung zur Verknüpfung
175 wichtiger Ziele erarbeitet werden. Mit dem Anspruch, auch zu Fuß Ziele zügig und
176 direkt zu erreichen, müssen Gehwege mit einer ausreichenden Mindestbreite zur
177 Verfügung stehen, die nicht durch Verkehrsschilder, Straßenlampen oder parkende
178 Fahrzeuge wieder zugestellt werden.
179 Neben den Leitsystemen für Sehbehinderte und abgesenkten Bordsteinen können
180 zusätzliche Zebrastreifen oder Fußgängerampeln mit kurzen Wartezeiten die
181 Situation verbessern. Auch die Zugänge zu oberirdischen Stadtbahnhaltestellen
182 (z. B. Haltestelle Funkenburg) müssen fußgängerfreundlicher gestaltet werden.

183 Eine bessere Überwachung des ruhenden Verkehrs
184 Zukünftig kann das Parken auf Radwegen bis zu 100 Euro kosten. Doch falsch
185 geparkte Autos behindern nicht nur Radfahrer*innen, sondern bilden insbesondere
186 auch für Fußgänger*innen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität gefährliche
187 Hindernisse. Um dem Falschparken auf Gehwegen und in Kreuzungsbereichen
188 wirkungsvoll begegnen zu können, fordern wir deutlich mehr Personal für die
189 kommunale Verkehrsüberwachung.

190 Ausweitung des Projekts „So läuft das“
191 Das Konzept zur Förderung der Kinder- und Jugendmobilität „So läuft das“
192 verfolgt das Ziel, die selbstbestimmte, sichere und nachhaltige Mobilität von
193 Kindern und Jugendlichen zu fördern. Die Konzepterstellung für weiterführende
194 Schulen ist Teil des Programms „Emissionsfreie Innenstadt“. Mit einer
195 zusätzlichen Stelle konnten wir den Ausbau des Projekts zunächst bis 2022
196 verankern. Wir setzen uns dafür ein, dass das Programm dauerhaft und über den
197 derzeitigen Geltungsbereich (nur innenstadtnahe Schulen und Kitas) hinaus
198 weitergeführt und die Akzeptanz gefördert wird.

199 1.4 Gutes Angebot im kommunalen ÖPNV

200 Damit mehr Menschen Bus und Bahn nutzen, müssen die Infrastruktur und das
201 Angebot ausgeweitet werden. Dafür braucht es insgesamt mehr Geld im System ÖPNV,
202 aber nicht über höhere Ticketpreise. Wir wollen Autofahrer*innen vom Umstieg auf
203 Busse und Bahnen überzeugen. Doch dafür darf die Fahrt mit dem Auto nicht der
204 bequemste und preiswerteste Weg sein. Dafür brauchen wir ein auf Wachstum
205 ausgerichtetes, bezahlbares ÖPNV-Angebot, eine Verringerung der Parkplätze sowie
206 mehr Busspuren und Fahrradstreifen.
207 Der gültige Nahverkehrsplan, Grundlage der Dortmunder Planungen für den ÖPNV,
208 ist aus dem Jahr 2014 und geht noch von sinkenden Einwohner*innenzahlen aus.
209 Auch das Klimaziel von 1,5 °C ist noch nicht berücksichtigt. Wir wollen deshalb,
210 dass der Nahverkehrsplan an die veränderten Herausforderungen angepasst wird.

211 Grün wählen für:

212 Freie Fahrt für junge Menschen
213 Für Schüler*innen und Azubis wollen wir die Nutzung der öffentlichen
214 Verkehrsmittel freigeben. So verbinden sich für uns soziale Gerechtigkeit,
215 Klimagerechtigkeit und das Bedürfnis junger Menschen nach Unabhängigkeit. Darum
216 möchten wir stufenweise allen Schüler*innen und Azubis die kostenlose Nutzung
217 des ÖPNV ermöglichen.

218 Mobilitäts-Flatrate

219 Der ÖPNV als klimafreundliches Verkehrsmittel muss attraktiver werden. Er soll
220 einfach und komfortabel genutzt werden können, ohne dass man sich mit
221 Verkehrsverbundgrenzen und der Frage nach dem richtigen Ticket lange
222 beschäftigen muss. Gleichzeitig müssen die Ticketpreise deutlich gesenkt werden.
223 Daher wollen wir – in Abstimmung mit den Verkehrsverbänden – eine Mobilitäts-
224 Flatrate für ganz NRW einführen: Mit dieser Mobilitäts-Flatrate möchten wir
225 allen Dortmunder*innen für 1€ pro Tag ein attraktives Angebot machen.
226 Gleichzeitig zur Preissenkung müssen der Ausbau des Angebots und die Steigerung
227 der Kapazitäten vorangetrieben werden.

228 Ein Sozialticket, das seinen Namen verdient

229 Solange es keinen grundsätzlich kostenlosen Nahverkehr mit Bussen und Bahnen

230 gibt, sind insbesondere Menschen mit geringem Einkommen auf ein Sozialticket
 231 angewiesen, das diesen Namen auch verdient. Das aktuelle Sozialticket des VRR
 232 wird diesem Anspruch nicht gerecht, es ist mit inzwischen fast 40 Euro viel zu
 233 teuer. Immer weniger einkommensschwache und arme Menschen können sich ein
 234 Sozialticket zu diesem Preis leisten. Die Landesregierung aus CDU und FDP
 235 weigert sich beständig, die Bezuschussung von jährlich 40 Millionen Euro endlich
 236 angemessen zu erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land seiner
 237 Verantwortung gerecht wird und mehr Gelder zur Verfügung stellt. Sollte das
 238 absehbar nicht passieren, wollen wir gemeinsam mit DSW 21 ein Konzept
 239 entwickeln, wie mit kommunalen Mitteln der Preis des Sozialtickets so gesenkt
 240 wird, dass er höchstens dem Anteil für Verkehrsdienstleistungen im ALG-II-
 241 Regelsatz entspricht.

242 Den konsequenten Ausbau und eine Taktverdichtung bei Stadtbahn und Buslinien
 243 Wir wollen eine Verbesserung bei der Taktung und den Anschlüssen von Stadtbahn,
 244 Bussen und Regionalverkehr sowie eine deutliche Kapazitätserweiterung durch
 245 zusätzliche Fahrzeuge, um ein ÖPNV-Grundangebot rund um die Uhr, auch unter der
 246 Woche, zu ermöglichen. Das Stadtbahnbauplan muss an die aktuelle Situation
 247 und zukünftige Entwicklungen angepasst werden. Das schließt eine sinnvolle
 248 Erweiterung des Stadtbahnnetzes und der H-Bahn ein – auch um Neubau- und
 249 Gewerbegebiete optimal anzubinden.

250 Vorfahrt für den ÖPNV

251 Damit Busse eine attraktive Alternative zum Autoverkehr werden, brauchen wir an
 252 besonders belasteten Straßen sowie an wichtigen Knotenpunkten (wie z. B. Barop-
 253 Parkhaus) separate Busspuren und Vorrangschaltungen an Ampeln. Sie stellen
 254 sicher, dass Busse und Bahnen pünktlich an- und abfahren und Anschlüsse gerade
 255 im Berufsverkehr funktionieren. Infotafeln mit Livedaten an allen Haltepunkten
 256 gehören für uns zum Standard eines kundenorientierten ÖPNV.

257 Barrierefreiheit bei Bussen und Bahnen

258 Immer noch ist rund ein Drittel der Bus- und Bahnhaltestellen nicht
 259 barrierefrei. Wir wollen eine zügige Umsetzung der bestehenden Planungen. An der
 260 B1 setzen wir uns für mehr niveaugleiche Ampelüberwege zur Stadtbahn anstelle
 261 teurer Brücken und reparaturanfälliger Aufzuglösungen ein. Unser Ziel sind kurze
 262 (Umsteige-)Wege, die die Erreichbarkeit der Haltestellen und Haltepunkte
 263 insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen verbessern. Auch für
 264 sehbehinderte Fahrgäste wollen wir die Installation von akustischen
 265 Informationsquellen (Lautsprecheransagen) an Bus- und Bahnhaltestellen, die die
 266 eintreffende Linie und das Fahrtziel nennen.

267 Anbindung neu erschlossener Flächen

268 Bei neuen Baugebieten, Gewerbegebieten oder neu gestalteten Arealen wie HSP-
 269 Gelände, Phoenix-West, Hafenquartier u. ä. muss die ÖPNV- und Radanbindung von
 270 Beginn an mitgeplant und auch durch Ausbau und Verlängerung von Stadtbahn-
 271 Strecken umgesetzt werden (s. auch Kapitel Wirtschaft).

272 Umrüstung der Fahrzeugflotte auf alternative Antriebe und autonome Systeme

273 Die Umrüstung der Busse und Bahnen auf emissionsarme Antriebsarten ist Teil der
 274 Clean-Vehicle-Richtlinie der EU. Wir setzen uns dafür ein, dass DSW21 umgehend
 275 die notwendigen Voraussetzungen zur Umsetzung schafft und zeitnah ein
 276 Betriebskonzept zur Anschaffung entsprechender Busse und zur Errichtung der
 277 notwendigen Ladekapazität vorlegt. Gemeinsam mit den benachbarten

Verkehrsverbünden sollen langfristig auch Strategien für das autonome Fahren auf Straße und Schiene entwickelt werden. Für uns ist entscheidend, dass eine solche Umstellung in enger Abstimmung mit den Mitarbeitenden und deren Vertretungen erfolgt.

Rückbau des Flughafens

Der Dortmunder Flughafen ist weder ökologisch noch wirtschaftlich vertretbar. Seit dem Ausbau im Jahr 2000 haben die Dortmunder Stadtwerke DSW21 den Flughafen insgesamt mit mehr als 300 Millionen Euro subventioniert, um dessen Verluste auszugleichen. Damit ist die Unterstützung der DSW21 für Fluggäste pro Kopf deutlich höher als für die Nutzer*innen von Bus und Bahn. Denn während die Stadtwerke für jeden Fahrgast im klimafreundlichen ÖPNV nur rund 40 Cent drauflegen, wird jeder Fluggast mit über 6 Euro subventioniert. Neben den wirtschaftlichen Gründen halten wir GRÜNE einen Ausbau des Flughafens auch klimapolitisch für unverantwortlich. Abgesehen von den CO₂-Emissionen verursachen Flugzeuge auch in den höheren Schichten der Atmosphäre gravierende Schäden. Zudem ist für die Anwohner*innen eine Verlängerung der Betriebszeiten nicht hinnehmbar. Fluglärm ist Lärm, der in besonderer Weise stresst und Krankheiten verursacht, wie durch Untersuchungen belegt ist. Wir fordern deshalb den Rückbau des Airports und eine Umnutzung des Flughafengeländes. Dadurch wird der Stadt eine große Freifläche zurückgegeben – und damit die Chance auf eine ökologisch wertvolle nachhaltige Neuentwicklung.

1.5 Regionaler Verkehr

Die hohen Pendler*innenzahlen zeigen, wie wichtig es für Dortmund ist, die verschiedenen Verkehrsmittel des Umweltverbunds ruhrgebietsweit miteinander zu vernetzen. Dazu gehören für uns mehr Mobilitätsstationen, aber auch ein Ticket für alle Verkehrsmittel und möglichst ein Tarif in der gesamten Metropole Ruhr. Außerdem müssen die Nahverkehrspläne der einzelnen Städte aufeinander abgestimmt und Linien über die Stadtgrenzen hinweg ohne Brüche weitergeführt werden. Das regionale Mobilitätskonzept des RVR bietet gute Lösungsansätze für die regionalen Herausforderungen.

Grün wählen für:

Die Überwindung der Tarif- und Stadtgrenzen

Für die Kunden des öffentlichen Verkehrs hat es keine Bedeutung, von welchem Unternehmen sie gefahren werden oder in welchem Verkehrsverbund sie gerade unterwegs sind. Um vor allem tägliche Pendler*innen stärker zum Umstieg vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel zu motivieren, setzen wir uns dafür ein, dass Kunden in NRW Verbundgrenzen nicht mehr als Tarifgrenzen erleben und durchgehende Verbindungen über Stadtgrenzen hinweg eingerichtet werden. Dafür wollen wir kommunale Verkehrspläne zu einem regionalen Nahverkehrsplan verknüpfen und mit NRW-weiten Tarifen die Mobilität erleichtern.

Den Ausbau der Schieneninfrastruktur

Die schienengebundenen Verkehrssysteme müssen über die Stadtgrenzen hinaus ausgebaut und verdichtet werden. Der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke Lünen – Münster mit Modernisierung des Signalsystems gehört ebenso dazu wie die Weiterentwicklung des RRR-Netzes. Die Emschertalbahn als wichtige Ost-West-Verbindung zwischen den Städten des Lippe- und Emscherraums soll durch die Sanierung der Trassen und durch kürzere Verbindungsintervalle wieder attraktiver werden. Um die Akzeptanz der notwendigen Arbeiten zu verbessern, muss über

326 anstehende Baustellen und den eingerichteten Ersatzverkehr frühzeitig und
327 umfassend informiert werden.

328 Die Anbindung der regionalen Schnellbusse an das Umland
329 Da, wo die Anbindung an das Dortmunder Stadtzentrum über den Schienenverkehr
330 langfristig nicht umzusetzen ist, wollen wir den Einsatz regionaler Schnellbusse
331 mit alternativen Antrieben prüfen. So soll der ÖPNV auch für Pendler*innen aus
332 dem Umland attraktiver werden.

333 2. Energie und Klimaschutz

334 Nur wenn die Kommunen aktiv dazu beitragen, können wir die Pariser
335 Klimaschutzziele noch erreichen. Die Stadt Dortmund muss mit gutem Beispiel
336 vorangehen. Sie muss zeigen, dass Energiesparen und Energieeffizienz nicht nur
337 gut für das Klima sind, sondern sich auch finanziell rechnen. Bund und Land
338 müssen dafür die notwendigen Rahmenbedingungen setzen, z. B. mit sinnvollen
339 Abstandsregelungen für Windkraftanlagen, die den Ausbau von erneuerbaren
340 Energien fördern, statt ihn abzuwürgen, mit einfachen Bedingungen für
341 Mieterstrommodelle oder mit mehr Anreizen für eine energetische Sanierung von
342 Bestandsgebäuden.

343 Das jüngst beschlossene Klimaschutzgesetz bleibt stattdessen weit hinter den
344 Erwartungen zurück, das „Entfesselungspaket“ der schwarz-gelben Landesregierung
345 hat alle zuvor erzielten Regelungen pro Klimaschutz wieder zurückgedreht. Umso
346 wichtiger sind die Anstrengungen, die wir in unserer Stadt unternehmen.
347 In Dortmund wollen wir den Ausbau der regenerativen Energien voranbringen und
348 unabhängig werden von fossilen Energieträgern. Wir wollen, dass die Stadt schon
349 2035 klimaneutral wird, nicht erst 2050, und wir wollen, dass die Bürger*innen
350 auf diesem Weg mitgenommen werden.

351 2.1 Raum für regenerative Energie

352 Das Potenzial für Windenergie und Photovoltaik (PV) ist in Dortmund noch längst
353 nicht ausgeschöpft. Nach Aussage der Landesregierung auf eine GRÜNE Anfrage
354 werden nur 20,4 Prozent der möglichen Windkraftleistung und nur 2,9 Prozent des
355 Potenzials der Photovoltaik auf Dortmunds Dächern aktuell genutzt. Bei den PV-
356 Freianlagen sind es sogar nur 0,3 Prozent.
357 Unser Ziel: Den im Quartier verbrauchten Strom auch im Quartier zu erzeugen.
358 Dafür bedarf es eines zielgerichteten Ausbaus der erneuerbaren Energien. Ganze
359 Quartiere könnten ihren Strombedarf mit Photovoltaikanlagen decken und die
360 gleiche Strommenge zusätzlich ins Netz einspeisen. Das sind Ergebnisse der
361 „InnovationCity Ruhr“ in Bottrop, einem Projekt, das sich mit dem klimagerechten
362 Umbau eines industriell geprägten Stadtquartiers befasst und Modell für alle
363 Ruhrgebietsstädte werden soll.

364 Grün wählen für:

365 Mehr Solarenergie für Dortmund

366 Wir wollen den Ausbau von Photovoltaikanlagen sowohl auf Eigenheimen als auch
367 auf Mietshäusern und gewerblich genutzten Gebäuden weiter forcieren. Wir
368 unterstützen Privatpersonen, Genossenschaften und Mietergemeinschaften, die auf
369 Mieterstrommodelle umsteigen möchten. Ohne weitere Flächenversiegelung ist es so
370 möglich, die erneuerbaren Energien weiter auszubauen. Wir wollen die rechtlichen
371 Möglichkeiten zur Auflage einer Solarsatzung prüfen. Damit wollen wir erreichen,
372 dass auf jedem neu gebauten Gebäude mit entsprechendem Potential eine

373 Solaranlage errichtet wird. Für Bestandsgebäude wollen wir die DEW21
374 beauftragen, mit einem Beratungsangebot aktiv auf die Wohnungseigentümer*innen
375 zuzugehen, die laut Solarkataster das Potenzial für Photovoltaik haben, und
376 ihnen einen wirksamen Anreiz zur Errichtung einer Solaranlage geben.
377 Freiflächen-Solaranlagen sollen auf Halden, Altlastenflächen, Konversions- oder
378 Brachflächen sowie entlang von Infrastrukturachsen konzentriert werden.

379 Grünschnitt und Lebensmittelabfällen für Biomasseanlagen nutzen
380 Außer für die Nutzung der Abwärme müssen Biomasseanlagen technisch so
381 ausgestattet werden, dass sie flexibel Strom in das Netz einspeisen. Denn als
382 einzige erneuerbare Energie kann Biomasse flexibel auf die fluktuierende
383 Einspeisung von Photovoltaik- und Windenergieanlagen reagieren. Wir wollen
384 deshalb die Errichtung einer Biogasanlage zur Verwertung des Bioabfalls in
385 Dortmund. Den Zukauf und den Transport von Biomasse aus der Massentierhaltung
386 lehnen wir dazu jedoch ab.

387 Die Förderung von Energiesparen
388 Die Landesregierung NRW fördert über die NRW.BANK Maßnahmen zur
389 Energieeffizienz. Das Förderprogramm des Landes soll auf kommunaler Ebene
390 unterstützt werden. Wir wollen, dass die Stadt in Kooperation mit der DEW21
391 einkommensschwache Haushalte zusätzlich mit Gutscheinen beim Tausch alter
392 stromfressender Geräte gegen neue energieeffiziente Geräte unterstützt. Die
393 städtische Wohnungsbaugesellschaft Dogewo21 soll zudem bei energetischen
394 Modernisierungen mit der Verbraucherzentrale NRW zusammenarbeiten, um über den
395 „Basis-Check Energie“ kostenlose Vor-Ort-Beratungen für Mieter*innen zum
396 optimalen Heizen und Lüften zu ermöglichen.

397 Die Unterstützung von Unternehmen, die benötigte Energie selbst zu produzieren
398 In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung wollen wir Unternehmen zur
399 Errichtung von Photovoltaikanlagen oder Nutzung von Wasserstofftechnologien zur
400 Versorgung hochenergetischer Produktionsprozesse aktiv beraten und bei der
401 Beantragung von Fördermitteln unterstützen (s. auch Kapitel Wirtschaft).

402 Parkplätze in begrünte Solarflächen umwandeln
403 Städtische Park-&-Ride-Parkplätze oder Parkplätze von Sporthallen und
404 Schwimmbädern, die sich nicht für eine Überbauung mit Wohnungen eignen, bieten
405 die Möglichkeit einer regenerativen energetischen Nutzung. Wir wollen große
406 Stellplatzflächen, die nicht überbaut werden können, in Solarparkplätze mit
407 Dachbegrünung umwandeln. Dabei werden sie mit Photovoltaikanlagen überdacht, die
408 regenerativen Strom für Ladesäulen erzeugen und zugleich Schatten spenden.

409 Energiekonzepte im Quartier umsetzen
410 Mit den Instrumenten der Bauleitplanung kann die Kommune festlegen, ob und
411 welche erneuerbare Energieform – z. B. eine solarthermische Wärmeversorgung – an
412 welcher Stelle und in welchem Umfang im Stadtgebiet genutzt werden soll. Wir
413 wollen für die Umsetzung solcher Modelle die rechtlichen Möglichkeiten der
414 Bauordnung ausschöpfen und baugebietsbezogene Energiekonzepte erarbeiten, um den
415 Anteil der erneuerbaren Energien in der Stadt deutlich zu erhöhen.

416 2.2 Energiewende vor Ort

417 Wir erreichen unsere Klimaschutzziele nur, wenn wir unsere gesamte
418 Energieversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energien umstellen und die Energie
419 effizienter und sparsamer verwenden. Die Energiewende ist nicht nur eine Strom-,

sondern gleichzeitig auch eine Mobilitäts- und Wärmewende. Deshalb müssen die einzelnen Bereiche miteinander vernetzt und Aufeinander abgestimmt werden. Dortmund bietet aufgrund seiner hohen Siedlungs- und Industriedichte dafür optimale Voraussetzungen: besonders die Kopplung von Wärme- und Stromproduktion sowie die Auskopplung und auch Nutzung von Wärme aus und für Produktionsprozesse in der Industrie. Projekte, wie die von der DEW21 jetzt angestoßene Umstellung der Dortmunder Wärmeversorgung auf dezentrale Wärmenetze („Innovative Quartierslösungen Nahwärme“), gehen in die richtige Richtung und müssen weitergedacht werden. Auch die Umstellung der Fernwärme von Dampf auf Heißwasser durch die DEW21 hat zum Ziel, ein Wärme-Verbundnetz zu schaffen. Dadurch können 45.000 Tonnen CO₂ im Jahr eingespart werden.

Die Stromversorgung der Zukunft soll nicht mehr nur in der Hand einiger weniger Großunternehmen liegen, sondern aus vielen kleinen Stromproduzent*innen bestehen. Die Bürger*innen- und Energiegenossenschaften werden zusammen mit dem kommunalen Energieversorger DEW21 die Energieerzeuger*innen der Zukunft und holen die Wertschöpfung in die Stadt.

Grün wählen für:

100 % DEW21 in städtischer Hand

Wir wollen, dass zukünftig kein börsennotiertes Unternehmen bei der städtischen Energieversorgung mitbestimmt. Die DEW21 muss zu 100 Prozent der Stadt gehören, um den Ausbau der Energieerzeugung aus regenerativen Quellen voranzutreiben, die energetische Modernisierung des Dortmunder Wohnungsbestands zu fördern, eine wirksame Energieberatung sicherzustellen und bei Neubauvorhaben nachhaltige Energieversorgungskonzepte umzusetzen.

Im Jahr 2015 – 20 Jahre nach Gründung der DEW21 – wurde die Chance zur Kommunalisierung der Energieversorgung nicht genutzt. RWE blieb mit 39,1 Prozent, diesmal sogar unbefristet, an DEW21 beteiligt. Der aktuelle Deal zwischen RWE und EON ermöglicht wegen des Besitzerwechsels der RWE-Anteile die Anwendung der „Change-of-Control-Klausel“ (Klausel zur Sonderkündigung). Dies bietet womöglich zum letzten Mal die Möglichkeit, dass die Stadt die Anteile des börsennotierten Partners übernimmt. Über die Zukunft von DEW21 muss eine öffentliche Debatte geführt werden.

Die Beteiligung der Dortmunder*innen an der Energieversorgung

Wir wollen den Ausbau erneuerbarer Energien dezentral unter Beteiligung von Bürgerenergiegesellschaften und Energiegenossenschaften gezielt vorantreiben und so Klimaschutz und regionale Wertschöpfung zusammenbringen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Mieter*innenstrommodelle unbürokratisch möglich werden. Auch auf Bundesebene kämpfen wir GRÜNE für die notwendigen gesetzlichen Änderungen, um die Umsetzung solcher Modelle einfacher zu gestalten.

Wir brauchen auch eine grundlegende Stärkung der Windenergie. Dortmund ist eine dicht besiedelte Stadt. Durch die neuen Abstandsregelungen der schwarz-gelben Landesregierung gibt es vor Ort nur noch wenige Flächen, wo der Bau von Windrädern möglich ist. Deshalb wollen wir öffentliche Potenzialflächen zum Ausbau der Windenergie mit Bürger*innenbeteiligung vorhalten und gezielt Projekte unterstützen, die auf bereits versiegelten Flächen (Altlasten, Halden, Deponien) entstehen könnten. Gleiches gilt für Projekte auf Infrastrukturflächen sowie in Gewerbe- und Industriegebieten.

Öffentliche Gelder in nachhaltig handelnde Unternehmen investieren

Dortmund soll keine Gewinne mehr aus klimaschädlichen Finanzanlagen beziehen.

469 Deshalb fordern wir GRÜNE, dass Verwaltung und städtische Töchter öffentliche
470 Gelder nur in solche Unternehmen investieren, die auf nachhaltige und
471 klimafreundliche Energiegewinnung setzen und sich grundlegenden ethischen
472 Mindeststandards verpflichtet fühlen (Divestment). Dortmund setzt sich mit
473 seinem Handlungsprogramm Klima Luft 2030 für umweltfreundliche Energieerzeugung,
474 Nachhaltigkeit und Klimaschutz ein. Dazu gehören auch die Finanzanlagen und
475 Beteiligungen der Stadt und ihrer Töchter. Vor diesem Hintergrund fordern wir
476 den Verkauf der RWE-Aktien und den Ausstieg aus der STEAG-Beteiligung.

477 3. Natur- und Umweltschutz

478 Die Lebensqualität in unserer Stadt hängt maßgeblich von unserer Umwelt ab.
479 Deshalb treten wir GRÜNE für die Entwicklung und den Erhalt der Grünflächen, der
480 natürlichen und naturnahen Lebensräume im Stadtgebiet und für die naturnahe
481 Gestaltung der Wasserläufe ein. Damit schaffen wir die Grundlagen, um im
482 städtischen Raum das Artensterben zu verlangsamen und aufzuhalten. Wir sorgen
483 für den Schutz der Menschen vor Lärm und Schadstoffen und wir haben den Schutz
484 des Klimas im Blick. Der Klimawandel schreitet immer weiter voran, auch wenn das
485 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens erreicht werden sollte. Deshalb fordern
486 wir neben Klimaschutzmaßnahmen auch gute Klimaanpassungskonzepte.

487 Wir kämpfen gemeinsam mit den Initiativen gegen den Weiterbau der OW III a/L 663
488 n, einer Umgehungsstraße quer durch ein Gebiet zwischen Kurl, Brackel, Asseln
489 und Wickede, das der neue Landschaftsplan der Stadt Dortmund als besonders
490 erhaltenswert bezeichnet, weil es einer der wenigen unzerschnittenen und
491 lärmarmen Räume ist und das lokale Klima schützt.

492 Wir setzen uns für den Erhalt von ökologisch wertvollen Flächen wie Rhader Hof,
493 Wickede-West, Asseln-Süd, Groppenbruch und Buddenacker ein. Sie sollen im
494 Landschaftsplan als Landschaftsschutzgebiete und im Flächennutzungsplan als
495 Freiraum dargestellt werden.

496 Und wir wollen Naturschutzprojekte weiterentwickeln. Dazu gehören Blühflächen
497 auf Dortmunds Dächern – nicht nur in Hitzeinseln –, in unseren Grünanlagen und
498 am Straßen- und Ackerrand.

499 3.1 Natur und Arten schützen

500 Biologische Vielfalt und die Schaffung leistungsfähiger Grünstrukturen zur
501 Reduktion von Feinstaub, zur Kühlung des städtischen Klimas und für eine bessere
502 Versickerung von Regenwasser sind wichtige Funktionen von Grünflächen in der
503 Stadt. Urbanes Grün übernimmt aber auch vielfältige soziale, gesundheitliche und
504 wirtschaftliche Aufgaben und leistet einen zentralen Beitrag für die Sicherung
505 und Verbesserung der Lebensqualität. Insbesondere in den Quartieren, wo Menschen
506 mit geringem Einkommen leben, wo die Verdichtung größer ist, muss in den Aufbau
507 und die Pflege von Grünflächen investiert werden. Dieser soziale Aspekt muss bei
508 der Umsetzung bedacht werden. Dazu bedarf es nicht nur weiterer, verstärkter
509 Aktivitäten im Dortmunder Naturschutz, sondern auch der Festlegung von mehr
510 Wald- und Grünflächen im Flächennutzungsplan.

511 Grün wählen für:

512 Wirksame Konzepte zur Klimaanpassung
513 Starkregen, überflutete Straßen und immer häufiger extrem hohe Temperaturen:
514 Längst hat der Klimawandel Dortmund erreicht. Für den Stadtbezirk Hörde wurde

515 deshalb ein Konzept mit verschiedenen Maßnahmen zur Klimaanpassung beschlossen.
516 Solche Konzepte müssen für alle anderen Stadtbezirke erarbeitet und
517 schnellstmöglich umgesetzt werden.

518 Die Erhaltung siedlungsnaher Freiräume
519 Freiflächen dienen nicht nur Menschen als Erholungsraum, sondern sind wichtige
520 Lebensstätten für Tiere und Pflanzen. Der Erhalt von Freiflächen wie Wickede-
521 Westoder Rhader Hof ist ein wichtiger weicher Standortfaktor für die
522 wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensqualität der Stadt. Zusätzliche
523 Bauflächen sollen deshalb möglichst auf ehemals genutzten Brachflächen
524 realisiert werden. Naturnahe Freiräume sollen unter Berücksichtigung des
525 Naturschutzes für die Menschen nutzbar und als Erholungsräume möglichst
526 fußläufig erreichbar sein.

527 Die Vernetzung und den Ausbau unserer Grünzüge
528 Dafür werden wir den Schutz zusammenhängender Freiräume vorantreiben und den
529 Biotopverbund erhalten und stärken. Dazu gehört auch, Flächen für den
530 Naturschutz zu reservieren und Teilflächen sich selbst zu überlassen.
531 Verbundkorridore zwischen den Naturschutzgebieten müssen zudem räumlich
532 verbindlich definiert und in den Landschaftsplan aufgenommen werden.

533 Den Erhalt der biologischen Vielfalt
534 Auf GRÜNEN Antrag hin, wurde für Dortmund die Entwicklung einer
535 Biodiversitätsstrategie beschlossen. Damit wollen wir die Ziele der Kommunen für
536 biologische Vielfalt, deren Gründungsmitglied Dortmund ist, vorantreiben. Vor
537 dem Hintergrund des massiven Rückgangs von Insekten und der daraus
538 resultierenden abnehmenden Vielfalt bei Vögeln müssen umgehend wirksame
539 Maßnahmen ergriffen werden, um mehr Flächen naturverträglich zu nutzen. Dazu
540 gehört unter anderem der vollständige Verzicht auf Pestizide, der Erhalt von
541 Hecken, Natursteinmauern und Gehölzen sowie die Neuanlage von Kleingewässern.
542 Das Verbot von Glyphosat auf städtischen Flächen und der Beschluss gegen
543 Schottergärten in Neubaugebieten – beides Grüne Erfolge – sind ein Anfang. Doch
544 das Thema muss auch im Landschaftsplan, der aktuell neu aufgestellt wird,
545 verstärkt berücksichtigt werden.

546 Die Forderung nach einem ökologischen Grünflächenkonzept
547 Wir wollen die Artenvielfalt von Flora und Fauna in der Stadt fördern. Dortmund
548 wendet bereits für 30 Prozent der öffentlichen Wiesenflächen ein ökologisches
549 und die Artenvielfalt steigerndes Pflegeprogramm an. Das neue Grünflächenamt
550 soll in Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden – analog zum „Label
551 Stadtgrün“ – auch für städtische Flächen im Siedlungs- und Straßenraum ein
552 naturnahes Grünflächenkonzept aufstellen. Dazu gehören neben Erhalt und Ausbau
553 zusammenhängender Grünzüge und artenreicher Wildblumenwiesen auch mehr
554 Streuobstwiesen und naturnahe Parkanlagen. Mit privaten Gartenbesitzer*innen und
555 mit dem Verband der Kleingartendaueranlagen wollen wir in einen Dialog kommen
556 und in Zusammenarbeit mit dem Umweltamt Beratungsangebote zur ökologischen
557 Gartengestaltung auflegen.

558 3.2 Naturschutz ist Klimaschutz

559 Unsere Ziele sind der Erhalt und der Ausbau von Natur- und
560 Landschaftsschutzgebieten sowie mehr Grün in der Stadt durch viele
561 unterschiedliche Maßnahmen: grüne Inseln im Straßenraum, an Gebäuden und in

562 Höfen, begrünte Dächer und Parkplätze in Gewerbegebieten, Fassadenbegrünung und
563 mehr Bäume in den Straßen.

564 Grün wählen für:

565 Den Erhalt und die Erweiterung der vorhandenen Frischluftschneisen
566 Die Hitzesommer der letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig eine gute Belüftung
567 der Stadt ist. Dichte Bebauung, versiegelte Flächen, eine fehlende Durchgrünung
568 sowie Abgase oder Abwärme erhöhen die Schadstoffe in der Luft.
569 Frischluftkorridore sind deshalb für das Stadtklima und die Gesundheit der
570 Menschen besonders wichtig. Bei Bauvorhaben muss deshalb der Erhalt von
571 Belüftungsschneisen berücksichtigt werden.

572 Kein Weiterbau der OW III a/L 663

573 Wir wollen lärmarme und ungeteilte Landschaftsräume erhalten und vor weiteren
574 Zerschneidungen durch Umgehungsstraßen schützen. Das gilt insbesondere für das
575 Planungsgebiet der OW III a, das vom Umweltamt als wertvoll eingestuft und im
576 Umweltplan der Stadt als Fläche mit der geringsten Belastung durch
577 Straßenverkehrslärm ausgewiesen ist.

578 Mehr Bäume für unsere Stadt

579 Die Pflanzung standortgerechter und an den Klimawandel anpassungsfähiger
580 Laubbäume ist eine effektive Maßnahme zur Begrünung von Straßen und kommunalen
581 Grünflächen. Bäume spenden Schatten, bieten Nistplätze für Vögel und tragen
582 durch ihre Fähigkeit zur CO₂-Bindung entscheidend zur Verbesserung des Klimas
583 bei. Deshalb wollen wir die Zahl der Bäume in der Innenstadt erhöhen. Durch die
584 Umgestaltung des Straßenraums und zusätzliche Standorte für Baumscheiben sollen
585 zukünftig deutlich mehr Bäume Platz finden.

586 Die Förderung von Fassaden-, Dach- und Gartenbegrünung

587 Begrünte Flächen sollen nicht nur in Hitzeinseln auf Dächern geplant werden,
588 sondern in allen Bereichen der Stadt, auch in Gewerbegebieten.
589 Hausbesitzer*innen wollen wir mit einer Informationskampagne von der
590 energiesparenden und klimaschützenden Begrünung der Dächer oder Fassaden ihrer
591 Häuser überzeugen. In Neubaugebieten sollen Gründächer im Sinne der
592 Klimafolgeanpassung grundsätzlich verbindlich werden, um für eine bessere
593 Versickerung des Regenwassers und zur Verbesserung des Mikroklimas zu sorgen.

594 Mehr naturpädagogische Initiativen

595 Insbesondere Kinder und Jugendliche sollen die Natur vor der Haustür erfahren
596 können, um einen positiven Bezug zu ihrem Erhalt zu gewinnen. Neben dem auf
597 GRÜNE Initiative hin beschlossenen Schulgärtenprogramm und dem Schulbiologischen
598 Zentrum setzen wir uns für weitere Angebote zur Nachhaltigkeitsbildung ein (s.
599 auch Kapitel Bildung).

600 Den Ausbau von Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Projekten

601 Urbane Gärten werden wir in ihren wichtigen gemeinnützigen, sozialen und
602 ökologischen Funktionen stärken. Wir unterstützen Initiativen, die ungenutzte
603 Orte als Bürger*innengärten gestalten möchten. Die Beratung zu möglichen Flächen
604 und Hilfestellungen für Bürger*innen bei der Koordination und Einrichtung von
605 Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Projekten sollen Bestandteil von
606 Quartiersmanagement sein.

607 Die Rückkehr der Nutzgärten in die Stadt liegt uns am Herzen. Wir unterstützen
608 deshalb Projekte wie die „UrbanOase“ im Unionviertel und Permakultursysteme wie

den UmweltKulturpark in Dortmund-Barop. Dazu gehört aber auch die Förderung kleinräumiger, landwirtschaftlich genutzter Flächen wie die SoLawi, Kleingärten und Grabeland.

Die Begrünung von Gewerbegebieten und Gewerbeflächen
 Gewerbeflächen bieten große Potenziale für eine ökologische Aufwertung. Durch eine naturnahe Gestaltung des Firmengeländes lassen sich Bereiche mit einer hohen Aufenthaltsqualität für Mitarbeitende und zur Verbesserung des Stadtklimas schaffen. Zusätzliche Baum- und Heckenpflanzungen filtern Luftschadstoffe, insektenfreundliche Beleuchtung kann die Lichtverschmutzung minimieren, Fassadenbegrünung den Energieverbrauch senken. Die Anlage von Grünzügen innerhalb von Gewerbegebieten eröffnet zudem die Möglichkeit, die entsprechenden Maßnahmen in ein gesamtstädtisches Grünordnungskonzept einzubinden. Unternehmen, die ihre Gewerbeflächen und Gebäude zum Beispiel durch den Bau von Anlagen zur Rückhaltung bzw. zur Versickerung von Niederschlagswasser aufwerten, wollen wir unterstützen. Sie können bei den Kosten für die Abwassergebühr entlastet werden. Ein*e im Umweltamt angesiedelte Gewerbegebietsmanager*in kann Unternehmen über die Veränderungsmöglichkeiten in Richtung Nachhaltigkeit beraten sowie Lösungen zusammen mit den Fachämtern der Verwaltung entwickeln.

Nachhaltige Forstwirtschaft
 Wir wollen eine Forstwirtschaft, die sich stärker an „natürlichen Waldgesellschaften“ orientiert, damit auch unsere Wirtschaftswälder anpassungs- und widerstandsfähiger werden. Dazu gehört, dass sich heimische Baumarten durch natürliche Aussaat vermehren können und mehr Altbäume an unbedenklichen Standorten erhalten bleiben. Um die biologische Vielfalt im Wald zu fördern, ist die Fläche zu erweitern, auf der Totholz als Lebensraum zahlloser Insekten und Pilze im Wald belassen wird. Der „Urwald-Anteil“ im städtischen Wald muss deshalb auf mindestens 10 Prozent erhöht werden. Besondere Belastungen des forstwirtschaftlich genutzten Waldes durch Hitzeschäden müssen bei anstehender Holzentnahme und im Betriebsplan frühzeitig Berücksichtigung finden. Ebenso sollen möglichstbodenschonende Ernteverfahren genutzt werden. In diesem Sinne ist unter Einbeziehung der Naturschutzverbände und der Öffentlichkeit das Waldpflegekonzept der Stadt von 1993 zu überarbeiten.

Nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft
 Die landwirtschaftlichen Flächen in Dortmund haben sich seit 1950 fast halbiert. Die verbliebenen Flächen sind aus Gründen des Landschaftsschutzes und der Nahversorgung mit Nahrungsmitteln unbedingt zu erhalten. Die Stadt als Verpächterin des größten Teils der landwirtschaftlichen Flächen muss mit langfristigen Pachtverträgen die Umstellung auf Ökolandwirtschaft fördern. Insbesondere in Randbereichen von Naturschutzgebieten müssen aber schon jetzt Ackerrandstreifen als ökologisch bewirtschaftete Pufferzonen verbindlich werden und das bisher auf städtische Flächen beschränkte Glyphosatverbot muss auf alle landwirtschaftlichen Flächen ausgeweitet werden. Landwirtschaftliche Flächennutzung darf nicht als Zwischenlösung auf dem Weg zur Nutzung für Wohn- und Gewerbebebauung verstanden werden. Sie ist ein wichtiger Teil regionaler Lebensmittelproduktion und -versorgung. Wir setzen uns dafür ein, dass Produkte regional vermarktet werden, beispielsweise auf den Dortmunder Wochenmärkten. Außerdem wollen wir regionale Vertriebsstrukturen wie das Ökonetzwerk Dortmund oder Ernährungsräte fördern.

3.3 Umweltschutz für jede*n

658 Die Umwelt, in der wir leben, wird durch unser Verhalten beeinflusst. Ob
659 Wasserqualität, Lärm- und Luftbelastung oder auch der zunehmende (Plastik-)Müll:
660 Wir können auch als Einzelne etwas dafür tun, dass die Belastungen in unserem
661 direkten Umfeld geringer werden, indem wir zum Beispiel nicht verbrauchte
662 Medikamente in die Apotheke bringen oder auch beim Coffee-to-go auf Mehrweg
663 setzen.

664 Grün wählen für:

665 Den Schutz von sauberem Wasser
666 Nach Angaben des Umweltbundesamtes gelangen Schwermetalle,
667 Medikamentenrückstände und auch Mikroplastik verstärkt über das kommunale
668 Abwasser in unsere Flüsse und Gewässer. Das Trinkwasser in Dortmund hat eine
669 sehr gute Qualität, dies muss auch für das Abwasser gewährleistet sein. Wir
670 setzen uns im Sinne des Vorsorgeprinzips für eine bessere Aufklärung von
671 Landwirt*innen und Verbraucher*innen ein.
672 Die Einführung der 4. Reinigungsstufe soll in allen städtischen Kläranlagen
673 erfolgen. Um gegen illegale Abwassereinleitungen vorzugehen, fordern wir – in
674 Zusammenarbeit mit der Emschergenossenschaft – mehr Kontrollen für die
675 renaturierten Bäche.

676 Die Reduzierung von Müll in der Stadt
677 Wir produzieren immer mehr Müll, nicht nur global, sondern auch in Dortmund.
678 Deshalb haben wir uns schon vor langer Zeit für Pfandsysteme bei
679 Großveranstaltungen in der Stadt eingesetzt. Auch für die Einführung eines
680 stadtweiten Mehrwegsystems für Coffee-to-go-Becher haben wir uns stark gemacht.
681 Ein Konzept dafür ist die Verwaltung allerdings weiterhin schuldig.
682 Zudem wollen wir ein regelmäßiges Angebot für eine kostenlose die Sperrmüll-
683 Entsorgung, damit weniger Müll illegal in der Stadt oder in der Natur entsorgt
684 wird. Dies wurde bisher von der Mehrheit im Rat immer wieder abgelehnt.
685 Pfandringe und -kästen in öffentlichen Parkanlagen sowie die Installation von
686 sog. Ballot Bins (Aschenbechern für Zigarettenstummel) sind ergänzende
687 Maßnahmen.

688 Reduzierung von Feuerwerken und die Ausweitung von Feuerwerksfreien Zonen
689 Dortmund hat schon jetzt Bereiche am Hauptbahnhof und auf dem Westenhellweg an
690 Silvester zur feuerwerksfreien Zone erklärt, um die Sicherheit für Besucher und
691 Besucherinnen der Dortmunder Innenstadt zu erhöhen. Wir setzen uns für die
692 Ausweitung dieser Zonen auf besonders sensible Bereiche der Stadt, wie zum
693 Beispiel den Zoo, ein. Insgesamt sollen zukünftig weniger Feuerwerke
694 stattfinden, sowohl im Sinne des Tierschutzes als auch zur Reduzierung der CO₂-
695 und Feinstaubbelastung.

696 4. Tierschutz

697 Seit 2002 steht der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz. Dennoch spielt
698 Tierschutz gerade in der Kommunalpolitik oft eine nachrangige Rolle. Das hat
699 sich auch in der langjährigen Diskussion um eine Katzenschutzverordnung gezeigt,
700 die inzwischen dank der Hartnäckigkeit von Tier- und Katzenschutzvereinen mit
701 unserer Unterstützung eingeführt worden ist. Wir wollen in Dortmund den Schutz
702 von Nutztieren sowie von Wild- und Haustieren stärken.

703 Grün wählen für:

704 Rettet die Insekten - Lebensraum schützen

705 Der Lebensraum von Wildtieren, insbesondere von Vögeln und Insekten, wird auch
706 in Dortmund immer kleiner. Auch in Dortmund sind Tier- und Pflanzenarten bereits
707 in ihrem Bestand deutlich zurückgegangen. Besonders Insekten sind davon stark
708 betroffen. Dieser Rückgang geht einher mit dem Rückgang blühender Wiesen und
709 anderer natürlicher Lebensräume, die Insekten für Nahrung und Fortpflanzung
710 benötigen. Darunter leiden auch alle Insektenfresser, allen voran viele
711 Vogelarten. Dieser Rückgang ist ein Verlust unserer Lebensqualität und eine
712 konkrete Gefahr für unsere Zukunft. Wir setzen uns dafür ein, den Rückgang der
713 Arten mit geeigneten Maßnahmen aufzuhalten. Auf städtischen Flächen wollen wir
714 einen vogel- und insektenfreundlichen Gartenbau stärken.

715 Artenschutzfachliche Berater*innen

716 Viele Flächen sind von Baumaßnahmen bedroht, gerade auch durch dringend
717 notwendigen Wohnungsbau. Das führt zu weiterem Verlust notwendiger Flächen für
718 die Artenvielfalt. Wir wollen künftig bei städtebaulichen Wettbewerben
719 artenschutzfachliche Berater*innen hinzuziehen, um bei der Neugestaltung von
720 städtischen Flächen auch den Tierschutz angemessen zu berücksichtigen.

721 Dortmunder Zoo

722 Im Dortmunder Zoo setzen wir auf eine artgerechte Haltung aller Tierarten. Im
723 Rahmen der Bildungsaufgabe des Zoos wollen wir Tierschutz, Biodiversität und
724 Artenschutz stärken.

725 Dortmunder Tierschutzzentrum

726 Über 1.000 Tiere werden jährlich im Dortmunder Tierschutzzentrum / Tierheim
727 aufgenommen. Viele Tiere werden gefunden, aber nicht wieder abgeholt. Steigend
728 ist die Zahl von Tieren, die zur Notpflege abgegeben werden, sowie die Zahl der
729 Welpen, die illegal im Ausland gekauft wurden. Sie haben oft keine Impfungen oder
730 ungültige Gesundheitszertifikate und müssen aus tierseuchenrechtlichen Gründen
731 in Quarantäne genommen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Tierheim ein
732 tragfähiges Konzept bekommt, das auf die stetig wachsenden Herausforderungen wie
733 die Zunahme der Abgabetierr und den Welpenhandel besser reagieren kann.

734 Wildtiere schützen

735 Wildtiere gehören nicht in die Zirkusmanege, denn sie stellen besonders hohe
736 Ansprüche an ihre Haltung und Unterbringung. In einem Zirkusunternehmen ist eine
737 verantwortbare Haltung von Wildtieren grundsätzlich nicht möglich. In
738 Deutschland sind Elefanten, Tiger, Bären und viele andere Wildtiere weiterhin
739 gezwungen, fragwürdige Kunststücke in der Manege vorzuführen – ein unhaltbarer
740 Zustand, den andere Länder längst verändert haben. Wir setzen uns für kommunale
741 Regelungen ein, damit Zirkusse in Dortmund künftig nur wildtierfreie Shows
742 zeigen.

743 Keine Werbung für Trophäenjagden

744 Legale Trophäenjagden sind ein wesentlicher Faktor für den Rückgang bestimmter
745 Wildtierarten. Selbst die Tötung bedrohter und international geschützter Arten
746 wie Löwen, Leoparden, Eisbären, Nashörner oder Elefanten ist Teil solcher
747 Angebote. Allein in Afrika erlegen 18.000 Großwildjäger aus dem Ausland jedes
748 Jahr über 100.000 Wildtiere und reduzieren damit die Tierwelt in erheblichem
749 Ausmaß. Wir unterstützen das Anliegen von Tierschutzorganisationen, zukünftig
750 auf der Messe „Jagd & Hund“ oder bei anderen Messeprogrammen in den
751 Westfalenhallen keine Anbieter mehr von Trophäenjagden zuzulassen.

752 Kommunale/r Tierschutzbeauftragte/r
753 Um den Tierschutz in Dortmund weiter zu stärken und die Arbeit der im Tierschutz
754 tätigen Organisationen und Behörden besser zu vernetzen, setzen wir uns für die
755 Ernennung eines/einer Tierschutzbeauftragten ein. Der/Die Tierschutzbeauftragte
756 steht außerdem in Tierschutzfragen als Ansprechpartner*in für die Bürgerinnen
757 und Bürger zur Verfügung und soll durch gezielte Informations- und
758 Aufklärungskampagnen mehr Bewusstsein für die Bedeutung des Tierschutzes
759 schaffen.

A5 A2: GRÜN IST... VIELFALT UND TEILHABE FÜR ALLE!

Antragsteller*in: Stefan Rath

Text

1 GRÜN IST... Vielfalt und Teilhabe für alle!

2 ... Wie wir gleiche Chancen und Möglichkeiten für alle Menschen schaffen wollen!

3 Inhalt

4 1. Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft: Vielfalt ist unsere Stärke

5 1.1. Stärkung einer Kultur der Vielfalt und eines gleichberechtigten
6 Miteinanders

7 1.2 Schutz und Hilfe für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus

8 1.3 Förderung der politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe von
9 Migrant*innen und Menschen aus Einwandererfamilien

10 1.4. Gerechte Teilhabe und soziale Sicherheit für alle

11 1.5. Bildungsgerechtigkeit in der Einwanderungsgesellschaft

12 1.6. Gerechte Verteilung der Kosten der Integration

13 2. Die Hälfte der Macht den Frauen: Geschlechtergerechtigkeit schaffen

14 2.1. Gerechte Teilhabe im Erwerbsleben

15 2.2 Gegen Gewalt gegen Frauen

16 2.3 Sicherer und sozialer Wohnraum für Frauen

17 3. LSBTTIQ-Menschen: Verschiedenheit leben und anerkennen

18 3.1 Stärkung der LSBTTIQ-Organisationen und Initiativen

19 3.2 LSBTTIQ-Leben in Dortmund

20 4. Teilhabe und Teilnahme für alle: Inklusion umsetzen

21 5. Freie und offene Stadtgesellschaft: Kunst und Kultur stärken

22 6. Zusammenleben in Bewegung: Sport verbindet

23
24 7. 365 Tage im Jahr für Menschenrechte, Vielfalt und Demokratie: Aufstehen gegen
25 Rechts

26 1. Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft: Vielfalt ist unsere Stärke

27 Dortmund ist eine Stadt der Vielfalt mit über 600.000 eigenständigen
28 Geschichten. Jung oder alt, weiblich, männlich oder divers, geboren am
29 Borsigplatz oder am Bosphorus, Hetero oder LSBTTIQ, Atheist*in oder religiös –
30 Vielfalt ist unsere Stärke. Wir begreifen Vielfalt als Bereicherung und als
31 Chance für die weitere Entwicklung unserer Stadt. Dazu zählt auch die Vielfalt
32 durch Zuwanderung.

33 Die Dortmunder Geschichte ist immer auch die Geschichte von Migration gewesen:
34 Von der Einwanderung vieler Menschen und Familien aus Osteuropa gegen Ende des
35 19. Jahrhunderts über die Zuwanderung sogenannter „Gastarbeiter*innen“ in den
36 sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts bis hin zu den
37 Geflüchteten und Eingewanderten der letzten Jahre. Aktuell haben über ein
38 Drittel der Dortmunder Bürger*innen eine Migrationsgeschichte. Viele leben seit
39 vielen Jahrzehnten in Dortmund, viele sind hier geboren, zur Schule gegangen,
40 leben und arbeiten hier. Dortmund ist unser gemeinsames Zuhause.

41 Das gilt auch für die große Anzahl der seit 2015 aus ihren Heimatländern nach
42 Dortmund geflüchteten Menschen. Sie stießen auf eine überwältigende
43 Willkommenskultur und die Solidarität vieler Dortmunder*innen. Viele der in
44 diesen Jahren mit großem Engagement aufgebauten Strukturen zur Unterstützung der
45 Geflüchteten bestehen bis heute.

46 1.1. Stärkung einer Kultur der Vielfalt und eines gleichberechtigten
47 Miteinanders

48 Grün wählen für:

49 Schaffung eines eigenen Amtes für Integration und Vielfalt

50 Eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre ist die Stärkung einer Kultur
51 der Vielfalt in Dortmund. Denn Vielfalt ist die Stärke einer lebendigen, offenen
52 und demokratischen Stadt - die Vielfalt der Lebensformen, der Kulturen, der
53 unterschiedlichen Herkunft. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dieser Vielfalt
54 mit der Schaffung eines eigenen Amtes für Integration und Vielfalt auch in der
55 Verwaltung eine ganz eigene und starke Stimme zu geben.

56 In ein solches Amt soll auch das Kommunale Integrationszentrum MIA-DO als ein
57 wichtiger Akteur bei der Erarbeitung und Umsetzung integrationsfördernder
58 Maßnahmen integriert werden. Wir wollen die Arbeit des Integrationszentrums
59 weiter stärken und fortsetzen und den dort federführend bearbeiteten „Masterplan
60 Integration“ in Zusammenarbeit zwischen Vertreter*innen aus Verwaltung, Politik
61 und Zivilgesellschaft weiterentwickeln.

62 Serviceorientierung der Ausländerbehörde

63 Durch eine Aufstockung des Personals wollen wir Mitarbeiter*innen und
64 Migrant*innen entlasten sowie Wartezeiten verkürzen. Transparenz, Respekt und
65 Kundenorientierung sollen den Beratungscharakter der Behörde stärken. Gegenüber
66 allen Antragsteller*innen und Ratsuchenden muss die Achtung der Menschenwürde
67 höchste Priorität haben.

68 Einrichtung eines kommunales Flüchtlingsforums

69 Wir unterstützen die Forderung der Träger in der Flüchtlingshilfe in Dortmund
70 nach Einrichtung eines kommunalen Flüchtlingsforums. Damit soll ein ständiger
71 Dialog zwischen Ausländerbehörde und Hauptberuflichen institutionalisiert
72 werden, um kommunale Konzepte und Maßnahmen, wie das Bleiberechtsprogramm u.a.zu
73 entwickeln.

74 Anerkennung und Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit in der Flüchtlingshilfe

75 Die Projekte der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe sind in den letzten Jahren
76 wichtige Bausteine bei der Unterstützung Geflüchteter geworden. Sie leisten für
77 die gesamte Stadt eine unverzichtbare Arbeit bei der schrittweisen Integration
78 vieler Menschen, bei Beratung, Betreuung und konkreter Unterstützung. Wir wollen
79 diese Initiativen weiter stärken und setzen uns dafür ein, den Dialog zwischen
80 der Ausländerbehörde und Ehrenamtlichen zu verstetigen und die ehrenamtliche
81 Arbeit intensiv zu unterstützen.

82 Dezentrales Auszugsmanagement für geflüchtete Menschen

83 Seit der Ankunft vieler Geflüchteter 2015/16 haben sich die kommunalen Aufgaben
84 für geflüchtete Menschen grundsätzlich verändert. Ging es zunächst um die reine
85 Versorgung und Unterbringung, geht es heute insbesondere um die dauerhafte
86 Integration in die Dortmunder Stadtgesellschaft. Ein wesentlicher Bestandteil
87 der Integration ist dabei neben dem Zugang zum Arbeitsmarkt ein eigener und

88 bezahlbarer Wohnraum. Wir halten an dem Ziel fest, möglichst schnell möglichst
 89 viele Geflüchtete dezentral in eigenen Wohnungen unterzubringen. Durch ein
 90 kommunal unterstütztes Auszugsmanagement sollen Geflüchtete auf der Suche nach
 91 Wohnraum unterstützt werden. Zur Unterstützung wollen wir das
 92 Integrationsnetzwerk „lokal willkommen“ in den Stadtbezirken weiter ausbauen.
 93 Sofern im Ausnahmefall auf die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften
 94 zurückgegriffen werden muss, sind insbesondere die Bedarfe von Frauen und
 95 weiteren besonders schutzbedürftigen Personengruppen zu berücksichtigen.

96 Gründung eines Museums für Migration
 97 Wir werden uns dafür einsetzen, dass Dortmund ein eigenes festes Museum der
 98 Migration bekommt. Damit soll die Geschichte der Zuwanderung dauerhaft
 99 dokumentiert und der Beitrag der zugewanderten Menschen bei der Entwicklung der
 100 Stadt gewürdigt werden.

101 Gerechte Verteilung der Kosten für kommunale Aufgaben der Integration
 102 Dortmund wird seit langem seiner Aufnahmeverpflichtung für Geflüchtete gerecht.
 103 Aber: Ob bei den Monatspauschalen für Geflüchtete oder der Erstattung der Kosten
 104 für Geduldete – Land und Bund finanzieren die anfallenden Kosten an vielen
 105 Stellen bisher nur unzureichend. Wir setzen uns dafür ein, dass Bund und Land
 106 ihre Verantwortung und die tatsächlich entstehenden Kosten übernehmen.

107 1.2 Schutz und Hilfe für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus

108 Grün wählen für:

109 Erarbeitung eines kommunalen Bleiberechtsprogramms
 110 Mehr als tausend Menschen leben seit vielen Jahren als Geduldete und damit ohne
 111 gesicherten Aufenthaltsstatus in Dortmund. Sie sind formal ausreisepflichtig,
 112 ihre Abschiebung ist aber ausgesetzt, weil sie zum Beispiel aus humanitären
 113 Gründen nicht durchgeführt werden kann. Eine Duldung wird dabei immer nur für
 114 eine begrenzte Zeit erteilt und muss dann erneuert werden. Für die Betroffenen
 115 sind eine wirkliche Integration und eine gesicherte Perspektive kaum möglich.
 116 Auch Zugänge zu Arbeitsstellen und Wohnungen sind erschwert. Geduldete haben
 117 keinen Zugang und Sprach- und Integrationskursen. Wir wollen hier kommunal
 118 zusätzliche Möglichkeiten schaffen.
 119 Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung vorhandene Ermessensspielräume
 120 konsequent nutzt, um für möglichst viele Geduldete, ihre Familien und Kinder ein
 121 dauerhaftes Bleiberecht zu schaffen. Zusätzlich wollen wir ein separates
 122 kommunales Bleiberechtsprogramm entwickeln, um mit und für Geduldete eine
 123 Bleiberechtsperspektive aufzubauen. Das gilt auch für Geflüchtete, die sich als
 124 ehemalige unbegleitete minderjährige Geflüchtete in einer Schul- oder
 125 Berufsausbildung befinden oder bereits einen Arbeitsplatz haben.
 126 Petitionsausschuss und Härtefallkommission des Landes sind darüber hinaus für
 127 viele Menschen oft die letzte Hoffnung hinsichtlich einer Bleibeperspektive. Wir
 128 setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung positiven Beschlüssen und Ersuchen von
 129 Petitionsausschuss und Härtefallkommission folgt.

130 Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation für Menschen ohne Papiere
 131 Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus gehören auch in Dortmund zur
 132 gesellschaftlichen Realität. Viele von ihnen sind abgelehnte Asylsuchende,
 133 ehemalige Geflüchtete, Studienabbrecher*innen – Menschen, die ihr
 134 Aufenthaltsrecht verloren haben und trotzdem bleiben. Sie alle leben in
 135 ständiger Angst, aufgegriffen und abgeschoben zu werden. Sie sind nicht

136 krankenversichert, leben oft in überbelegten und unwürdigen Wohnungen und sehen
 137 sich Vermieter*innen oftmals schutzlos ausgeliefert. Viele von ihnen arbeiten
 138 schwarz ohne aufenthalts- und arbeitsrechtliche Absicherung zu inakzeptablen
 139 Bedingungen und Löhnen. Unter den Menschen ohne Papiere befinden sich auch
 140 Kinder. Wir setzen uns dafür ein, die Situation der betroffenen Menschen zu
 141 verbessern und Wege aus der Illegalität in den gesicherten Aufenthalt zu
 142 schaffen.

143 Dortmund als „Sicherer Hafen“ für geflüchtete Menschen
 144 Wir GRÜNE haben uns dafür eingesetzt, dass Dortmund sich zum Sicheren Hafen für
 145 aus dem Mittelmeer gerettete Geflüchtete erklärt. Der Rat hat im Sommer 2019
 146 einen entsprechenden Beschluss gefasst. Wir wollen erreichen, dass der Beschluss
 147 des Rates mit Leben gefüllt und durch die zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten
 148 im Rahmen zukünftiger bundesweiter Aufnahmeproramme umgesetzt wird. Das betrifft
 149 zum Beispiel die zusätzliche Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen
 150 Geflüchteten aus südosteuropäischen Flüchtlingslagern oder auch die Beteiligung
 151 Dortmunds am Aufnahmeprogramm „NeSt – Neustart im Team“.

152 1.3 Förderung der politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe von
 153 Migrant*innen und Menschen aus Einwandererfamilien

154
 155 Grün wählen für:

156 Förderung der Migrant*innen-Selbstorganisationen
 157 Wir möchten die politische, soziale und kulturelle Teilhabe von Menschen aus
 158 Einwandererfamilien fördern. Wir wollen das Engagement von und für Migrant*innen
 159 sichtbarer machen. Migrant*innen-Selbstorganisationen (MSO) sind dabei ein
 160 wichtiger Baustein – bei der Integration von Neuzugewanderten, aber auch von
 161 Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die schon lange hier leben. Sie
 162 unterstützen den interkulturellen Dialog, fördern den Zusammenhalt und nehmen
 163 eine Brückenfunktion zwischen zugewanderten Menschen und der
 164 Mehrheitsbevölkerung ein. Wir wollen die Arbeit der vorhandenen MSO weiter
 165 stärken und die Selbstorganisation und soziale Teilhabe neuer
 166 Zuwanderungsgruppen fördern. Das betrifft zum Beispiel Initiativen von
 167 geflüchteten Menschen oder von Zugewanderten aus Südosteuropa. Mit dem Haus der
 168 Vielfalt gibt es bereits ein Zentrum für Selbstorganisationen von Migrant*innen.
 169 Wir setzen uns dafür ein, bei steigendem Bedarf zusätzliche Räumlichkeiten zu
 170 schaffen.

171 Stärkung des Integrationsrates
 172 Wir wollen den Integrationsrat als eine starke kommunale Interessenvertretung
 173 von Migrant*innen stärken. Der Integrationsrat tritt für die kulturelle,
 174 soziale, rechtliche und politische Gleichstellung von Migrant*innen ein und
 175 berät über viele Inhalte der Dortmunder Kommunalpolitik mit. Damit ist er eine
 176 wichtige Unterstützung für Entscheidungen der Ausschüsse und des Rates. Leider
 177 hat er nur eine beratende Funktion. Wir wollen seine Rolle in der Dortmunder
 178 Kommunalpolitik stärken und setzen uns für die Prüfung zusätzlicher Kompetenzen
 179 und Rechte ein.

180 Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für alle
 181 Migrantinnen und Migranten dürfen keine Bürger*innen zweiter Klasse sein. Nach
 182 wie vor sind aber viele Eingewanderte, die nicht aus der EU kommen, von
 183 kommunaler Mitbestimmung ausgeschlossen. Viele von ihnen leben und arbeiten seit

184 Jahrzehnten in Dortmund, können aber bei der Wahl eines/einer
185 Oberbürgermeister*in sowie über die Zusammensetzung des Rates und der
186 Bezirksvertretungen nicht mitbestimmen. Für uns ist eine gleichberechtigte
187 Mitbestimmung eine Grundvoraussetzung für eine gelingende Integration. Deshalb
188 treten wir ein für das kommunale Wahlrecht aller in Dortmund lebenden
189 nichtdeutschen Einwohner*innen und werden uns dafür auf Landes- und Bundesebenen
190 stark machen.

191 1.4. Gerechte Teilhabe und soziale Sicherheit für alle

192
193 Grün wählen für:

194
195 Integrative Stadtentwicklung
196 Wir wollen eine auf Dauer angelegte soziale und ethnische Abgrenzung in unserer
197 Stadt verhindern. Deshalb müssen Integration und Stadtentwicklung für uns Hand
198 in Hand gehen. Wir setzen uns für eine ressortübergreifende Stadtentwicklung
199 ein, die eine stadtweite Integration fördert und eine Armuts- oder ethnische
200 Separierung in den Stadtbezirken verhindert.

201 Kultursensible Gesundheitsversorgung und Pflege
202 Soziale und kulturelle Angebote für Senior*innen sollen immer auch auf die
203 Bedarfe von älteren Migrant*innen abgestimmt werden. Finanzielle Sicherung im
204 Alter, der Wunsch nach Teilhabe sowie eine kultursensible Gesundheitsversorgung
205 und Pflege im Alter müssen insbesondere auch für ältere Migrant*innen
206 sichergestellt werden. Wir setzen uns für eine soziale Infrastruktur ein, die
207 den verschiedenen Lebensbiografien gerecht wird.

208 Programm „Überlebenshilfe Zuwanderung Südosteuropa“
209 In den vergangenen Jahren sind viele Menschen aus Südosteuropa als EU-
210 Bürger*innen legal nach Dortmund gezogen. Fast 3.000 von ihnen arbeiten
211 inzwischen sozialversicherungspflichtig oder als geringfügig Beschäftigte. Für
212 viele der Zugewanderten gestaltet sich die Arbeitssuche und Arbeitsaufnahme nach
213 wie vor schwierig. Die intensiven Bemühungen einer differenzierten und fachlich
214 fundierten Beratung bei Arbeitssuche, -aufnahme und beruflicher Bildung sind
215 deshalb verstärkt fortzusetzen.
216 Da viele der Eingewanderten weder einen Anspruch auf Sozialleistungen noch eine
217 Krankenversicherung besitzen und größtenteils von integrierenden Hilfeleistungen
218 ausgeschlossen sind, ist ein Teil von ihnen zunehmend von Armut und Verelendung
219 betroffen oder bedroht, lebt in prekären Wohnverhältnissen oder ist obdachlos.
220 In dieser existenziellen und sozialen Notlage sehen insbesondere einige Frauen
221 die Prostitution als einzigen Ausweg aus ihrer Perspektivlosigkeit. Das
222 existierende Netz von Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten reicht absehbar
223 nicht aus. Wir setzen uns deshalb für ein gesondertes städtisches Programm
224 „Überlebenshilfe Zuwanderung Südosteuropa“ ein. Bestandteil eines solchen
225 Programms muss insbesondere auch die medizinische Versorgung sein.
226 Die bestehenden Unterstützungsstrukturen sind personell aufzustocken, um
227 Projekte zu begleiten, zu evaluieren und weiterzuentwickeln. Zusätzlich halten
228 wir die Einrichtung einer unabhängigen Stelle zur Akquise von Finanzmitteln zur
229 Co-Finanzierung von Projekten und Programmen für notwendig. Damit sollen Lücken
230 geschlossen werden, die durch das vorhandene Unterstützungsangebot noch nicht
231 abgedeckt werden.
232 Anders als Geflüchtete haben EU-Zuwander*innen keinen Rechtsanspruch auf die
233 Teilnahme an Integrationskursen. Das erschwert eine schnellere Integration. Wir

234 wollen deshalb entsprechende Angebote schaffen. Wir unterstützen die Bemühungen,
 235 möglichst viele Menschen in die gesetzliche Regelversorgung der
 236 Krankenversicherung aufzunehmen. Zusätzlich braucht es ausreichende Angebote für
 237 Nichtkrankenversicherte. Die Angebote für Kinder in Kitas und Schulen
 238 insbesondere bei der Sprach- und Integrationsförderung sind weiter auszubauen.
 239 Wir setzen uns dafür ein, dauerhafte Wohnungslosigkeit von Eingewanderten von
 240 Beginn an verhindern. Im Rahmen einer Notunterbringung muss eine gemeinsame
 241 geschützte Unterbringung von Familien in Männer- und Frauenübernachtungsstellen
 242 möglich sein. Wir wollen das Projekt „Boarding-House“ entwickeln und umsetzen.
 243 Dort können aus einer Hand kurzzeitiges Wohnen und Sozialberatung und
 244 Vermittlung in Maßnahmen angeboten werden.

245 1.5. Bildungsgerechtigkeit in der Einwanderungsgesellschaft

246 Grün wählen für:

247 Aufstockung der Mittel für die kommunale Bildungsarbeit
 248 Deutschland ist längst zur Einwanderungsgesellschaft geworden. Und auch in
 249 Dortmund haben Zuwander*innen, Migrant*innen und Geflüchteten eine neue Heimat
 250 gefunden. Wir setzen uns dafür ein, ihnen persönliche und berufliche
 251 Perspektiven zu eröffnen und sie so in die Gesellschaft zu integrieren. Die
 252 Unterstützung bei Bildung und Qualifizierung ist dabei die wichtigste Aufgabe.
 253 Wir wollen die Mittel für kommunale Bildungsarbeit, insbesondere für die
 254 Unterstützung der Elternarbeit bei Migrant*innen, aufstocken.

255 Passgenaue Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche
 256 Auch geflüchtete Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung. Wir setzen
 257 uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche in regulären Schulen und Klassen
 258 unterrichtet werden und durch passgenaue Unterstützungsangebote im Spracherwerb
 259 und darüber hinaus gefördert werden. Schon in der Kinderbetreuung können
 260 Grundsteine für ein gelingendes Ankommen in Dortmund gelegt werden. Dafür sind
 261 Betreuungsplätze für alle Kinder – unabhängig ihrer Herkunft – sicherzustellen.
 262 Dabei ist die Förderung von Mehrsprachigkeit und Herkunftssprachen ein wichtiger
 263 Baustein. Wir setzen uns für die Einführung eines bilingualen Zweigs
 264 mindestens in einer weiterführenden Schule in jedem Stadtbezirk ein. Wir setzen
 265 uns dafür ein, dass die Ausländerbehörde ihre Ermessensspielräume nutzt, um für
 266 junge Geflüchtete in Ausbildung ein Aufenthaltsrecht zu gewähren.

267 2. Die Hälfte der Macht den Frauen: Geschlechtergerechtigkeit schaffen

268 Wir treten dafür ein, Zeit, Macht, Geld und Chancen zwischen Frauen und Männern
 269 gerecht zu teilen. Wir GRÜNE praktizieren das in unseren eigenen Strukturen mit
 270 quotierten Vorständen und Fraktionen von Beginn an. Die Hälfte der Macht den
 271 Frauen – das heißt auch Aufwertung der sozialen Berufe, mehr Frauen als
 272 Chef*innen und eine gerechte Aufteilung der Sorgearbeit zwischen Frauen und
 273 Männern. An vielen Stellen unseres Programms finden sich dazu themenübergreifend
 274 Anmerkungen und Forderungen.
 275 Wir sagen zudem deutlich: Null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen! Gewalt gegen
 276 Frauen und Mädchen ist ein gleichbleibend großes gesellschaftliches Problem.
 277 Nach wie vor sind vor allem Frauen Opfer sexualisierter und häuslicher Gewalt.
 278 In diesem Zusammenhang ist das eigene Zuhause oft der gefährlichste Ort für sie.
 279 Wir wollen diese Gewalt entschieden bekämpfen.
 280 Männer, Frauen und Diverse haben unterschiedliche Lebensbedingungen, Ansprüche
 281 und Bedürfnisse. Wir wollen, dass die unterschiedlichen Perspektiven der

282 Menschen in allen Politikbereichen und innerhalb der Stadtverwaltung unter den
283 Leitzielen von Gleichstellung und gleicher Teilhabe für alle Geschlechter
284 wahrgenommen und berücksichtigt werden. Für uns ist die konsequente Anwendung
285 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes selbstverständlich: Niemand darf wegen
286 seines Geschlechts oder seiner sexuellen Identität diskriminiert werden.

287 2.1. Gerechte Teilhabe im Erwerbsleben

288 Grün wählen für:

289 Mehr Frauen in Führungspositionen

290 Wir sind überzeugt, dass unsere Gesellschaft die Perspektiven und Lebens- und
291 Berufserfahrungen von Frauen braucht. Die Stadt Dortmund ist Arbeitgeberin: In
292 ihrer Verwaltung und in den Betrieben mit städtischer Beteiligung arbeiten viele
293 Frauen; in einigen Arbeitsbereichen überwiegt ihr Anteil. Aber in
294 Führungspositionen sind sie noch immer erheblich unterrepräsentiert. Wir wollen
295 Frauen ermutigen und unterstützen, sich auf Führungspositionen zu bewerben. Dies
296 geschieht z. B. durch Mentoring-Programme und Vernetzung. Wir wollen, dass die
297 Stadt hierzu spezifische Angebote für Frauen bereitstellt. In Kooperation mit
298 dem Gleichstellungsbüro sollen zudem mehr Programme gegen geschlechterstereotype
299 Berufswahl aufgelegt werden.

300 Umsetzung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“
301 Seit Jahrzehnten verdienen Frauen im Durchschnitt 20 % weniger als Männer: 2019
302 erhielten Frauen 17,72 brutto Stunde, Männer dagegen 22,16 €. Die wesentlichste
303 Ursache für diesen „Gender Pay Gap“ liegt darin, dass Frauen häufiger in Berufen
304 und Branchen arbeiten, die geringer bezahlt werden; das hat v.a. mit der
305 Bewertung von Arbeit zu tun. Diese ist nach wie vor von einer Geringschätzung
306 von Berufen geprägt. Vor allem frauendominierte Berufe in personennahen sozialen
307 Dienstleistungen (Pflege, Erziehung, Betreuung, Soziale Arbeit, Beratung) werden
308 nicht ihren Anforderungen entsprechend gerecht bewertet und damit auch nicht
309 gerecht bezahlt. Weiter erhalten Frauen nach einer Berufsunterbrechung wegen
310 Erziehungs- bzw. Pflegearbeit ein geringeres Entgelt. Frauen sind seltener in
311 Führungspositionen; aber auch die Frauen in den Chefetagen werden oft geringer
312 bezahlt als ihre männlichen Kollegen.

313 Der Equal Pay Day ist der internationale Aktionstag, um auf den „Gender Pay Gap“
314 aufmerksam zu machen. In Deutschland markiert der Aktionstag symbolisch den Tag,
315 bis zu dem Frauen ohne Lohn arbeiten. Wir unterstützen die Aktionen zum Equal
316 Pay Day in Dortmund. Auf Bundesebene fordern wir ein effektives
317 Entgeltgleichheitsgesetz.

318 Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

319 Wir wollen Rahmenbedingungen verändern, damit Beruf und Familie besser vereinbar
320 sind, insbesondere auch für alleinerziehende Frauen. Dazu gehört maßgeblich der
321 weitere und vermehrte Ausbau qualitativ guter Ganztags-Kitas und Ganztags-
322 Schulen. Eine gute, zeitlich flexible und verlässliche Betreuung und Bildung von
323 Kindern schafft Freiraum für berufliche Ansprüche. Wir setzen uns dafür ein, die
324 Anzahl der Plätze insbesondere für unter dreijährige Kinder sowie in der Offenen
325 Ganztagschule so auszubauen, dass jedes Kind bei Bedarf einen entsprechenden
326 Platz erhält.

327 2.2 Gegen Gewalt gegen Frauen

328 Grün wählen für:

329 Unterstützung der Arbeit des Dortmunder Frauenhauses
330 Gewalt gegen Frauen bleibt ein alarmierendes gesellschaftliches Problem.
331 Bundesweit haben im Jahr 2018 über 140.000 Frauen Gewalt durch ihre Partner und
332 Ex-Partner zur Anzeige gebracht. Gleichzeitig gibt es für betroffene Frauen
333 nicht ausreichend Plätze in Frauenhäusern, um ihnen und ihren Kindern Schutz,
334 Unterkunft und Beratung zu gewährleisten. Es gibt weder einen Rechtsanspruch auf
335 Schutz und Hilfe noch eine bundeseinheitliche Regelung zur Finanzierung. Die
336 Frauenhäuser und Beratungsstellen sind noch immer auf freiwillige Leistungen des
337 Landes und der Kommune angewiesen, was jegliche Planung erschwert. Auf
338 Bundesebene wollen wir GRÜNE deshalb einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe
339 bei Gewalt gesetzlich verankern, um die Finanzierung und die Arbeit der
340 Frauenhäuser dauerhaft zu sichern.

341 Das Dortmunder Frauenhaus verfügt zurzeit über 32 Plätze: 16 für Frauen und 16
342 für Kinder. Die Finanzierung erfolgt durch Mittel des Landes, mit Spenden sowie
343 mit jährlichen Zuwendungen der Stadt. Auf GRÜNEN Antrag sind zusätzlich 40.000
344 Euro zur Verfügung gestellt worden, um die Besetzung der Pforte zumindest bis 23
345 Uhr und an den Wochenenden zu gewährleisten. Wir setzen uns dafür ein, die
346 städtischen Gelder bei Bedarf weiter zu erhöhen und verbindlich zu verstetigen.
347 Sollte der Bedarf an Plätzen steigen, muss eine Erweiterung der Angebote geprüft
348 werden. Außerdem ist sicherzustellen, dass die Aufnahme von Frauen mit
349 Behinderungen gewährleistet werden kann. Dazu ist zu prüfen, ob Gelder aus dem
350 Investitionsprogramm des Bundes für einen Umbau des Frauenhauses beantragt
351 werden können.

352 Neben der Unterbringung der Frauen ist eine entsprechende Beratung zur weiteren
353 Planung wichtig. Dafür braucht es teilweise auch mehrsprachige
354 Beratungsangebote. Wir setzen uns dafür ein, diese Angebote auszubauen und zu
355 finanzieren. Eine professionelle psychosoziale Beratung braucht Kommunikation in
356 der Muttersprache. Deshalb sind Fachkräfte mit vielfältigen Sprachkenntnissen
357 notwendig. Wir setzen uns dafür ein, die Finanzierung und Fortbildung von
358 Honorarkräften und Dolmetscherinnen zu sichern, um nicht deutschsprachige
359 Bewohnerinnen angemessen zu unterstützen.

360 Wir unterstützen Initiativen einer konzeptionellen Weiterentwicklung des
361 Frauenhauses. Das betrifft insbesondere die Unterbringung in sicheren Wohnungen
362 nach der Zeit im Frauenhaus mit intensiver Begleitung und Beratung, um den
363 Übergang in ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dabei muss der Schutz der
364 Frauen, Kinder und Mitarbeiterinnen gewährleistet sein.

365 Viele Frauen bringen ihre Kinder mit ins Frauenhaus. Wir setzen uns dafür ein,
366 dass Angebote, die den Kindern dort gemacht werden, durch die Jugendhilfe
367 passgenau und längerfristig auch nach dem Aufenthalt im Frauenhaus fortgesetzt
368 werden. Jungen können nur dann mit ihren Müttern im Frauenhaus aufgenommen
369 werden, wenn sie maximal 14 Jahre alt sind. Hier braucht es Lösungen für Frauen
370 mit älteren Kindern.

371 Intensivierung der Arbeit mit Tätern häuslicher Gewalt
372 Das Projekt „Echte Männer reden“ des SKM berät Männer, die gegenüber ihren
373 Partnerinnen gewalttätig geworden sind. Dabei können Männer lernen, die
374 Hintergründe ihrer Krise zu verstehen, Verantwortung zu übernehmen und ihr
375 Verhalten zu verändern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeit des Projektes
376 zum Schutz von Frauen intensiviert wird. Polizei und Staatsanwaltschaft sollen
377 bei Einsätzen und Ermittlungen gegen gewalttätige Männer über dieses Projekt
378 informieren.

379 2.3 Sicherer und sozialer Wohnraum für Frauen

380 Grün wählen für:

381 Gendersensible Stadtplanung

382 Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Vielfalt unserer Stadt auch in der
383 Gestaltung unserer Quartiere und Stadtteile widerspiegelt. Stadtplanung und
384 Stadtentwicklung müssen ebenfalls ihren Beitrag zu Chancengleichheit und
385 Geschlechtergerechtigkeit leisten und die Interessen aller Bürger*innen adäquat
386 berücksichtigen.

387 Förderung von Frauen-Wohnprojekten

388 Wohnen wird auch in Dortmund immer teurer. Dabei ist gerade für Frauen
389 preiswerter Wohnraum von besonderer Bedeutung. Sie sind häufiger alleinerziehend
390 oder von Altersarmut betroffen als Männer. Und deshalb sind sie und ihre Kinder
391 besonders auf günstige Wohnungen angewiesen. Wir setzen uns dafür ein, dass
392 gezielt Wohnprojekte für Frauen gefördert und unterstützt werden.

393 Unterstützung wohnungsloser Frauen

394 Frauen ohne Unterkunft und ohne finanzielle Mittel können in der neuen
395 Frauenübernachtungsstelle der Diakonie in Hörde jederzeit eine Unterkunft
396 finden. Die dabei vorgenommene Ausweitung der Plätze ist die Antwort auf den
397 steigenden Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten. Der Aufenthalt ist allerdings
398 auf ein halbes Jahr begrenzt. Wir unterstützen alle Ansätze, um ausreichend
399 Wohnraum nach dem Aufenthalt in der Frauenübernachtungsstelle zur Verfügung
400 stellen zu können

401 3. LSBTTIQ-Menschen: Verschiedenheit leben und anerkennen

402 Dortmund ist eine offene Stadt mit einer bunten Stadtgesellschaft. Dazu gehört
403 die Anerkennung jeder sexuellen Identität und sexuellen Orientierung. Wir wollen
404 Diskriminierungen in allen Bereichen verhindern und bestehende Diskriminierungen
405 beseitigen. Geschlechtliche Vielfalt kann gelebt werden; lesbische, schwule,
406 bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere Menschen
407 (LSBTTIQ) gehören zu unserer vielfältigen Stadt. Wir stehen für eine (Stadt-
408)Gesellschaft, in der alle Menschen ohne Angst verschieden sein und ihre
409 Verschiedenheit selbstbewusst und selbstbestimmt leben können.

410 3.1 Stärkung der LSBTTIQ-Organisationen und Initiativen

411 Grün wählen für:

412 Unterstützung von SLADO und Sunrise

413 Ob SLADO als Dachverband der zahlreichen Dortmunder Schwulen-, Lesben-,
414 Bisexuellen- und Transidentenvereine und -initiativen, ob das KCR als Lesben-
415 und Schwulenzentrum, ob der Gesundheitsladen Pudelwohl oder die Jugendbildungs-
416 und Beratungseinrichtung Sunrise – die Dortmunder LSBTTIQ-Landschaft ist
417 vielfältig. Für uns ist jede einzelne Gruppierung und Organisation eine
418 Bereicherung der Stadtgesellschaft. Mit SLADO gibt es eine starke Stimme, die
419 die Interessen bündelt und vertritt. Wir setzen uns dafür, die Arbeit der
420 Initiativen zu fördern und zu unterstützen. Das gilt insbesondere für
421 Beratungsangebote für Jugendliche.
422 Die Jugendbildungs- und Beratungseinrichtung Sunrise im Fritz-Henßler-Haus
423 bietet queeren Jugendlichen und junge Erwachsenen einen Schutzraum, in dem sie
424 offen mit Gleichaltrigen über ihre Erfahrungen sprechen können. Zusätzlich gibt

425 es Angebote für Angehörige sowie pädagogische Kräfte. Wir unterstützen die
426 weitere Förderung von Sunrise durch das Jugendamt.

427 Förderung des Antidiskriminierungsprojekts SCHLAU
428 Das von SLADO durchgeführte SCHLAU-Projekt ist ein Antidiskriminierungsprojekt,
429 bei dem es um sexuelle und geschlechtliche Vielfalt von Jugendlichen geht. Das
430 Projekt läuft an Schulen und in Jugendzentren. Die jeweiligen Workshops vor Ort
431 werden von Ehrenamtlichen durchgeführt. Um die vielen Anfragen und die Anzahl
432 der durchgeführten Workshops bewältigen zu können, reichen die vorhandenen
433 Strukturen nicht mehr aus. Auf Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion hat der Rat
434 beschlossen, das SCHLAU-Projekt für die Jahre 2020 und 2021 mit jeweils 70.000
435 Euro zu bezuschussen. Wir setzen uns dafür ein, diese Förderung auch darüber
436 hinaus zu verstetigen.

437 Feiern des Christopher Street Day
438 Bei den Aktionen und Demonstrationen zum Christopher Street Day machen auch in
439 Dortmund tausende Menschen selbstbewusst sexuelle Vielfalt und ihre Forderungen
440 sichtbar. Wir GRÜNE werden die Aktionen zum CSD sowie zum Trans*CSD weiterhin
441 unterstützen.

442 3.2 Förderung eines gleichberechtigten Miteinanders

443 Grün wählen für:

444 Weiterentwicklung „Runder Tisch“ und „Koordinierungsstelle für Lesben, Schwule
445 und Transidente“

446 Seit vielen Jahren gibt es in Dortmund sowohl einen Runden Tisch zur Förderung
447 der Emanzipation und Akzeptanz von Lesben, Schwulen und Transidenten als auch
448 eine städtische Koordinierungsstelle. Sie kümmert sich um die Belange von
449 LSBTTIQ-Beschäftigten in der Verwaltung und ist das Bindeglied zwischen
450 Verwaltung und der Community. Wir setzen uns dafür ein, den Runden Tisch und die
451 Koordinierungsstelle auch in den kommenden Jahren fortzuführen und
452 weiterzuentwickeln.

453 Erarbeitung eines Aktionsplans zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher
454 Vielfalt

455 Viele lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle
456 und queere Menschen erleben Diskriminierungen aufgrund ihrer sexuellen
457 Orientierung bis hin zu körperlichen Angriffen. Wir setzen uns deshalb dafür
458 ein, dass die Stadt einen Aktionsplan zur Akzeptanz sexueller und
459 geschlechtlicher Vielfalt erarbeitet. Der Aktionsplan soll ein kommunales
460 Handlungskonzept gegen die Diskriminierung und Ausgrenzung von Lesben, Schwulen,
461 Bissexuellen, Transsexuellen, Transgender, intersexuellen und queeren Menschen
462 sein. Ziel ist es, sowohl die gesellschaftliche Akzeptanz als auch die Chance
463 auf eine diskriminierungsfreie Teilhabe zu fördern.

464 Austausch mit Partnerstädten

465 Auch in den Dortmunder Partnerstädten gibt es Szenen lesbischer, schwuler,
466 bisexueller, transsexueller, transgender, intersexueller und queerer Menschen,
467 die auch aufgrund des jeweiligen kulturellen Hintergrunds Diskriminierungen
468 erleben. Wir regen an, dass unter Beteiligung von SLADO ein internationaler
469 Austausch mit LSBTTIQ-Aktivist*innen initiiert und gefördert wird –auch um die
470 politische Teilhabe und Akzeptanz in den Partnerstädten zu verbessern.

471 „Lebensort Vielfalt“ in Senioren*innenheimen

472 Mit dem Wohn- und Begegnungszentrum Zehnthof der Städtischen Seniorenheime gibt
 473 es das erste Dortmunder Seniorenheim, das besonders gute Voraussetzungen für
 474 lesbische, schwule, bisexuelle oder transgender Bewohner*innen schafft. Es ist
 475 sogar das erste dieser Art in NRW und hat das Qualitätssiegel "Lebensort
 476 Vielfalt" der Schwulenberatung Berlin verliehen bekommen. Das Siegel erhalten
 477 Einrichtungen, die besonders gute Voraussetzungen für sexuelle und
 478 geschlechtliche Minderheiten schaffen und die sexuelle und geschlechtliche
 479 Vielfalt ihrer Bewohner*innen als wesentlichen Aspekt ihrer Persönlichkeit
 480 berücksichtigen. Wir setzen uns dafür ein, weitere Einrichtungen für
 481 Senior*innen zum „Lebensort Vielfalt“ zu machen.

482 Unterstützung für Geflüchtete

483 Auch unter den in den letzten Jahren nach Dortmund Geflüchteten gibt es
 484 lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und
 485 queere Menschen. Zum Teil mussten sie gerade wegen ihrer sexuellen Orientierung
 486 fliehen. Sie sind aufgrund ihrer Herkunft oft mehrfacher Diskriminierung
 487 ausgesetzt, Wir setzen uns für zusätzliche Unterstützungsangebote ein.

488 4. Teilhabe und Teilnahme für alle: Inklusion umsetzen

489 Die Teilhabe aller Menschen am Leben in der Gesellschaft steht für uns GRÜNE im
 490 Mittelpunkt unseres politischen Handelns. Inklusion ist ein Menschenrecht, das
 491 vielen Menschen noch viel zu häufig verwehrt wird. Nach der UN-
 492 Behindertenrechtskonvention wird Behinderung als individuelle Beeinträchtigung
 493 gesehen, die erst durch psycho-soziale Faktoren und gesellschaftliche wie
 494 räumliche Barrieren zur Behinderung wird. Dies erleben Menschen mit Handicaps
 495 täglich, wenn Fahrstühle auf den Bahnhöfen fehlen, wenn die realen Kosten für
 496 Gebärdensprachdolmetscher*innen nicht übernommen werden oder die Kita bzw.
 497 Schule nicht barrierefrei ist. Wir setzen uns für einen barrierefreien
 498 öffentlichen Raum ein, in dem Gebäude, Medien, Produkte, Dienstleistungen und
 499 Veranstaltungen besser zugänglich und nutzbar sind. Und trotz aller Fortschritte
 500 und Bemühungen: Auch Dortmund befindet sich noch am Beginn der Entwicklung zu
 501 einer inklusiven Stadt.

502 Deshalb wollen wir GRÜNE Inklusionsbedarfe in allen Politikbereichen von Beginn
 503 an mitdenken und mitplanen. Wichtige Unterstützer*innen sind dabei das
 504 Behindertenpolitische Netzwerk und der Inklusionsbeirat. Ihre Expertise wollen
 505 wir noch besser in die Arbeit des Rates und der Bezirksvertretungen sowie der
 506 Verwaltung einbinden.

507 Grün wählen für:

508 Inklusion im Arbeitsmarkt

509 Ein wichtiger Aspekt sozialer Teilhabe ist die Inklusion im Arbeitsmarkt. Ideal
 510 wäre ein inklusiver erster Arbeitsmarkt, so dass keine Werkstätten für Menschen
 511 mit Beeinträchtigung und kein sozialer Arbeitsmarkt benötigt werden. Wir wollen
 512 Impulse setzen für einen inklusiven Arbeitsmarkt, der auch Menschen mit schweren
 513 gesundheitlichen Beeinträchtigungen Chancen ermöglicht. Den Aufbau eines
 514 inklusiven Arbeitsmarktes, die weitere Gründung von Integrationsbetrieben oder
 515 Integrationsabteilungen begrüßen und unterstützen wir.

516 Gewährleistung der Mobilität

517 Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am Leben in der
 518 Gemeinschaft. Wir GRÜNE haben in der Vergangenheit mehrfach die Einführung eines

519 Begleitservice bei Fahrten mit Bussen und Bahnen in die politische Diskussion
520 gebracht. Ein solcher Service richtet sich an Fahrgäste, die einen Rollstuhl,
521 Rollator oder eine Gehhilfe nutzen, an seheingeschränkte, blinde oder gehörlose
522 Menschen sowie an Fahrgäste, die sich bei der Nutzung von öffentlichen
523 Verkehrsmitteln unsicher fühlen. Wir werden uns weiterhin für ein solches
524 Angebot zur Sicherstellung der Mobilität vieler Menschen in Dortmund einsetzen.
525 Ebenso werden wir uns weiterhin für einen gut funktionierenden Fahrdienst für
526 Menschen mit Behinderung einsetzen. Das Angebot des Fahrdienstes muss die
527 Teilhabe von Menschen mit besonders schweren Mobilitätseinschränkungen
528 sicherstellen. Wir haben uns bei der Neukonzeptionierung des
529 Behindertenfahrdienstes an der Seite des Behindertenpolitischen Netzwerks gegen
530 eine gleichzeitige Kürzung der Mittel eingesetzt. Ob der geänderte Fahrdienst
531 den gestiegenen und weiter steigenden Ansprüchen gerecht wird, werden wir
532 kritisch beobachten und bei Bedarf gegensteuern.

533 Ausbau öffentlicher Toiletten

534 Gerade für Menschen mit Beeinträchtigung sind ausreichende, barrierefreie und
535 qualitativ gute öffentliche Toiletten von großer Bedeutung. Ansonsten sind ihre
536 Mobilität und ihre gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
537 eingeschränkt. Die vorhandene Anzahl öffentlicher Toiletten mit jeweils einer
538 pro Stadtbezirk reicht nicht aus. Wir setzen uns für ein Konzept zum Ausbau
539 öffentlicher Toiletten sowie für die stadtweite Umsetzung des Projekts „Nette
540 Toilette“ ein.

541 Inklusive städtische Veranstaltungen

542 Wir setzen uns dafür ein, dass städtische Veranstaltungen grundsätzlich inklusiv
543 sind. Städtische Räumlichkeiten müssen mit induktiven Höranlagen ausgestattet
544 bzw. nachgerüstet werden, damit hörgeschädigte Menschen problemlos teilnehmen
545 können. Und auch die Anwesenheit von Gebärdendolmetscher*innen muss bei Bedarf
546 gewährleistet sein.

547 Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung

548 Familien mit Migrationshintergrund und behinderten Angehörigen haben in der
549 Regel eine doppelte Herausforderung zu bewältigen und oft einen unzureichenden
550 Zugang zu Hilfesystemen. Der Beratungs- und Unterstützungsbedarf ist groß und
551 steigt. Wir unterstützen deshalb die Beratungs- und Kontaktstelle für Menschen
552 mit Migrationshintergrund und Behinderung als erste Anlaufstelle für
553 Begegnungen, Information und Hilfestellungen.

554 5. Freie und offene Stadtgesellschaft: Kunst und Kultur stärken

555 Kunst und Kultur prägen nachhaltig das Gesicht und das Image einer Stadt.

556 Kulturpolitik bedeutet für uns GRÜNE in erster Hinsicht die Sicherung der
557 kulturellen Infrastruktur und Vielfalt in den Stadtteilen für alle Bürger*innen.
558 Dabei müssen insbesondere die besonderen Herausforderungen der Inklusion und
559 Integration berücksichtigt werden. Gerade in Zeiten zunehmender
560 rechtsextremistischer Tendenzen und neuer populistischer Bewegungen steht Kultur
561 für eine Auseinandersetzung um Werte, Haltungen und Einstellungen in unserer
562 Stadt. Kultur tritt sichtbar für eine offene Gesellschaft ein.

563 Sie braucht deshalb Freiräume, um Werte- und Grundsatzfragen jenseits
564 ökonomischer und ideologischer Zwänge behandeln zu können. Der Zugang zu Kultur
565 und kultureller Bildung darf weder vom Geldbeutel abhängen noch vom Wohnort.
566 Kultur ist ein Gemeinschaftsgut, dessen Infrastruktur zu großen Teilen

567 öffentlich finanziert wird – und das muss so bleiben.
568 In Dortmund existiert eine bunte Landschaft aus etablierten Kultureinrichtungen.
569 Neben der sog. Hochkultur gibt es eine starke freie Kulturszene sowie
570 vielfältige sozio- und interkulturellen Einrichtungen. Es ist unser Ziel, diese
571 Angebote zu erhalten und Zusammenarbeit zu fördern. Gerade die nicht
572 institutionalisierte Kunst- und Kulturszene liegt uns GRÜNEN am Herzen.

573 Grün wählen für:

574 Gewährleistung kultureller Teilhabe
575 Bei der Programmgestaltung der städtischen Kultureinrichtungen ist stärker
576 darauf zu achten, dass die Einrichtungen vermehrt für Menschen mit
577 Migrationshintergrund geöffnet und sie damit als Besucher*innen gewonnen werden.
578 Das kann z. B. durch mehrsprachige Veranstaltungskalender, zweisprachige
579 Lesungen, Puppenspiele usw. geschehen.
580 Um eine uneingeschränkte Nutzung der Dortmunder Kultureinrichtungen auch für
581 Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen, halten wir ein umfassendes Konzept
582 zur Barrierefreiheit für erforderlich.
583 Kultur soll in allen Stadtteilen stattfinden und sich nicht auf die Innenstadt
584 beschränken. Gemeinnützige Vereine sorgen dafür, dass kulturelle Teilhabe nicht
585 an ein gewisses Einkommen gebunden ist. Orte wie das Kulturhaus Lütgendortmund,
586 Balou, Musik- und Kulturzentrum Güntherstraße und viele weitere leisten einen
587 wertvollen Beitrag zur Stadtgesellschaft. Wir wollen diese Vereine unterstützen
588 und insbesondere bestehende und neue Vereine bei der Suche nach Räumlichkeiten
589 unterstützen.
590 Wir wollen soziokulturelle Zentren strukturell besser fördern, da gerade sie das
591 Prinzip „Kultur für alle“ umsetzen und die Teilhabe vieler ermöglichen.
592 Und wir machen uns stark für die Einführung eines „Kombitickets Kultur“, das
593 eine kostenfreie Nutzung des ÖPNV zu den Veranstaltungen aller Dortmunder
594 Kultureinrichtungen ermöglicht.

595 Stärkung der freien Kulturszene
596 Wir GRÜNE werden uns auch in Zukunft für eine einfallsreiche, vielfältige und
597 zeitgemäße Ausrichtung der Dortmunder Kulturszene einsetzen. Zu einer
598 städtischen Kultur in einer Stadt unserer Größenordnung gehören neben einer
599 lebendigen Kunstszenen mit Ausstellungs-, Konzert-, Atelier- und
600 Veranstaltungsräumen auch Feste, Gastronomie sowie eine Club- und
601 Kneipenlandschaft.
602 Wir GRÜNE werden weiterhin darauf achten, dass Nischen für Kultur gefunden und
603 verteidigt werden können. Zwischennutzungen wollen wir ausdrücklich fördern,
604 auch gemeinsam mit Gesellschaften, an denen die Stadt Dortmund beteiligt ist.
605 Wir unterstützen die temporäre Nutzung des öffentlichen Raums für Kulturevents.

606 Erhalt der Kinder- und Jugendangebote
607 Angebote wie die Kunstkurse des Museums Ostwall oder anderer Museen für Kinder
608 und Jugendliche oder das Kindermuseum mondo mio ermöglichen interkulturelle
609 Entdeckungsreisen und bieten bereits Kindern einen wichtigen Beitrag zum
610 besseren Verständnis unterschiedlicher Kulturen. Wir wollen diese Angebote
611 unterstützen und für die Zukunft sichern.
612 Auch die Familienkonzerte, Konzerte für junge Leute und die Sitzkissenkonzerte
613 der Dortmunder Philharmoniker sowie die Familienkonzerte des Domizils wollen wir
614 erhalten und fördern.

615 Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Kulturinstitutionen
616 Wir wollen die Zusammenarbeit der freien Szene, der Kulturvereinen und der
617 Bildungseinrichtungen stärken und ausbauen, um kreative Freiräume für
618 gestalterische Mitbestimmung zu schaffen.
619 Eine Wirkung der Kulturhauptstadt Ruhr.2010 ist die Kooperation von Kunstmuseen
620 und öffentlich getragenen Bühnen im Ruhrgebiet und die Einführung einer
621 RuhrKultur.Card. Die Kooperationen sind Teil der regionalen Kulturplanung
622 vonseiten des RVR und der Kultur Ruhr GmbH. Diese Form der Zusammenarbeit von
623 Kulturträger*innen in der Region unterstützen wir und setzen uns für eine
624 Ausweitung auch auf andere Kulturbereiche ein.

625 Förderung des Zugangs zu Museen
626 Die städtischen Museen sind Orte der Erinnerung, des öffentlichen Stadtraums und
627 zugleich außerschulische Bildungseinrichtungen. Der Eintritt in die meisten
628 Museen ist mittlerweile kostenlos. Das soll auch so bleiben. Wir GRÜNE setzen
629 uns für eine stärkere ganzjährige Vernetzung der musealen Einrichtungen und
630 ihrer Angebote sowie für eine breitere gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit ein.
631 Lernen beinhaltet in allen Altersstufen auch kulturelles Lernen. Vor diesem
632 Hintergrund ist die Zusammenarbeit von Museen und Schulen, aber auch
633 Bildungseinrichtungen für Erwachsene zu intensivieren.

634 Erhalt der Bibliotheken und Büchereien
635 Büchereien und Bibliotheken sind wichtig für die Leseförderung und tragen dazu
636 bei, dass Menschen mit unterschiedlichem Bildungshintergrund und Einkommen
637 Zugang zu einem breiten Literaturangebot haben. Neben der Stadt- und
638 Landesbibliothek in der Innenstadt gehören auch wohnortnahe Ausleihstellen in
639 den Stadtteilen dazu. In Dortmund gibt es zudem in den Hochschulbibliotheken ein
640 gutes Angebot für den Zugang zu wissenschaftlicher Literatur. Deshalb setzen wir
641 uns für eine zunehmende Kooperation der Stadt- und Landesbibliothek mit den
642 Hochschulbibliotheken ein.
643 Wir wollen, dass sich die Bibliotheken auch hinsichtlich des sich ändernden
644 Nutzerverhaltens und der Möglichkeiten der Digitalisierung weiterentwickeln,
645 damit sie dem Auftrag der Bildungsgrundversorgung weiterhin gerecht werden
646 können.

647 Mehr Freiheit für eine lebendige Nachtkultur
648 Dortmund ist eine der wenigen Städte, die noch an der Sperrstunde festhalten.
649 Dabei gibt es auch hier immer mehr Clubs, Labels und öffentliche
650 Kulturinstitutionen, die experimentelle Formate umsetzen und das urbane Leben
651 prägen. Mit der derzeit gültigen strikten zeitlichen Regelung durch die
652 Sperrstunde, wird diese Entwicklung immer wieder begrenzt. Dabei dient die
653 Sperrstunde nicht dem Lärmschutz, denn die im Umweltrecht verankerten
654 Schallemissionsgrenzen müssen die Clubs ohnehin grundsätzlich einhalten. Wir
655 wollen, dass sich in Dortmund eine kreative, vielfältige und lebendige (Nacht-
656)Kultur mit jungen Angeboten entwickelt. Die Abschaffung der Sperrstunde gehört
657 für uns zwingend dazu.

658 Erhalt und Förderung der Erinnerungskultur
659 In Dortmund gibt es eine lebendige und vielfältige Arbeit gegen Rechts. Dazu
660 gehört auch, das Andenken an die Opfer rechtsextremer Gewalttaten und
661 Naziverbrechen lebendig zu halten. Vorbildliche Beispiele hierfür sind die
662 Stolpersteine und insbesondere die Arbeit der Gedenkstätte Steinwache. Die
663 Steinwache als ehemaliges Gefängnis der Gestapo oder das Mahnmal für

664 Zwangsarbeiter am Phoenix-See sind Orte in Dortmund, die noch heute die
665 Naziverbrechen nachvollziehbar machen.
666 Diese Projekte sind wichtiger denn je, erschüttern doch auch heute wieder
667 rechtsextreme Verbrechen unsere Gesellschaft. Die Einrichtung eines „Mehmet-
668 Kubasik-Platzes“ in der Nordstadt dient der dauerhaften und mahnenden Erinnerung
669 an heutige Taten mit nationalsozialistischem Hintergrund (s. auch Kapitel
670 Rechtsextremismus). Wir GRÜNE treten dafür ein, weitere Projekte der
671 Erinnerungskultur zu fördern.

672 6. Zusammenleben in Bewegung: Sport verbindet

673 Sport und Bewegung sind wichtige Aspekte unseres gesellschaftlichen
674 Zusammenlebens und Ausdruck einer lebendigen und bunten Gesellschaft.
675 Schwimmbäder, Turnhallen, Bolzplätze und andere Sportstätten gehören zur
676 kommunalen Daseinsfürsorge. Die Sportförderung wird in Deutschland zu 80 Prozent
677 von den Kommunen getragen. Um die Bewegungsinfrastruktur vor Ort zukunftsfähig
678 gestalten zu können, brauchen die Kommunen mehr Unterstützung von Bund und Land.
679 Denn die Sportentwicklung steht vor vielfältigen Herausforderungen wie ein
680 verändertes Sportverhalten, schulpolitische Entwicklungen, demografischer
681 Wandel, Inklusion und ein spürbarer Sanierungsstau bei der
682 Sportstätteninfrastruktur.
683 Mit einem „Masterplan Sport“ will die Stadt sich auf diese neuen Gegebenheiten
684 einstellen. In diesen Prozess wollen wir unsere Vorstellungen für den Sport
685 einbringen.
686 Wir Grüne setzen uns ein für mehr Sport und Bewegung – im Verein, als
687 Leistungssport oder selbstorganisiert. Wir setzen auf soziale Dimensionen des
688 Sports wie Inklusion von Menschen mit Behinderung, Integration der zugewanderten
689 Menschen und das gemeinsame Miteinander von Generationen und unterschiedlichen
690 Milieus.
691 Vielfalt im Sport ist uns wichtig: Deswegen muss der Sport auf allen Ebenen
692 nachhaltig gefördert werden. Er braucht neben intakten Sportstätten auch eine
693 sport- und bewegungsfreundliche Verkehrs- und Stadtpolitik sowie den Ausbau des
694 bürgerschaftlichen Engagements. Sporthallen sind nicht der einzige Ort, an dem
695 man Sport treiben kann. Wir wollen die Spiel- und Bewegungsbedürfnisse von
696 Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen – das ist auch auf (Spiel-
697)Straßen und Plätzen möglich.

698 Grün wählen für:

699 Förderung des Breitensports
700 Aktiver Sport ist nicht an Vereine gebunden. Zu 59 Prozent wird der weitaus
701 größte Teil sportlicher Aktivität in Dortmund privat organisiert. Deshalb wollen
702 wir die Möglichkeiten der vielen nichtorganisierten Freizeitsportler*innen
703 verbessern. Angebote für den Breitensport müssen ein gleichberechtigter
704 Bestandteil im „Masterplan Sport“ und der generellen Stadtentwicklung werden.
705 Wir treten deshalb dafür ein, mehr Freiflächen kostenlos für Sport, Spiel und
706 Freizeit zur Verfügung zu stellen.
707 Sporthallen und -stätten müssen auch für nichtvereinsgebundene Aktivitäten
708 möglich sein. Wir wollen ein Konzept, das eine weitestgehende Zugänglichkeit
709 unserer Sportanlagen für jedermann sichert.

710 Sanierung und Ausbau der Sportstätten

711 Wir werden uns weiterhin für intakte und attraktive Sportanlagen stark machen.

712 Dies wollen wir vor allem durch die Sanierung bestehender Sporthallen und -
713 plätze erreichen. Wir wollen, dass Sportanlagen zukünftig multifunktional
714 nutzbar sind: sowohl für unterschiedliche Sportarten als auch für verschiedene
715 Generationen,. Die vom Land im Rahmen des Sanierungsprogramms „Gute-Sportstätte-
716 2022“ eingebrachten 300 Millionen Euro Fördergelder für ganz NRW reichen dafür
717 nicht aus. Auf Landesebene machen wir uns dafür stark, dass Schule und Sport
718 nicht um ohnehin geringe Finanzmittel streiten müssen. Die Sportpauschale und
719 die Schulpauschale müssen im Gemeindefinanzierungsgesetz wieder als getrennte
720 Töpfe ausgewiesen werden.
721 Sportanlagen gehören in das Wohnumfeld, denn Wohnortnähe ist das entscheidende
722 Nutzungskriterium von Sport- und Bewegungsmöglichkeiten. Wir setzen uns deshalb
723 für einen umfassenden Bestandsschutz und den Ausbau von offenen Sportstätten
724 ein.

725 Intensive Kooperation von Schule und Sportvereinen

726 Die Einführung des offenen Ganztags an immer mehr Schulen macht eine zunehmende
727 Kooperation mit Sportvereinen notwendig. Jede Schule soll mindestens einen
728 Sportverein als Kooperationspartner haben. Dabei setzen wir uns auf Landesebene
729 für eine leistungsgerechte Vergütung von Vereinsübungsleiter*innen und für die
730 kommunale Stärkung des ehrenamtlichen Engagements ein. Dies gilt auch für Kitas
731 (s. Kapitel Kinderbetreuung).

732 Immer weniger Kinder können schwimmen. Wir fordern deshalb mehr
733 Lehrschwimmbecken für Kleinkinder, insbesondere in der Nähe von Kitas und
734 Schulzentren. Die Nutzung solcher Becken auch für den Reha-Sport sorgt für die
735 Rentabilität dieser zusätzlichen Becken.
736 Für mehr Wassergewöhnung und Schwimmunterricht in Kindergärten und Schulen
737 wollen wir die Zusammenarbeit von Schulen, Kitas und Schwimmvereinen fördern. In
738 Kooperation mit dem Stadtsportbund müssen zusätzliche Schulschwimmlehrer*innen
739 finanziert werden, um die notwendige Betreuung zu gewährleisten.

740 Umsetzung der Inklusion im Sport

741 Menschen mit Behinderung müssen zum Sport einen gleichberechtigten Zugang haben.
742 Daher wollen wir Grüne inklusive Sportangebote weiterentwickeln und an die
743 speziellen Anforderungen von Menschen mit Behinderung anpassen. Dazu gehören
744 barrierefreie Umkleiden, Sanitäranlagen, Spiel- und Sportflächen. In
745 ausgewählten Hallen sollen behindertengerechte Grundsportgeräte, wie
746 beispielsweise Sport-Rollis, zur Verfügung stehen. Die Vereine leisten hier
747 schon wertvolle Arbeit. Wir wollen sie dabei unterstützen, mehr inklusive
748 Projekte umzusetzen. Dafür müssen in Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund
749 vermehrt besonders qualifizierte Übungsleiter*innen ausgebildet werden.
750 Kooperationen zwischen den Vereinen bieten die Möglichkeit, Angebote gemeinsam
751 bereitzustellen und Übungsleiter*innen zu teilen.

752 Wertevermittlung im Sport

753 Sport vermittelt Werte wie Fairness, Toleranz und Respekt und kann Vorurteile
754 abbauen. Insbesondere Sportvereine leisten hierzu einen großen Beitrag. Wir
755 unterstützen daher Projekte, die sich gegen Rassismus, Diskriminierung und
756 Gewalt im Sport wenden wie z. B. stadtteilbezogene Veranstaltungen und Turniere,
757 die alle Kinder unabhängig von Herkunft und sportlichem Können einladen.
758 Wir unterstützen die Arbeit des Fan-Projekts Dortmund. Dieses leistet u. a. in
759 Form der politischen Jugendbildung am "Lernort Stadion" und durch
760 interkulturelle Fußballturniere für Kinder/Jugendliche wie auch durch Besuche

761 von NS-Gedenkstätten einen für die Stadtgesellschaft insgesamt wichtigen Beitrag
762 für Demokratie und Menschenrechte.

763 Bewegungsorientierte öffentliche Räume
764 Sport und Bewegung finden im gesamten städtischen Raum statt. Eine große Rolle
765 spielen Räume, die nicht explizit für sportliche Betätigung erbaut wurden, wie
766 z. B. Parkanlagen, Straßen und Wege. Kinder und Jugendliche, aber auch
767 Erwachsene müssen sich begegnen, spielen, toben, klettern und an der frischen
768 Luft erholen können. Dafür wollen wir unter Beteiligung der Nutzer*innen und
769 unter Einbeziehung der klimatischen Veränderungen geeignete Standorte festlegen.
770 Skateparks, Bolzplätze, Boule-Bahnen und Basketballanlagen gehören für uns dabei
771 ebenso zur Gestaltung des öffentlichen Raums wie Sportgeräte für Senior*innen.
772 Bei der Planung neuer Quartiere setzen wir deshalb auf eine
773 bewegungsorientierte Infrastruktur. Im Zuge der Umgestaltung unserer städtischen
774 Parks setzen wir uns dafür ein, die Möglichkeiten für den Freizeitsport zu
775 verbessern, z. B. durch beleuchtete Joggingstrecken oder offene
776 Kleinspielfelder. Und wir wollen, dass alle Sportanlagen sicher und schnell mit
777 dem Rad zu erreichen sind.

778 7. 365 Tage im Jahr für Menschenrechte, Vielfalt und Demokratie: Aufstehen gegen
779 Rechts

780 Viele Menschen in Dortmund engagieren sich tagtäglich für Vielfalt und
781 Demokratie und für ein solidarisches Zusammenleben. Ob in unterschiedlichen
782 Initiativen, Einrichtungen und Institutionen, ob in Schulen, Gewerkschaften,
783 Kirchen und Parteien – die Arbeit gegen Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus,
784 gegen Rassismus, Antisemitismus und Homophobie wird an vielen Stellen an 365
785 Tagen im Jahr geführt. Und das aus guten Gründen. Dortmund ist keine Nazi-
786 Hochburg. Aber Dortmund hat nach wie vor eine gewaltbereite Nazi-Szene, die
787 bundes- und europaweit vernetzt ist und kommunal mit Einschüchterungen,
788 Drohungen und Übergriffen arbeitet. Auch ihre Einbindung in die Planung des
789 Mordes an Mehmet Kubasik durch den NSU ist noch immer nicht abschließend
790 geklärt. Im Gegenteil morden rechte Extremist*innen weiterhin. Das zeigen die
791 Beispiele in Halle, Kassel und Hanau. Viele Menschen auch in unserer Stadt
792 erleben alltäglich Rassismus, Antisemitismus und Abwertung. Den Boden dafür
793 bereiten die Rechtspopulisten der AFD und rechtsextreme Parteien in den
794 Parlamenten, auch im Rat der Stadt Dortmund. Unter dem Deckmantel der
795 Meinungsfreiheit versuchen sie die Grenzen des Sagbaren nach Rechts zu
796 verschieben.

797 Alledem stellen wir GRÜNE uns mit einem klaren Bekenntnis gegen Rassismus und
798 Antisemitismus und für Vielfalt und Demokratie an vorderster Stelle entgegen.

799 Grün wählen für:

800 Aktionsplan gegen Rechtsextremismus
801 Der vor 10 Jahren auch auf Antrag der GRÜNEN erstmals erstellte Aktionsplan
802 gegen Rechtsextremismus ist ein Erfolg. Seine sieben Handlungsfelder sind die
803 Grundlage für die städtischen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und
804 Rechtspopulismus. Im Laufe der Jahre sind damit zahlreiche Aktivitäten der
805 Stadtgesellschaft für Vielfalt und Demokratie gefördert worden. Zusätzlich sind
806 neue Beratungsstellen und Unterstützungsangebote gegen Rechts entstanden. Wir
807 setzen uns dafür ein, den Aktionsplan kontinuierlich weiter zu entwickeln. Unser
808 Ziel ist es, dass möglichst viele Gruppen und Projekte in der Stadt in ihrem

809 Einsatz für Vielfalt und Demokratie unterstützt und gefördert werden. Die
810 Öffentlichkeitsarbeit für den Aktionsplan wollen wir ausweiten. Die dafür
811 benötigten Mittel sind auch in den kommenden Jahren bereitzustellen und bei
812 Bedarf auszuweiten.

813 Stärkung der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie
814 Die städtische Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie -
815 gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus aktiviert,
816 berät, bündelt und vernetzt zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie
817 und Toleranz. Zusätzlich entwickelt sie partizipative Handlungsstrategien auf
818 Basis des Aktionsplans gegen Rechtsextremismus. Wir fordern, die Arbeit der
819 Koordinierungsstelle weiter zu stärken, insbesondere auch die Funktion der
820 Vernetzung von Aktivitäten im Sinne des Aktionsplans.

821 Unterstützung der Ausstiegs- und Opferberatung
822 Wir unterstützen die Ausstiegs- und Opferberatung BackUp-ComeBack. ComeBack –
823 You are not alone (CoBa-Yana) begleitet, berät und unterstützt Menschen, welche
824 die rechtsextreme Szene verlassen möchten und entwickelt gemeinsam mit ihnen
825 neue Lebensperspektiven. Backup bietet Beratung für Opfer rechter Gewalt, deren
826 Freund*innen und Angehörige und unterstützt bei rechtlichen, finanziellen und
827 psychischen Fragen. Wir werden die finanzielle Unterstützung der
828 Beratungsstellen dauerhaft absichern.

829 Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Initiativen und Akteure gegen Rechts
830 In Dortmund setzen sich unterschiedliche Arbeitskreise und Bündnisse gegen den
831 Rechtsextremismus ein. Ihre jeweilige Arbeit und Sichtweise ist geprägt von der
832 Geschichte der einzelnen Organisationen und der Zusammensetzung ihrer
833 Mitglieder. Wir unterstützen diese Bündnisse in ihren Aktionen, solange das
834 Prinzip der Gewaltfreiheit gewährt ist. Wir engagieren uns aktiv für eine
835 bessere Vernetzung der Bündnisse, um damit den Widerstand gegen die
836 rechtsextreme Szene und ihre Aktionen zu stärken.
837 In verschiedenen Stadtteilen haben sich Organisationen, Vereine, Kirchen und
838 Einzelpersonen zu Runden Tisch gegen Rechts zusammengeschlossen. Wir
839 unterstützen diese Ansätze, sich direkt vor Ort gegen Rechtsextremismus
840 einzusetzen und gemeinsam an Konzepten für Vielfalt und Demokratie zu arbeiten.
841 Wir setzen uns dafür ein, in möglichst allen Stadtteilen derartige Runde Tische
842 zu gründen und sie durch die Koordinierungsstelle zu unterstützen und zu
843 vernetzen.

844 Widerstand gegen Nazi-Aufmärsche
845 Der große Widerstand der Stadtgesellschaft im Herbst 2019 gegen die
846 wöchentlichen Aufmärsche der Dortmunder Nazis hat mit dazu geführt, dass die
847 Zahl der größeren rechtsextremen Aktionen in den folgenden Monaten
848 zurückgegangen ist. Wir wollen Aufmärsche und Aktionen der Nazis mit allen
849 rechtlichen Mittel verhindern. Wir unterstützen den Widerstand dagegen mit
850 gewaltfreien Aktionen, insbesondere auch mit Sitzblockaden.
851 Wir begrüßen, wenn Polizei und Justiz gewalttätige Nazis konsequent verfolgen
852 und verurteilen. Wir fordern aber auch, dass Gegendemonstranten geschützt und
853 ihre Demonstrationen nicht unverhältnismäßig behindert werden.

854 Vollständige Aufklärung der NSU-Unterstützungsstrukturen
855 Unvergessen bleibt: Auch in Dortmund ist mit Mehmet Kubasik einer unserer
856 Mitbürger vom NSU ermordet worden. Bis heute sind viele Zusammenhänge dieses

857 Mordes ebenso wenig geklärt wie die der Morde in anderen Städten. Ungeklärt ist
858 auch, ob und welche Helfershelfer*innen der NSU bei seinem Mord in Dortmund
859 hatte. Vieles deutet darauf hin, dass es sie gab und dass sie noch unter uns
860 leben. Der bisherige NSU-Prozess war deshalb kein Schlussstrich. Wir fordern
861 stattdessen die rückhaltlose Aufarbeitung des NSU-Terrors und die Aufdeckung der
862 Verflechtungen mit der Nazi-Szene in Dortmund.

863 Bekämpfung des Institutionellen Rassismus
864 Betroffene erleben alltäglich Rassismus und Diskriminierung. Institutioneller
865 Rassismus meint die strukturell bedingte systematische Herabsetzung und
866 Benachteiligung sozialer Gruppen in Organisationen, Institutionen und Behörden.
867 Dabei wird institutioneller Rassismus häufig geleugnet oder verharmlost. Für uns
868 Grüne ist deshalb notwendig, eine breite Diskussion in Politik und Gesellschaft
869 über institutionellen Rassismus zu führen. Auf kommunaler Ebene setzen wir uns
870 dafür ein, dass Konzeptionen für die Sensibilisierung und Weiterbildung der
871 Beschäftigten in der kommunalen Verwaltung erarbeitet und umgesetzt werden. Auch
872 das Land ist aufgefordert, das Thema in der Aus- und Weiterbildung der
873 Polizeibeamt*innen zu verankern.

874 Konsequente Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der AfD
875 Die AfD ist eine rechtspopulistische Partei, deren Grenzen zum Rechtsextremismus
876 fließend sind. Seit Jahren hetzen und agitieren viele ihre Mitglieder gegen
877 Geflüchtete, Migrant*innen und People of Colour und relativieren den
878 Nationalsozialismus und seine Verbrechen. Die AfD ist eine der geistigen
879 Wegbereiter*innen für die unzähligen Angriffe auf Geflüchtete und Zugewanderte
880 und letztlich auch für die Morde in Halle, Kassel und Hanau. Im Rat und in den
881 Ausschüssen ist das bestimmende Thema der AfD immer wieder die Hetze gegen
882 Geflüchtete in Dortmund. Gleichzeitig will sie die Mittel für alles streichen,
883 was eine offene, freie, pluralistische und demokratische Stadtgesellschaft
884 ausmacht. Diesem Klima der Einschüchterung und Ausgrenzung stellen wir uns nicht
885 nur entschieden entgegen. Wir lehnen eine Zusammenarbeit mit der AfD jedweder
886 Art ab und fordern dies auch von den anderen demokratischen Parteien in
887 Dortmund.

A6 A3: GRÜN IST... SOZIALE GERECHTIGKEIT!

Antragsteller*in: Stefan Rath

Text

1 GRÜN IST... Soziale Gerechtigkeit

2 ... wie wir sozialen Zusammenhalt, Fairness und Miteinander stärken wollen...

3 Inhalt

4 1. Wohnen und Stadtentwicklung

5 1.1 Wohnen muss bezahlbar sein

6 1.2 Grund und Boden sind Gemeingut

7 1.3 Lebenswertes Dortmund

8 2. Wohnungslosenhilfe

9 3. Kommunale Arbeitsmarktpolitik – Teilhabe für Langzeitarbeitslose

10 4. Alt werden in Dortmund

11 4.1 Inklusive und starke Infrastruktur für Senior*innen

12 4.2 Selbstbestimmt alt werden

13 5. Drogenhilfe in Dortmund: Hilfe statt Sanktion

14 6. Hilfe für Menschen in Prostitution

15 7. Sicherheit in Dortmund: Bürger*innenrechte achten

16 7.1 Polizei, Stadt und Bürger*innen in partnerschaftlichem Zusammenwirken

17 7.2 Bürgerschaftliches Engagement für ein sicheres Dortmund

18 7.3 Zukunftsfähigkeit von Feuerwehr und Katastrophenschutz

19 Ein Land und auch eine Stadt sind nur dann sozial, wenn sie eine selbstbestimmte
20 Teilhabe für Alle ermöglichen und ihre Bürger*innen wirkungsvoll vor Armut
21 schützen. Das ist unser GRÜNER Anspruch. Wir stehen für eine inklusive
22 Gesellschaft und Stadt, in der alle dazu gehören und niemand ausgegrenzt wird.
23 Die Realität sieht allerdings auch in Dortmund anders aus.

24
25 Im Februar dieses Jahres waren über 33.000 Personen arbeitslos gemeldet, die
26 Arbeitslosenquote lag bei 10,5 Prozent. Insgesamt leben ca. 90.000 Menschen in
27 sogenannten Bedarfsgemeinschaften und bekommen Leistungen nach SGB II (Hartz IV)
28 oder Sozialgeld – unter ihnen auch viele Kinder und Alleinerziehende. Dazu
29 kommen ca. 15.000 sogenannte Aufstocker*innen, die von ihrer Erwerbsarbeit nicht
30 leben können und ergänzende Sozialleistungen erhalten. Der gesetzliche
31 Mindestlohn hat an dieser Situation wenig geändert, weil er zu niedrig ist, um
32 die Menschen von Transferleistungen unabhängig zu machen; dies gilt insbesondere
33 für Familien mit mehreren Kindern. Und: Immer mehr Menschen in Dortmund sind
34 neben ihren Altersbezügen auf staatliche Unterstützung angewiesen. Die Zahl der
35 Bezieher*innen von Grundsicherung im Alter stieg innerhalb von zehn Jahren um 43
36 Prozent und liegt inzwischen ebenfalls bei ca. 15.000 Menschen.

37
38 Damit gehört Dortmund nach den Zahlen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zu
39 den zehn Regionen mit der höchsten Armutsquote: In Dortmund liegt sie konstant
40 bei gut 20 %. Der Sozialbericht 2018 betrachtet die soziale Lage in Dortmund
41 nach Kriterien wie Höhe des Einkommens, Bildungschancen der Kinder, Teilhabe am

Arbeitsmarkt, Wohnsituation, Gesundheit und macht deutlich: Die soziale Ungleichheit ist in bestimmten Sozialräumen sehr groß. Damit können und wollen wir uns nicht zufriedengeben. Der Bericht zur sozialen Lage muss kontinuierlich fortgeschrieben werden und die Grundlage für entsprechende Konzepte zur Armutsbekämpfung sein, die mit anderen Prozessen wie etwa der Kommunalen Arbeitsmarktstrategie abstimmt werden.

Als GRÜNE wissen wir: Es kann keine ökologische Nachhaltigkeit geben ohne eine soziale Nachhaltigkeit. Das eine ist vom anderen nicht zu trennen. Ob in der Kinderbetreuung und in der Schulpolitik, ob bei der Politik für Senior*innen, in der Arbeitsmarktpolitik oder beim bezahlbaren Wohnen – an vielen Stellen unseres Programms finden sich deshalb Vorschläge, um die soziale Situation vieler Dortmunder*innen zu verbessern.

1. Wohnen und Stadtentwicklung

1.1 Wohnen muss bezahlbar sein

Dortmund wächst. Die Bevölkerungszahl erhöhte sich seit 2014 um rund 13.300 Personen. Der Wohnungsmarkt kommt trotz vieler Neubauten mit diesem stetigen Zuwachs nicht mit. Folge: Die Wohnkosten steigen, Wohnraum für Menschen mit geringem und normalem Einkommen ist zur Mangelware geworden. Die durchschnittliche Nettokaltmiete stieg seit 2014 um insgesamt 20 Prozent auf aktuell 7,00 €/qm (2019) im Mittel. Bei neu gebauten Wohnungen lag der Mittelwert im Jahr 2019 schon bei 10,50 €/qm. Nur noch 7,5 Prozent des gesamten Dortmunder Wohnungsbestands waren im Jahr 2018 geförderte Wohnungen – und die Entwicklung ist weiterhin rückläufig. Gleichzeitig aber steigt die Zahl der Haushalte, die auf eine Unterstützung durch das Wohnungsamt angewiesen sind. 2018 waren insgesamt 5.000 Haushalte anspruchsberechtigt, rund 2.000 davon standen auf der Warteliste für eine öffentlich geförderte Wohnung. Alle Dortmunder*innen sollen eine gute Wohnung finden und sich diese Wohnung auch leisten können. Das heißt auch, dass für den Durchschnittshaushalt die Miete nicht mehr als 30 Prozent des verfügbaren Einkommens betragen sollte. Für alle Dortmunder*innen müssen ausreichend Wohnungen zur Verfügung stehen, die barrierefrei und bezahlbar sind.

Grün wählen für:

Der Anteil von geförderten Wohnungen in jedem Neubaugebiet soll auf mindestens 30 Prozent erhöht werden.

Seit dem Ratsbeschluss vom 10. April 2014 gibt es eine Regelung, die festlegt, dass in jedem Baugebiet mindestens 25 Prozent der entstehenden Wohneinheiten öffentlich geförderte Mietwohnungen sein müssen. Diese Quote reicht aufgrund der steigenden Nachfrage und der wachsenden Bevölkerung heute nicht mehr aus und muss an die neuen Entwicklungen angepasst werden.

In jedem Neubaugebiet sollen mindestens 10 Prozent der Wohnungen im sog. preisgedämpften Segment, also mit Quadratmeterpreisen zwischen Angebotsmiete und Sozialmiete angeboten werden. Es gibt viele Dortmunder*innen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen, die die durchschnittliche Neubaumiete von 10,50 €/qm in Dortmund nicht aufbringen können. Deshalb muss in den Bebauungsplänen zukünftig festgesetzt werden, dass ein Mindestanteil an Wohnungen für Preise zwischen 6 und 9 €/qm vermietet wird. Eine Sicherung der Quotierung erfolgt zum Beispiel über einen städtebaulichen Vertrag.

89 Bewahren gewachsener Quartiere durch eine soziale Erhaltungssatzung bzw.
 90 Milieuschutzsatzung
 91 Bei zunehmendem Wohnungsmangel findet verstärkt eine bauliche Aufwertung von
 92 meist innenstadtnahen Wohngebieten statt. Das ist ein positiver Prozess, solange
 93 er nicht zur Verdrängung der alteingesessenen Mieter*innen mit niedrigem
 94 Einkommen durch eine neue, finanzkräftige Bevölkerung führt und das Viertel
 95 seine soziale Struktur komplett verändert. Durch den Erlass sozialer
 96 Erhaltungssatzungen kann die Gefahr der Verdrängung durch Umwandlung in
 97 Eigentumswohnungen und Luxusmodernisierungen verringert werden. Zudem kann die
 98 Stadt Vorkaufsrechte geltend machen und bebaute oder unbebaute Grundstücke
 99 selbst kaufen, um Immobilienspekulationen vorzubeugen. Und sie kann verhindern,
 100 dass bisher günstige Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden.
 101 Nach dem Vorbild der Stadt Leipzig sollte zudem die gesamte Stadt Dortmund
 102 hinsichtlich von Verdrängung bedrohter Stadtteile und Quartiere untersucht
 103 werden.

104 Förderung von Investitionen im Bestand
 105 Die Stadt Dortmund setzt bei ihren eigenen Liegenschaften hohe Standards
 106 bezüglich der Energieeffizienz. Der größte Teil der Gebäude in Dortmund,
 107 insbesondere der Wohngebäude, ist jedoch in privater Hand. Für viele Menschen
 108 sind gerade die Heizkosten eine enorme Belastung. Diese können durch eine
 109 energetische Sanierung deutlich gesenkt werden. Gleichzeitig bringt eine solche
 110 Sanierung viel für den Klimaschutz. Wir wollen, dass die Kosten dafür auch über
 111 zusätzliche städtische Fördergelder abgedeckt werden, statt über eine Umlage
 112 allein von den Mieter*innen finanziert. Ein entsprechendes kommunales
 113 Förderprogramm schafft zudem einen zusätzlichen Investitionsanreiz.
 114 Für die Mieter*innen der städtischen Wohnbaugesellschaft Dogewo21 sollen sich
 115 Mieterhöhungen aufgrund energetischer Modernisierungen und die sich daraus
 116 ergebende Energieeinsparung finanziell ausgleichen.

117 Verstärkter Bau von geförderten Wohnungen durch Dogewo21 bzw. die Dortmunder
 118 Stadtentwicklungsgesellschaft (DSG)
 119 Wohnen ist ein Grundrecht und gehört zur Daseinsvorsorge der Stadt. Sie muss
 120 durch ihre stadteigene Wohnungsbaugesellschaft dafür Sorge tragen, den
 121 Wohnungsmarkt zu entspannen. Dies wird durch den verstärkten Bau von geförderten
 122 Wohnungen durch die Stadt erreicht. Dafür muss die Dogewo21 in die Pflicht
 123 genommen werden. Dazu gehört auch der strategische Ankauf von Wohnungsbeständen
 124 in problematischen Lagen.
 125 Das Ziel ist es, über Dogewo 21 bzw. die DSG in der kommenden Wahlperiode
 126 jährlich rund 500 geförderte Wohnungen für alle Generationen und Zielgruppen vom
 127 Einpersonenhaushalt bis zu Familien mit Kindern zu errichten. Hierfür sind
 128 geeignete Grundstücke an Dogewo21 bzw. DSG zu übertragen und Baurecht zu
 129 schaffen.

130 Begrenzung der Mietenentwicklung
 131 Die Leerstandsquote in Dortmund hat sich in den letzten 15 Jahren halbiert.
 132 Während sie im Jahr 2004 noch bei über 4 Prozent lag, betrug sie Ende 2018 nur
 133 noch 2 Prozent. Manche Stadtteile erreichen mit einer Quote von 1 Prozent de
 134 facto Vollvermietung. Diese Entwicklung zeigt, dass auch in Dortmund Instrumente
 135 zur Mietbegrenzung nötig sind. Auf Landesebene machen wir uns deshalb dafür
 136 stark, dass Kappungsgrenzen, Mietendeckel und
 137 Mietpreisbremse auch in NRW zum Schutz für Mieter*innen eingeführt werden.

138 Wohnen als Grundrecht

139 In Dortmund gibt es verschiedene Gruppen von Menschen, die aus unterschiedlichen
 140 Gründen Schwierigkeiten haben, eine eigene Wohnung zu finden. Wir wollen allen
 141 Einheimischen und Zugezogenen ermöglichen, selbstbestimmte Mieter*innen zu sein.
 142 Die Betroffenen benötigen – neben der städtischen Wohnungslosenhilfe –
 143 Unterstützung und Hilfe ohne große Hürden. Wir unterstützen deshalb Konzepte wie
 144 Housing First, die Wohnungslosigkeit direkt beenden und flexible wohnbegleitende
 145 Hilfen zum dauerhaften Wohnungserhalt anbieten.
 146 Menschen, die ALG II, Grundsicherung oder Sozialgeld beziehen, erhalten bei der
 147 Berechnung der Angemessenheitsgrenzen der Kosten der Unterkunft einen Klimabonus
 148 für energetisch sanierte Wohnungen, angelehnt an die Zuschläge des Mietspiegels.

149 Barrierefreies Wohnen

150 Wir unterstützen den (Um-)Bau von barrierefreien und altersgerechten Wohnungen.
 151 Dabei wollen wir Wohnungseigentümer*innen von den Vorzügen barrierearmer und -
 152 freier Wohnungen überzeugen. In städtebaulichen Wettbewerben sollen
 153 barrierefreie Wohnungen eingefordert und bevorzugt werden.

154 1.2 Grund und Boden sind Gemeingut

155 Der Rat hat 2018 auf GRÜNE Initiative die Erarbeitung von Grundsätzen für die
 156 Vergabe städtischer Grundstücke verabschiedet. Dazu gehört, dass in Dortmund
 157 Baugrundstücke zukünftig über sog. Konzeptverfahren vergeben werden: Nicht
 158 allein der Preis ist das entscheidende Kriterium für die Grundstücksvergabe,
 159 sondern es fließen auch Kriterien wie zum Beispiel ein Mobilitätskonzept für die
 160 künftigen Bewohner*innen, eine klimafreundliche Energieversorgung usw. in die
 161 Entscheidung für einen Investor ein. Bei Konzeptverfahren werden außerdem der
 162 Anteil geförderten Wohnraums (über die verpflichtende 25-Prozent-Quote hinaus)
 163 und verlängerte Bindungsfristen (über die 20 bzw. 25 Jahre hinaus gemäß den
 164 aktuellen Förderbestimmungen) berücksichtigt.
 165 Um die künftige Stadtentwicklung ökologisch und nachhaltig steuern zu können,
 166 muss die Stadt Eigentümerin des kommunalen Grund und Bodens bleiben und in die
 167 Lage versetzt werden, auch Grundstücke dazuzukaufen.

168 Grün wählen für:

169 In der öffentlichen Hand Halten städtischer Grundstücke

170 Städtische Grundstücke sollen nicht mehr verkauft, sondern durch Erbpacht in der
 171 öffentlichen Hand gehalten werden. Durch die Vergabe von Erbbaurechten wird die
 172 Stadt Dortmund in die Lage versetzt, im Sinne des Gemeinwohls aktiv und steuernd
 173 Einfluss zu nehmen auf den Bodenmarkt und seine (städtebauliche) Entwicklung.
 174 Denn nach Ablauf des Erbbaurechts fällt das Grundstück wieder an die Stadt
 175 zurück und die Stadt kann die weitere Nutzung an den aktuellen Bedarf anpassen.
 176 Dies gilt auch für Gewerbeflächen.
 177 Grundstücksvergaben in Erbpacht erhalten nicht nur das kommunale Grundvermögen,
 178 sondern durch den Erbbauzins wird auch eine dauerhafte Einnahme erzielt. Das
 179 Erbbaurecht kann einen sinnvollen Beitrag zur Daseinsvorsorge und zur
 180 nachhaltigen Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum leisten, indem zum
 181 Beispiel für geförderte Wohnungen geringere Erbpachtzinsen und/oder reduzierte
 182 Verkehrswerte gemäß Gemeindeordnung angesetzt und längere Bindungsfristen
 183 vereinbart werden.

184 Verhinderung von Bodenspekulation

185 Gemeinwohl vor Rendite ist unsere Forderung für die städtische Boden- und

186 Wohnungspolitik. Bauland und Wohnungen dürfen nicht zu Spekulationsobjekten
 187 werden. Dagegen können Vorkaufsrechte (zum Beispiel über Bauleitplanung,
 188 Sanierungsgebiete und Milieuschutzgebiete) helfen, die sowohl für die Stadt als
 189 auch für Genossenschaften festgelegt werden.

190 Unser Ziel ist es, den Bestand von Wohnungen und Boden im Besitz der
 191 öffentlichen Hand mit einer aktiven Ankaufstrategie zu vergrößern. Dazu gehört
 192 auch die Verankerung eines kommunalen Vorkaufsrechts für ganze Stadtgebiete
 193 (Gebiete mit sozialer Erhaltungssatzung). Akteur*innen wie Genossenschaften oder
 194 Stiftungen, die gemeinwohlorientiert handeln, sollen diese kommunale Strategie
 195 ergänzen.

196 Vereinbarungen mit Eigentümer*innen / Investor*innen zu einer nachhaltigen und
 197 sozialen Quartiersentwicklung
 198 Um die Stadt und die Quartiere nachhaltig und sozial zu entwickeln, braucht
 199 Dortmund die Zusammenarbeit mit engagierten Investor*innen. Über städtebauliche
 200 Verträge und Konzeptvergaben wird erreicht, dass – neben dem Kaufpreis – noch
 201 weitere Kriterien eine entscheidende Rolle spielen: die Verbesserung des
 202 Angebots von Wohnraum im unteren Preissegment, die Förderung alternativer
 203 Mobilität (zum Beispiel mit Carsharing-Angeboten, E-Ladestationen, gesicherten
 204 Abstellflächen für Fahrräder, Stellflächen für Lastenräder usw.),
 205 Quartierskonzepte, Entwicklung des Mikroklimas sowie ökologisches Bauen.

206 Effizientere Bodennutzung durch flächensparendes Bauen
 207 In der Innenstadt sind die Flächen für den Wohnungsbau begrenzt. In zentralen
 208 Neubaugebieten haben Mietgeschosswohnungen deshalb für uns eindeutig Vorrang vor
 209 Einfamilienhäusern. Um mit wenig Flächenverbrauch mehr Wohnungen bauen zu
 210 können, halten wir sowohl den Ausbau von Dachgeschossen als auch eine höhere
 211 Geschossigkeit bei Neubauten für sinnvoll. Angesichts des mit zunehmendem
 212 Wachstum immer kostbarer werdenden Bodens wird Dortmund in Zukunft nach oben
 213 wachsen müssen. Grüne Hochhäuser, die Arbeiten und Wohnen vereinbaren, können im
 214 Innenstadtbereich entstehen. Die „doppelte Innenentwicklung“, das heißt die
 215 Qualifizierung und Erweiterung von Grün- und Freiflächen, der Erhalt von
 216 Frischluftbahnen oder von mikroklimatisch wirksamem Grün ist für uns dabei eine
 217 entscheidende Voraussetzung. Das heißt aber auch, dass in Konfliktfällen immer
 218 wieder individuell zwischen Nachverdichtung und Erhalt von Grün- und Freiflächen
 219 abgewogen werden muss.

220 Flächenkreislaufwirtschaft: Wiederverwerten von Flächen, statt Versiegelung
 221 neuer Flächen
 222 Wir wollen in Dortmund nach Möglichkeit keine neuen Flächen versiegeln. Die
 223 Umnutzung und Wiederverwertung bereits erschlossener Grundstücke und die
 224 Aktivierung brachliegender Flächen hat absoluten Vorrang vor einer Neuausweisung
 225 – sowohl für Baugebiete als auch für Gewerbeflächen.

226 Effizientere Bodennutzung durch Überbauung von Stellplatz- und Handelsflächen
 227 In Dortmund wird für Supermärkte künftig der mehrgeschossige Bau mit Büros
 228 und/oder Wohnungen in den oberen Stockwerken zum Standard. Um weitere schon
 229 versiegelte Flächen besser zu nutzen, sollen auch bestehende Stellplatzflächen
 230 entsprechend überbaut werden.

231 Bedarfsgerechte Verteilung des bestehenden Wohnangebots
 232 Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes wollen wir Möglichkeiten schaffen,
 233 dass Wohnungen freiwillig, zum vergleichbaren Quadratmeterpreis und möglichst im

Quartier getauscht werden können. Wohnungstauschbörsen beim Wohnungsamt oder bei den Wohnungsbaugesellschaften können helfen, die passenden Wohnungen für die jeweilige Lebenslage zu finden. Lösungsansätze bietet das „Frankfurter Programm zum Wohnungstausch“, das auf den festgelegten Mietpreisen im geförderten Wohnungsbau aufsetzt. Auch Vereinbarungen der Stadt mit der Dogewo21 und den großen Wohnbaugesellschaften sind möglich.

Stärkere Förderung von Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Baugemeinschaften
 Genossenschaftliches Wohnen und Baugemeinschaften zeichnen sich durch Solidarität und gemeinsame Verantwortung aus. So kann nicht nur preiswerter Wohnraum geschaffen werden, sondern es werden auch Chancen für kreatives, vielfältiges und buntes Wohnen und Leben eröffnet. Das hilft, sowohl die soziale Balance in den Quartieren der Stadt zu erhalten als auch die gesellschaftliche Vielfalt zu stärken. Schon jetzt werden auf GRÜNE Initiative hin 10 Prozent der Grundstücksfläche in Neubaugebieten für solche Projekte vorgehalten. Diesen Anteil gilt es zu verdoppeln und zur Verfügung stehende Grundstücke primär genossenschaftlichen, gemeinschafts- und gemeinwohlorientierten Baugemeinschaften anzubieten.
 Wir wollen Möglichkeiten schaffen, dass die Stadt durch die Gewährung zinsloser Darlehen auch einkommensschwächeren Haushalten den Eintritt in eine Wohnbaugenossenschaft ermöglicht.

1.3 Lebenswertes Dortmund

Die Lebensqualität in unserer Stadt hängt maßgeblich von unserer Umwelt ab. Deshalb treten wir GRÜNE für die Entwicklung und den Erhalt der Grünflächen sowie der natürlichen und naturnahen Lebensräume im Stadtgebiet und für die naturnahe Gestaltung von Wasserläufen ein. Damit schaffen wir die Grundlagen für Artenvielfalt auch im städtischen Raum. Wir sorgen für den Schutz der Menschen vor Lärm und Schadstoffen und wir haben auch den Schutz des Klimas im Blick. Das Konzept der „autogerechten Stadt“ muss abgelöst werden durch das Ziel der „menschengerechten Stadt“. Eine dichtere und urbanere Stadt kann nur mit weniger Autoverkehr und höherer Aufenthaltsqualität des Stadtraums funktionieren. Entscheidend für unsere dynamische Stadt ist es, den öffentlich nutzbaren Raum zu erhalten und ihn zum Bewegungsraum weiterzuentwickeln. Ziel GRÜNER Politik ist eine Stadt, deren Gestaltung sich an der Gesamtheit der Lebensbedürfnisse der Menschen orientiert statt den Verkehrsfluss der Autos und entsprechende Abstellmöglichkeiten zum alleinigen Maßstab zu machen. Lebensqualität bedeutet vor allem: weniger Autoverkehr, mehr Ruhe, mehr Freiräume, Parks und Seen, Schatten spendende Bäume, begrünte Dächer und eine sozial durchmischte Stadt ohne abgeschottete Wohnviertel – weder für die Armen noch für die Reichen. Eine GRÜNE Stadt ist kein Selbstzweck. Es geht zuallererst darum, das Leben im Sinne der Menschen zu verbessern, und zwar vor allem für die einkommensschwächeren Dortmunder*innen, die oft diejenigen sind, die beispielsweise an lauten Straßen mit hoher Luftverschmutzung leben müssen. Sie sind auf eine soziale und ökologische Weiterentwicklung der Stadt besonders angewiesen.

Grün wählen für:

Am Gemeinwohl ausgerichtete Quartiersentwicklung
 Bei der Entwicklung neuer Wohnquartiere muss der gemeinwohlorientierte Bedarf

282 des umliegenden Stadtteils stärker berücksichtigt werden: Beispiele sind ein
283 bedarfsgerechtes Wohnungsangebot, soziale Einrichtungen wie Kitas,
284 Begegnungszentren und Pflegeeinrichtungen sowie eine wohnungsnahe
285 Einzelhandelsversorgung. Wir wollen Nutzungsmöglichkeiten und Einrichtungen
286 schaffen, die eine kostenfreie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.
287 Gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung und einem guten Quartiersmanagement
288 wollen wir den Einzelhandel stärken und Leerstände insbesondere in den
289 Stadtteilzentren verhindern.

290
291 Beteiligung der Menschen vor Ort bei Planungsprozessen
292 Die Entwicklung großer Areale in der Stadt ist nicht allein Thema von
293 Stadtverwaltung und Investor*innen. Die Menschen vor Ort müssen auf Augenhöhe
294 und frühzeitig in Planungsprozesse als legitime Kooperationspartner*innen in die
295 Stadtentwicklung einbezogen werden. Es gibt viele Initiativen, die sich mit viel
296 Know-how bei der Entwicklung zum Beispiel des Hafenquartiers, des ehemaligen
297 HSP-Geländes oder der Nordfläche am Hauptbahnhof einsetzen.
298 Wir wollen die Bürger*innen an städteplanerischen Entwicklungen beteiligen und
299 ihre Anregungen in die weiteren Planungen einfließen lassen – mit der Option,
300 dass sich Pläne auch ändern können.
301 Wir wollen, dass Bestandserhalt ernst genommen wird und kreative Gestaltungs-
302 und Umnutzungsideen entwickelt werden. Die Einbindung von Baugruppen, die
303 Bereitstellung von Räumen für Gemeinschaftsnutzungen sowie Experimentier- und
304 Freiräume sind wichtige Bestandteile einer gemeinwohlorientierten
305 Stadtentwicklung. Akteur*innen, die einen sozialen und kulturellen Mehrwert für
306 die Nachbarschaft und Stadtgesellschaft leisten, haben für uns den gleichen
307 Stellenwert wie wirtschaftliche Akteur*innen.

308 Schaffen öffentlicher Räume
309 Für uns GRÜNE ist die Erweiterung, Entwicklung und Gestaltung des öffentlichen
310 Raums eine zentrale Zukunftsaufgabe, um Teilhabe und Zusammenhalt in der
311 Gesellschaft zu fördern. Hinter dem Begriff „öffentlicher Raum“ verbergen sich
312 nicht nur Parks und öffentliche Plätze.
313 Öffentliche Räume bringen Menschen jedweder Herkunft, Geschlecht, sozialer
314 Schicht und Alter zueinander. Wir wollen Angebote schaffen, die es den Menschen
315 ohne Hürden möglich machen, zusammenzukommen, sich kennenzulernen, Kontakte zu
316 pflegen und am öffentlichen Leben teilzuhaben.
317 Nicht zuletzt ist der öffentliche Raum ein wichtiger Ort des politischen
318 Diskurses. Dafür wollen wir Orts- und Stadtteilzentren stärken, eine Stadt der
319 kurzen Wege bieten. Wir wollen im öffentlichen Raum eine hohe
320 Aufenthaltsqualität für alle schaffen: mit Grün und Wasser, guten
321 Sitzmöglichkeiten, Spielplätzen, Veranstaltungsflächen, Kunst, Trinkbrunnen,
322 Toiletten, Foodsharing-Stationen, Bücherschränken und mehr. Angebote zum
323 kostenlosen und angenehmen Aufenthalt in der Öffentlichkeit sind eine
324 Investition in eine lebendige und gerechte Gemeinschaft, ein wichtiger Beitrag
325 zu Inklusion und Teilhabe.

326 Barrierefreiheit für den gesamten öffentlichen Raum
327 Senior*innen, Kinder und Menschen mit Behinderungen sollen sich sicher und
328 selbstständig in der Stadt bewegen können. Ein barrierefreier öffentlicher Raum
329 mit Nahversorgung im Wohnumfeld gibt Senior*innen und Menschen mit Behinderung
330 die Möglichkeit, sich lange selbstbestimmt zu versorgen und zugleich am
331 gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

332 Neuaufteilung des Straßenraums zugunsten von Fußgänger*innen und Radverkehr
 333 Öffentlicher Raum ist ein Gemeingut und sollte gleichermaßen für alle zugänglich
 334 sein. Doch ein großer Teil der Fläche ist derzeit den Autos – fahrenden oder
 335 parkenden – vorbehalten. Damit hat sich der Stadtraum vom Bewegungs- und
 336 Aufenthaltsraum zu einem Raum für den motorisierten Verkehr entwickelt.
 337 Wir setzen uns dafür ein, dass der Straßenraum wieder zum Raum für den Menschen
 338 wird und allen Verkehrsteilnehmer*innen gleichberechtigt zur Verfügung steht. Er
 339 soll zur Begegnungszone nach Schweizer Vorbild werden – attraktiver und sicherer
 340 für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Auch wenn es derzeit in Deutschland
 341 noch keine rechtliche Grundlage für Begegnungszonen nach Schweizer Vorbild gibt
 342 (eine Begegnungszone ist eine Form der Verkehrsberuhigung, in der
 343 Fußgänger*innen Vorrang vor Fahrzeugen haben), wollen wir bei der zukünftigen
 344 Stadt- und Straßenplanung den Menschen mit all seinen Mobilitätsbedürfnissen und
 345 nicht nur das Auto vorrangig in den Blick nehmen (s. auch Kapitel Mobilität).

346 Verminderung von Lärm

347 Lärm beeinflusst nicht nur die Lebensqualität, sondern wirkt sich auch auf die
 348 Gesundheit aus. Der Lärmaktionsplan der Stadt muss kontinuierlich
 349 weiterentwickelt werden und dazu beitragen, besonders verlärmte Orte vor allem
 350 an verkehrsreichen Straßen konsequent zu beruhigen – unter anderem durch die
 351 Reduzierung von Geschwindigkeit und Verkehrsaufkommen.
 352 Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 30 km/h müssen die Regel sein (s. auch Kapitel
 353 Mobilität). Dazu gehört auch, dass eine Straße wie die OW IIIa bzw. L 663 n, die
 354 eine der letzten großen Ruhezeiten in Dortmund durchschneiden würde, nicht
 355 weitergebaut wird.
 356 Auch der Dortmunder Flughafen belastet die Anwohner*innen mit zusätzlichem Lärm.
 357 Deshalb lehnen wir die Verlängerung der Start- und Landebahn sowie jegliche
 358 Aufweichung des Nachtflugverbotes ab. Langfristig fordern wir den Rückbau des
 359 Flughafens (s. auch Kapitel Mobilität).

360 Förderung von nachhaltigem Bauen

361 Der Bausektor gehört zu den Wirtschaftszweigen mit dem höchsten
 362 Ressourcenverbrauch. Gleichzeitig herrscht in Dortmund ein Bauboom. Für uns
 363 bedeutet das, klimaneutrales und nachhaltiges Bauen nach anerkannten
 364 Zertifizierungssystemen zu fordern und zu fördern.
 365 Die Bewertung der Klimaneutralität muss zukünftig bei kommunalen Bauvorhaben
 366 obligatorisch sein. Das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) wird bereits
 367 verpflichtend für Neubauten des Bundes und einiger Bundesländer angewendet. Die
 368 Stadt Dortmund sollte die Anwendung des BNB für städtische Bauvorhaben einführen
 369 und damit ihrer Vorbildrolle gerecht werden. Auf Landes- und Bundesebene machen
 370 wir uns für entsprechende Förderprogramme im kommunalen Sektor stark.
 371 Um nachhaltiges Bauen nach anerkannten Bewertungs- und Zertifizierungssystemen
 372 auch in der Privatwirtschaft anzuregen, könnten Förderprogramme die Mehrkosten
 373 an Planungshonoraren auffangen.

374 2. Wohnungslosenhilfe

375 Wie viele Menschen in Dortmund obdach- und wohnungslos sind, weiß niemand so
 376 genau. Fakt ist: Es sind viele Hundert, die Zahl liegt höher als offiziell
 377 bekannt und sie steigt weiter. Das zeigen die Zahlen der Besucher*innen bei der
 378 Wohnungslosen-Initiative Gast-Haus e.V., bei der Kanaa-Suppenküche sowie in der
 379 Männer- und in der Frauenübernachtungsstelle. Dazu kommen viele Menschen, die
 380 akut von Wohnungslosigkeit bedroht sind. All das ist auch Ausdruck der

381 grundsätzlichen Armut vieler Menschen in der Stadt. Das im Jahr 2018
 382 verabschiedete Konzept zur Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe beinhaltet
 383 vor allem bereits bestehende Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen und entwickelt
 384 sie quantitativ weiter. Wir fordern zusätzlich eine qualitative
 385 Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe.

386 Grün wählen für:

387 Keine Verdrängung obdachloser Menschen
 388 Armut, Obdach- und Wohnungslosigkeit gehören auch in Dortmund zur
 389 gesellschaftlichen Realität und zum Stadtbild. Eine Verdrängung obdachloser
 390 Menschen aus dem öffentlichen Raum lehnen wir ebenso ab wie Ordnungsgelder für
 391 den Aufenthalt auf der Straße. Statt einer Bestrafung Obdachloser für ihre
 392 Obdachlosigkeit setzen wir uns für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der
 393 Unterstützungs- und Hilfsangebote ein.

394 Weiterentwicklung von Männer- und Frauenübernachtungsstellen
 395 Sowohl die Männer- als auch die Frauenübernachtungsstelle sind erneuert und
 396 erweitert worden. Dabei werden konzeptionell auch Hilfs- und
 397 Beratungsmöglichkeiten angeboten. Schon jetzt zeichnet sich aber ab, dass die
 398 vorhandenen Plätze perspektivisch nicht reichen werden. Zusätzlich fehlen Plätze
 399 für obdachlose Paare oder auch für obdachlose Menschen mit Hunden. Wir setzen
 400 uns dafür ein, bei Bedarf erweiterte Angebote zu schaffen. Der Zugang zu
 401 sogenannten Übernachtungsscheinen durch das Jobcenter oder das Sozialamt, um
 402 kostenfreie Übernachtungen zu ermöglichen, soll erleichtert werden.
 403 Nicht-Dortmunder*innen und EU-Zugewanderte können die Übernachtungsstellen nur
 404 eine Nacht nutzen, wenn sie nicht selbst zahlen. Das bedeutet einen faktischen
 405 Ausschluss dieser Gruppen von warmen und sicheren Übernachtungsmöglichkeiten.
 406 Das wollen wir ändern.

407 Nothilfeprogramm im Winter

408 Wir wollen die Hilfen für obdachlose und wohnungslose Menschen im Winter
 409 verbessern. Bereits in den letzten Jahren kam es teilweise zu lebensbedrohlichen
 410 Situationen, wenn Menschen im Freien übernachtet haben. Eine Öffnung der U-
 411 Bahnhöfe ist bis jetzt immer wieder abgelehnt worden. Wir setzen uns deshalb
 412 dafür ein, dass es ein schlüssiges Nothilfeprogramm für die Wintermonate gibt.

413 Mitternachtsbus

414 Seit vielen Jahren fordern wir einen Wärme- oder Mitternachtsbus, der obdach-
 415 und wohnungslose Menschen ohne Übernachtungsplatz versorgt und ihnen
 416 unbürokratische Überlebenshilfen bietet. Seit Ende 2018 gibt es einen Bus, der
 417 vom Malteser Hilfsdienst Dortmund, der Katholischen Stadtkirche Dortmund und der
 418 Katholischen St.-Johannes-Gesellschaft organisiert wird. Der Bus versorgt
 419 mehrmals in der Woche abends in der Innenstadt obdach- und wohnungslose Menschen
 420 mit Tee, Kaffee und heißer Suppe, mit Hygieneartikeln, warmer Kleidung und
 421 Schlafsäcken. Jeden Abend werden damit bis zu 100 Menschen erreicht, versorgt
 422 und unterstützt. Der Betrieb läuft ausschließlich über Ehrenamtliche und wurde
 423 bisher ausschließlich aus Spendenmitteln finanziert. Auf Antrag der GRÜNEN
 424 Ratsfraktion wird der Bus ab 2020 mit 10.000 Euro jährlich unterstützt. Wir
 425 setzen uns dafür ein, dass der Bus perspektivisch ganzjährig fährt und ein
 426 fester Bestandteil der Notfallhilfen für obdach- und wohnungslose Menschen wird.

427 Nothilfeprogramm für EU-Zuwander*innen

428 Ein großer Teil der Zuwander*innen aus Südosteuropa ist zunehmend von Armut und

429 Verelendung betroffen oder bedroht, weil sie die rechtlichen Voraussetzungen für
430 die Anerkennungs des Hilfsbedarfs nicht erfüllen. Viele sind obdachlos oder
431 leben in prekären Wohnverhältnissen. Sie besitzen weder einen Anspruch auf
432 Sozialleistungen noch einen Krankenversicherungsschutz und sind größtenteils von
433 integrierenden Hilfeleistungen ausgeschlossen. So ist zum Beispiel eine
434 Versorgung mit Lebensmitteln bei der Dortmunder Tafel an die Voraussetzung
435 geknüpft, dass für den Erhalt eines Tafelausweises die Bedürftigkeit mit einem
436 amtlichen Bescheid über den Bezug von Sozialleistungen nachgewiesen wird. Diesen
437 Bescheid haben aber viele der Zuwander*innen nicht. Für die betroffenen Menschen
438 bleiben im Fall der Bedürftigkeit meist nur die offenen Tagestreffs,
439 Suppenküchen oder Notfallambulanzen, wo ihnen unabhängig von ihren rechtlichen
440 Ansprüchen geholfen wird. Ein eigenständiges niedrigschwelliges Konzept bzw.
441 Nothilfeprogramm zur Verbesserung der Lebenssituation der Betroffenen gibt es
442 bis heute nicht. Wir wollen, dass ein solches Konzept erstellt wird, das sich an
443 den konkreten Lebenslagen orientiert. Bestandteil eines solchen Programms muss
444 insbesondere die medizinische Versorgung sein.

445 Stärken vorhandener Tagesaufenthalte – Schaffen dezentraler Tagesaufenthalte
446 Die vorhandenen Tagesaufenthalte wollen wir stärken und auch mit kommunalen
447 Mitteln absichern. Notwendig sind aber aufgrund der gestiegenen und weiter
448 steigenden Zahlen wohnungsloser Menschen mehr kleine dezentrale Möglichkeiten
449 des Tagesaufenthalts – vor allem auch für die zunehmende Zahl jugendlicher
450 Obdachloser. In den Einrichtungen sind insbesondere Möglichkeiten des Waschens
451 und der Körperhygiene zu schaffen.

452 Housing First

453 Vor dem Hintergrund des angespannten Wohnungsmarkts haben Menschen in prekären
454 Lebenslagen Probleme, adäquate Wohnungen zu finden. Das gilt besonders für
455 bisher Obdach- und Wohnungslose. Das Housing-First Konzept beendet
456 Wohnungslosigkeit unmittelbar und bietet flexible wohnbegleitende Hilfen zum
457 dauerhaften Wohnungserhalt an. Dabei besteht von Anfang an ein normales,
458 unbefristetes Mietverhältnis mit allen Rechten und Pflichten. Das ist ein
459 entscheidender Unterschied zum derzeit praktizierten System, in dem Betroffene
460 ihre „Wohnfähigkeit“ zunächst unter Beweis stellen müssen. Wir setzen uns dafür
461 ein, das Konzept des Housing First in Dortmund einzuführen.

462 3. Kommunale Arbeitsmarktpolitik – Teilhabe für Langzeitarbeitslose

463 Der ökologische Umbau, die Digitalisierung und der technologische Wandel in der
464 Arbeitswelt setzen viele Arbeitsplätze unter Veränderungsdruck. Dortmund hat
465 eine lange Geschichte des Strukturwandels hinter sich. In den letzten Jahren
466 konnte gemeinsam mit vielen arbeitsmarktpolitischen Akteur*innen, darunter die
467 lokale Wirtschaft, die Agentur für Arbeit, das Jobcenter und viele
468 Beschäftigungsträger, die Zahl der Menschen ohne Erwerbsarbeit deutlich
469 verringert werden. Die Stadt Dortmund soll ihren Einsatz für nachhaltige
470 Beschäftigung und gute Arbeit weiter verstärken.

471 Grün wählen für:

472 Strategien für die Teilhabe am Arbeitsmarkt

473 Trotz der Bemühungen der Stadt sind immer noch viele Menschen in Dortmund
474 langzeitarbeitslos und mit ihren Familien und Angehörigen von Leistungen des
475 Staates abhängig. Im Januar dieses Jahres waren es noch über 83.000 in über
476 42.000 Bedarfsgemeinschaften.

477 Das Job Center unterstützt bereits Arbeitgeber*innen, die Langzeitarbeitslose
478 über das Teilhabechancengesetz des Bundes in den ersten Arbeitsmarkt
479 eingliedern. Darüber hinaus brauchen wir für Menschen, die langzeitarbeitslos
480 sind und absehbar keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, einen
481 öffentlichen geförderten sozialen Arbeitsmarkt, der eine verlässliche
482 Perspektive eröffnet. Dazu müssen nicht nur befristete, sondern auch
483 unbefristete Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Dafür setzen wir uns
484 auf Bundes- und Landesebene ein.

485 Dortmund hat in den letzten Jahren eigene finanzielle Mittel aufgebracht, um
486 Langzeitarbeitslosigkeit mit Hilfe von Bundes- und Landesmitteln über Projekte
487 vor Ort effektiv und nachhaltig zu verringern. Diese Kommunale
488 Arbeitsmarktstrategie werden wir weiter unterstützen. Statt Arbeitslosigkeit zu
489 verfestigen, wollen wir Teilhabechancen schaffen und die soziale und ökologische
490 Infrastruktur in den Quartieren der Stadt stärken.

491 Integration von geflüchteten Menschen durch und in Arbeit
492 Die Integration von zu uns geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt ist eine
493 besondere Herausforderung. Klar ist, dass eine echte Integration nur gelingen
494 kann, wenn ein eigenes Einkommen ein eigenständiges Leben und eine
495 Lebensperspektive ermöglicht. Wir setzen uns weiterhin für eine Integration der
496 geflüchteten Menschen in den Dortmunder Arbeitsmarkt ein. Im Rahmen der
497 Kommunalen Arbeitsmarktstrategie müssen alle arbeitsmarktpolitischen
498 Akteur*innen entsprechende Schwerpunkte wie zum Beispiel
499 Qualifizierungsangebote, Sprachkurse etc. setzen. Mit der Integration begegnen
500 wir erfolgreich dem zunehmenden Fachkräftemangel bei Dortmunder Unternehmen und
501 Handwerksbetrieben.

502 Perspektiven für junge Menschen
503 Die Zahl Jugendlicher und junger Erwachsener ohne Arbeit ist in Dortmund immer
504 noch viel zu hoch. Allein im Januar dieses Jahres waren 2849 junge Menschen
505 unter 25 Jahren ohne Job. Wer sein Erwerbsleben mit einer Phase der
506 Arbeitslosigkeit und verbunden damit auch mit Perspektivlosigkeit beginnt, hat
507 schlechtere Aussichten auf eine erfolgreiche berufliche Zukunft. Die Grundlagen
508 für einen guten Start ins Erwerbsleben werden schon früh in der Schule gelegt.
509 Ein Schulabschluss ist die wichtigste Voraussetzung für eine gute Perspektive
510 auf dem Arbeitsmarkt. Wir werden Projekte, die Jugendliche und junge Erwachsene
511 im Übergang von der Schule in einen Beruf unterstützen, fördern.

512 Qualifizierung als Schlüssel zur Beschäftigung
513 Eine zentrale Rolle für die Überwindung von Arbeitslosigkeit spielt die
514 Qualifizierung insbesondere von langzeitarbeitslosen Menschen. Dabei müssen sich
515 die Lerninhalte und Lernformen den unterschiedlichen Vorkenntnissen und
516 Bedürfnissen der Menschen anpassen: Manche benötigen berufliches Basiswissen,
517 andere brauchen eine gezielte Weiterbildung in ihrem Beruf. Dabei gilt es
518 insbesondere, die digitale Spaltung zwischen Menschen, die die Technik
519 beherrschen, und denen, die sie nicht beherrschen, zu verhindern. Nicht jede
520 Qualifizierung ist für alle Arbeitslosen geeignet und notwendig. Deshalb müssen
521 die Angebote die Interessen und Bedürfnisse der Arbeitslosen berücksichtigen;
522 sie müssen zudem nachhaltig in dem Sinne sein, dass sie die Chancen auf einen
523 existenzsichernden und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz gewähren.
524 Projekte und Initiativen, die nachhaltige und an den Bedürfnissen der
525 Teilnehmer*innen orientierte Angebote machen, unterstützen wir.

526 Leistungen des Dortmund-Passes ausweiten
 527 Mit dem Dortmund-Pass erhalten Menschen, die Sozialleistungen beziehen,
 528 ermäßigten Eintritt für städtische Freizeit- und Kulturangebote. Wir wollen den
 529 Kreis der Anspruchsberechtigten ausweiten auf Bürger*innen mit geringem
 530 Einkommen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, die Leistungen des Dortmund-Passes
 531 analog zu den Vergünstigungen durch die Ehrenamtskarte zu erweitern.

532 4. Alt werden in Dortmund

533 Auch in Dortmund werden viele Menschen immer älter. Unser Ziel ist es, dass sie
 534 dabei so lange wie möglich selbstbestimmt leben und aktiv sein können. Die
 535 meisten Menschen möchten auch im Alter in ihrer gewohnten Umgebung bleiben und
 536 am alltäglichen Leben teilhaben. Deshalb braucht es kurze Wege und Hilfen vor
 537 Ort. Dazu gehören eine gute Nahversorgung, ein guter und preiswerter
 538 öffentlicher Nahverkehr, eine ausreichende Gesundheitsversorgung sowie gut
 539 erreichbare und gut ausgestattete Begegnungs- und Beratungsstellen. Mit ihren
 540 Lebenserfahrungen, ihrem Wissen und ihren Fähigkeiten bereichern Senior*innen
 541 unsere Stadtgesellschaft. Wir wollen deshalb die Teilhabe älterer Menschen
 542 ermöglichen und unterstützen, unabhängig davon, wie viel Geld sie haben, wie es
 543 um ihre Gesundheit bestellt ist oder welche Sprache sie sprechen.

544 4.1 Inklusive und starke Infrastruktur für Senior*innen

545 Wir GRÜNE stehen für ein inklusives Dortmund. Wir stehen für eine Stadt, in der
 546 Chancengleichheit, gerechte Teilhabe und Selbstbestimmung für alle Menschen
 547 sicherzustellen sind. Für uns ist Inklusion eine Querschnittsaufgabe, die alle
 548 Lebensbereiche berührt, insbesondere auch die der älteren Menschen.

549 Grün wählen für:

550 Inklusives Dortmund – Teilhabe und Barrierefreiheit
 551 Teilhabe braucht unabdingbar ein entsprechendes barrierefreies Wohnumfeld, das
 552 allen zugutekommt. Wir setzen uns außerdem ein für den weiteren Ausbau von
 553 barrierefreien Haltestellen und von Ampelanlagen für Sehbehinderte sowie die
 554 Absenkung aller Gehwege an Kreuzungen. Auch alle Behörden und Ämter müssen
 555 barrierefrei sein, genauso die Zugänge zu amtlichen Formularen. Barrierefreiheit
 556 muss darüber hinaus bei allen Gebäuden gewährleistet werden, die von der Stadt
 557 Dortmund Investitionszuschüsse erhalten. Wir erwarten, dass der Hauptbahnhof
 558 nach seinem Umbau grundsätzlich barrierefrei ist und erwarten das auch von
 559 anderen Bahnstationen in der Stadt.
 560 Wir setzen uns dafür ein, dass Teilhabe im Alltag selbstverständlich wird.
 561 Städtische Veranstaltungssäle sollen grundsätzlich mit induktiven Höranlagen
 562 ausgestattet bzw. nachgerüstet werden, damit hörgeschädigte Menschen auch an
 563 öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen können.

564 Begleitservice für Bus und Bahn

565 Mobilität ist ein wichtiges Kriterium für eine selbstbestimmten Teilhabe am
 566 gesellschaftlichen Leben. Gerade viele ältere und mobilitätseingeschränkte
 567 Menschen mit Rollstuhl, Rollator oder Gehhilfe, aber auch seheingeschränkte,
 568 blinde oder gehörlose Menschen fühlen sich bei der Nutzung von Bussen und Bahnen
 569 unsicher und benötigen Hilfe. Ein ÖPNV-Begleitservice begleitet Fahrgäste von
 570 der Haustür an in allen auf dem Weg erforderlichen öffentlichen Verkehrsmitteln
 571 bis zu ihrem Zielort. Er wäre in einer tendenziell alternden Gesellschaft und
 572 Stadt eine wichtige Ergänzung und Hilfestellung. Die von uns immer wieder

573 geforderte Einrichtung eines solchen Begleitservices ist in den letzten Jahren
574 aus unterschiedlichen Gründen gescheitert. Wir wollen einen ÖPNV-Begleitservice
575 in Dortmund weiterhin realisieren.

576 Öffentliche Toiletten ausbauen

577 Ausreichende, barrierefreie und qualitativ gute öffentliche Toiletten gehören
578 zur kommunalen Daseinsvorsorge einer Stadt. Insbesondere ältere Menschen, aber
579 auch Menschen mit Behinderung sind auf darauf angewiesen, dass ein stadtweites
580 Netz öffentlicher Toiletten zur Verfügung steht. Mit der derzeitigen Anzahl
581 vorhandener öffentlicher Toiletten kann die Stadt Dortmund die gleichberechtigte
582 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht gewährleisten. Wir setzen uns für ein
583 Konzept zum Ausbau öffentlicher Toiletten sowie für die stadtweite Umsetzung des
584 Projekts „Nette Toilette“ ein.

585 Wohnungstauschbörse und Umzugsmanagement

586 Ein Teil der älteren Menschen lebt in Wohnungen, die nicht altersgerecht, nicht
587 barrierefrei oder inzwischen einfach zu groß sind. Das macht eine eigene und
588 selbstbestimmte Haushaltsführung oft schwierig. Gleichzeitig wollen viele
589 Senioren*innen so lange wie möglich eigenständig leben und in vertrauter
590 Umgebung ihres Stadtteils bleiben. Viele trauen sich aber einen freiwilligen
591 Wohnungswechsel ohne Unterstützung nicht zu. Gleichzeitig gibt es junge Familien
592 mit Kindern, die eine größere Wohnung benötigen. Diese unterschiedlichen
593 Ansprüche wollen wir zusammenbringen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass in
594 der Zusammenarbeit von Stadt und Wohnungsbaugesellschaften eine
595 Wohnungstauschbörse und ein Umzugsmanagement entwickelt werden. (siehe auch
596 Kapitel Wohnen und Stadtentwicklung).

597 Förderung von Mehrgenerationen-Wohnen

598 Schon jetzt gibt es in Dortmund verschiedene generationenübergreifende
599 Wohnprojekte, in denen jüngere und ältere Menschen, Familien mit Kindern und
600 Alleinstehende zusammenleben, planen und entscheiden. Nachbarschaftliches
601 Miteinander statt sozialer Isolation ist das Motto. Statt in der eigenen Wohnung
602 zu vereinsamen, sind hier ältere Menschen aktiv eingebunden. Wir werden weitere
603 Mehrgenerationen-Wohnprojekte in Dortmund unterstützen und fördern.

604 Schaffung von Gesundheitskiosken

605 In einigen Stadtteilen ist die ärztliche Versorgung nicht ausreichend gegeben,
606 weil es nicht genug Arztpraxen gibt. Gerade für ältere Menschen ist das ein
607 Problem. Sogenannte Gesundheitskioske bieten in anderen Städten eine
608 niedrigschwellige ambulante Versorgung und Beratung vor Ort, helfen bei der
609 Suche nach medizinischem Personal, bei Vor- und Nachbereitungen von Arztbesuchen
610 oder auch Aufklärung und Erläuterungen von medizinischen Befunden. Angliedert
611 ist zum Teil auch eine ambulante Pflege für chronisch kranke Patient*innen. Wir
612 wollen die Einrichtung von Gesundheitskiosken in Dortmund prüfen.

613 Weiterentwicklung Städtischer Seniorenheime

614 Die Städtische Seniorenheime gGmbH mit acht Seniorenheimen und fast 1.000
615 Plätzen im Stadtgebiet ist eine wichtige kommunale Daseinsvorsorge für das
616 betreute Wohnen älterer Menschen, die nicht mehr in ihrer eigenen Wohnung leben
617 können. Wir wollen diese Seniorenheime stärken und weiterentwickeln, gerade
618 hinsichtlich interkultureller Ansätze. Den Bereich der Service-Wohnungen für
619 Senior*innen wollen wir ausbauen. Gleichzeitig befürworten wir den Ausbau
620 ambulanter Dienste.

621 4.2 Selbstbestimmt alt werden

622 Seniorenbeirat stärken

623 Der gewählte Beirat für Senior*innen ist ein wichtiges kommunales Gremium, das
624 den Anliegen älterer Menschen in Dortmund eine Stimme gibt. Wir wollen den
625 Beirat in seiner Arbeit unterstützen und stärken. Dazu zählt auch ein
626 verankertes Rederecht der Mitglieder des Seniorenbeirates in den
627 Bezirksvertretungen

628 Seniorenbüros stärken

629 Die zwölf Seniorenbüros in Trägerschaft der Stadt und der Verbände der Freien
630 Wohlfahrtspflege sind ein wichtiger Anlaufpunkt in jedem Stadtteil für Hilfen im
631 Alltag, für die Kooperation mit medizinischem Personal und Pflegediensten, für
632 Begegnungsmöglichkeiten und Kommunikation, aber auch für die Vermittlung von
633 bürgerschaftlichem Engagement aktiver Senior*innen. Wir setzen uns dafür ein,
634 die Angebote der Seniorenbüros weiter auszubauen. Notwendig sind dabei gerade
635 vor dem Hintergrund vieler älter Zuwander*innen vermehrt auch kultursensible
636 Ansprechpartner*innen. Die Zusammenarbeit der Seniorenbüros mit vorhandenen
637 Seniorenbegegnungsstätten wollen wir fördern.

638 Nachbarschaftsprojekte ausbauen

639 Starke Nachbarschaften und lebendige Quartiere stärken die Qualität des
640 Wohnumfeldes und das soziale Zusammenleben. Das ist insbesondere für ältere
641 Menschen von großer Bedeutung, die möglichst lange in ihrer eigenen Wohnung und
642 der vertrauten Umgebung ihres Quartiers bleiben wollen. Wir setzen uns deshalb
643 dafür ein, nachbarschaftliche Projekte in der Stadt zu fördern und zu
644 realisieren.

645 Kultursensible Senior*innenarbeit, Beratung und Pflege stärken

646 Alt werden in der Fremde, die aber doch Heimat geworden ist, ist nicht immer
647 leicht. Wir setzen uns dafür ein, Angebote der Senior*innenarbeit, der Beratung
648 und Pflege auf die Bedürfnisse von Senior*innen mit Migrationshintergrund
649 abzustimmen und zu verbessern.

650 5. Drogenhilfe in Dortmund: Hilfe statt Sanktion

651 Wir stehen für eine humane Drogen- und Suchtpolitik, die Drogen weder
652 verharmlost noch ideologisch verteufelt. Kinder und Jugendliche wollen wir
653 wirksam vor Drogen schützen. Die Selbstverantwortung mündiger Erwachsener wollen
654 wir stärken, ebenso die wirksame Prävention. Abhängige benötigen Hilfe,
655 Konsument*innen sollten nicht länger kriminalisiert werden. Mit einer
656 Entkriminalisierung insbesondere von Cannabis werden Polizei und
657 Staatsanwaltschaften entlastet und finanzielle Mittel frei für Prävention,
658 Schadensminderung und bessere Therapieangebote.

659 Prävention und die Hilfen für drogenabhängige Menschen sind in Dortmund an
660 vielen Stellen gut ausgebaut. Und trotzdem gibt es Lücken im System, die gefüllt
661 werden müssen. Wir wollen deshalb das aktuelle Drogenhilfekonzzept
662 weiterentwickeln.

663 Zur besseren Stabilisierung drogenkonsumierender Menschen braucht es unter
664 anderem niedrigschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten. Wir wollen im Rahmen des
665 Teilhabechancengesetz entsprechende Möglichkeiten anzubieten.

666 Grün wählen für:

667 Stärkung der Prävention für Kinder und Jugendliche
668 Wir setzen uns ein für eine verstärkte und glaubwürdige Drogenprävention.
669 Insbesondere Kinder und Jugendliche wollen wir wirksam vor Drogen schützen,
670 indem wir z.B. die Werbung für Drogen wie Alkohol und Nikotin auf allen
671 städtischen Werbeflächen ausschließen. Durch das Präventionsprojekt „Klasse
672 2000“ sind in der Vergangenheit zu wenige Kinder erreicht worden. Wir wollen das
673 Projekt ebenso erweitern und stärken wie andere vorhandene Präventionsmaßnahmen
674 und -angebote.

675 Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis
676 Cannabis ist die am häufigsten konsumierte illegale Droge. Die Zahl der
677 Konsument*innen ist in den letzten Jahren auch in Dortmund deutlich gestiegen.
678 Verbote führen offensichtlich nicht zu einer Vermeidung des Konsums, sondern
679 fördern stattdessen in mehrfacher Hinsicht eine Kriminalisierung: Durch den
680 illegalen Handel werden Schwarzmarktstrukturen gestärkt, bei denen auch
681 verunreinigtes Cannabis und harte Drogen ins Spiel kommen. Eine kontrollierte
682 Abgabe von Cannabis mit einem kontrollierten Wirkstoffgehalt kommt deshalb nicht
683 nur dem gesundheitsrelevanten Aspekt viel näher als ein Verbot, sondern hat auch
684 positive Effekte für den Jugendschutz und schwächt den Schwarzmarkt.
685 Wir setzen uns deshalb für die legale und kontrollierte Abgabe von Cannabis ein.
686 Damit sollen – im Gegensatz zu heute – der Verbraucher- und Jugendschutz
687 gestärkt werden. Sollte es die Möglichkeit von Modellprojekten zur
688 kontrollierten Abgabe von Cannabis geben, wollen wir sie für Dortmund nutzen.

689 Ausweitung der Öffnungszeiten und der Nutzung des Drogenkonsumraums
690 Das inzwischen zum Grafenhof umgezogene und von der Aidshilfe betriebene Cafe
691 Kick mit dem Dortmunder Drogenkonsumraum ist eine überlebenswichtige Einrichtung
692 für viele Menschen, die aus dem Hilfesystem der Stadt nicht mehr wegzudenken
693 ist. Drogenabhängige haben dort einen festen Anlaufpunkt, an dem sie sicher,
694 hygienisch und unter ärztlicher Aufsicht ihre Drogen konsumieren können, statt
695 sich in Hauseingängen oder Hinterhöfen zu verstecken. Zusätzlich werden Spritzen
696 und Kanülen gezielt gesammelt und entsorgt, statt auf Spielplätzen oder anderen
697 Orten herumzuliegen. Der Drogenkonsumraum nutzt also auch der gesamten Stadt.
698 Trotz der auch auf GRÜNE Initiative vorgenommenen Ausweitung der Plätze reichen
699 die Kapazitäten des Drogenkonsumraums nicht aus. Wir setzen uns deshalb dafür
700 ein, dass die Öffnungszeiten weiter ausgeweitet werden.
701 Momentan können nur in Dortmund gemeldete Drogenabhängige den Konsumraum nutzen,
702 auswärtige Abhängige nicht. Viele von ihnen kaufen ihre Drogen in Dortmund und
703 konsumieren sie dann zwangsläufig im Umfeld des Konsumraums oder irgendwo in der
704 Stadt – mit allen negativen Begleiterscheinungen bis hin zu weggeworfenen
705 Spritzen. Das wollen wir ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass der
706 Wohnortnachweis für die Nutzung des Konsumraums entfällt.

707 Ausbau der Hilfsangebote in der Nordstadt
708 Insbesondere die Nordstadt braucht hinsichtlich der Drogensituation dringend
709 weitere Hilfen. Das Ordnungsamt hat klar beschrieben, wie die momentane
710 Situation aussieht: Auf Spielplätzen, auf öffentlichen Straßen und Plätzen, in
711 Grünanlagen oder in Hauseingängen werden weiche und harte Drogen konsumiert und
712 gehandelt.
713 Der bereits vorhandene Drogenkonsumraum am Grafenhof wird von vielen Abhängigen
714 der Nordstadt aufgrund der Entfernung nicht genutzt. Die Bewohner*innen der
715 Nordstadt haben aber zu Recht die Erwartung, dass die Szene ihre Drogen nicht
716 mehr vor und in ihren Hauseingängen konsumiert. Ordnungspolitische Maßnahmen

717 allein werden dieses Problem nicht lösen. Wir setzen uns deshalb dafür ein,
 718 zusätzliche niedrigschwellige Hilfsangebote für Abhängige zu schaffen, die auch
 719 den Bürger*innen vor Ort helfen. Dazu zählt auch die Ausweitung der
 720 Straßensozialarbeit insbesondere rund um den Nordmarkt.
 721 Wir setzen uns dafür ein, einen der geplanten neuen Tagesaufenthalte für
 722 Drogenabhängige in der Nordstadt mit Wasch- und Konsummöglichkeiten
 723 auszustatten. Außerdem ist die Installierung von Spritzenautomaten zur
 724 Versorgung mit sauberen Spritzen und zur sauberen Entsorgung gebrauchter
 725 Spritzen zu prüfen.

726 Intensivierung der Substitutionsbehandlung durch Diamorphin-Vergabe für
 727 Schwerstabhängige
 728 Dortmund hat mit über 40 niedergelassen Ärztinnen und Ärzte sowie der
 729 Methadonambulanz des Gesundheitsamtes ein breites und gut aufgestelltes Angebot
 730 der Substitutionsbehandlung. Dieses Angebot wollen wir erhalten und stärken.
 731 Seit vielen Jahren fordert die GRÜNE Ratsfraktion darüber hinaus eine
 732 Diamorphin-Vergabe für Schwerstabhängige. Die Gründe dafür liegen auf der Hand:
 733 Insbesondere für hochgradig drogenabhängige Frauen, die seit Jahren und ohne
 734 Perspektive in der Nordstadt der Prostitution nachgehen, ist ein Diamorphin-
 735 Programm eine Möglichkeit, den Teufelskreis aus Sucht und Prostitution zu
 736 durchbrechen. Viele von ihnen befinden sich in einer schwierigen
 737 gesundheitlichen Situation, die sich durch den hohen Kontrolldruck nach der
 738 Schließung des Straßenstrichs erheblich verschärft hat. Auch Strafverfahren und
 739 Freiheitsstrafen führten in der Regel nicht zu einem Ausstieg aus Prostitution
 740 und Sucht. Das zeigt auch, wie wenig repressive Maßnahmen gegen Drogensucht
 741 helfen.
 742 Immer wieder ist die Forderung nach einer Diamorphin-Vergabe aus
 743 unterschiedlichen Gründen abgelehnt worden. Inzwischen hat eine Mehrheit des
 744 Rates zumindest einer Machbarkeitsstudie für eine Vergabe in städtischer
 745 Trägerschaft zugestimmt. Wir setzen uns dafür, dass schnellstmöglich eine
 746 Diamorphin-Vergabe in Dortmund realisiert wird.

747 Entwicklung eines Konzepts für Drogenkonsumierende im Alter
 748 Durch das verbesserte Hilfesystem erreichen Konsumierende inzwischen ein immer
 749 höheres Alter. Dadurch wird das Thema der Pflege für ältere Drogenabhängige
 750 aktuell und stellt besondere Anforderungen. Denn viele der Betroffenen leiden an
 751 körperlichen und seelischen Folgeerkrankungen, an Mobilitätsstörungen bis hin
 752 zur Körperbehinderung. Bereits seit vielen Jahren bietet das Landesmodellprojekt
 753 LÜSA (Langzeit Übergangs- und Stützungsangebot) in Unna als niedrigschwellige
 754 stationäre Wohneinrichtung stationäre Plätze in verschiedenen konzipierten
 755 Wohnangeboten für mehrfach schwerstgeschädigte chronisch drogenabhängige
 756 Menschen an. Wir setzen uns dafür ein, dass ein ähnliches Konzept für ältere
 757 Drogenabhängige auch in Dortmund entwickelt und umgesetzt wird.

758 6. Hilfe für Menschen in Prostitution

759 In Dortmund arbeiten über 1.000 Frauen und Männer in der Prostitution. Unser
 760 Ziel ist es, ihre rechtliche und soziale Situation zu verbessern. Gleichzeitig
 761 setzen wir uns für ihren größtmöglichen Schutz ein. Wichtig ist uns, sie vor
 762 jeglicher Form von Ausbeutung und Gewalt zu schützen. Wir stellen uns aber auch
 763 gegen alle Bestrebungen, Menschen in der Prostitution zu kriminalisieren und zu
 764 diskriminieren. Es gibt keine Belege dafür, dass durch Repressionen und
 765 Kriminalisierung die Prostitution verhindert wird. Ein Verbot der Prostitution

766 lässt diese nicht verschwinden, wie Erfahrungen anderer Länder zeigen.
767 Prostitution würde verlagert, weniger sichtbar, wodurch Prostituierte weniger
768 geschützt werden können. Stattdessen wollen wir Beratungs- und Hilfsangebote
769 stärken.

770 Grün wählen für:

771 Das Dortmunder Modell – Unterstützung der Beratungs- und Hilfsangebote
772 Seit vielen Jahren gibt es den „Runden Tisch Prostitution“, an dem neben der
773 Verwaltung auch Beratungsstellen, Betreiber*innen der Linienstraße und
774 bordellähnlicher Betriebe, Prostituierte sowie die Polizei teilnehmen. Ziel
775 dieses Dortmunder Modells ist es, die Belange aller Beteiligten zu
776 berücksichtigen und sich auf gemeinsame Ziele zu einigen. Auch der Runde Tisch
777 “Kinder und Jugendliche in der Prostitution” verfolgt das Ziel schneller und
778 unbürokratischer Hilfen, um einem Verbleib junger Menschen im Milieu
779 entgegenzuwirken. Wir setzen uns dafür ein, die Arbeit der Runden Tische
780 fortzusetzen und das Dortmunder Modell weiterzuentwickeln.
781 Seit 2014 wird im Rahmen der Neuordnung der Hilfen für Prostituierte die
782 Mitternachtsmission als Fachberatungsstelle mit städtischen Mittel gefördert.
783 Inhalt der Arbeit sind neben den psychosozialen Beratungsangeboten auch die
784 aufsuchende Sozialarbeit und Streetwork sowie umfassenden Ausstiegshilfen.
785 Zusätzlich bietet auch die Beratungsstelle KOBER Unterstützungshilfen für
786 betroffene Frauen. Wir wollen die vorhandenen Beratungs- und Hilfsangebote
787 erhalten und absichern und sie bei Bedarf mit finanzieller Unterstützung der
788 Stadt ausweiten.

789 Wahrung der Persönlichkeitsrechte

790 Das neue Prostituiertenschutzgesetz gilt seit dem 01. Juli 2017 und hat durch
791 die neue Beratungs- und Anmeldepflicht zum Teil gravierende Auswirkungen. Viele
792 Frauen üben die Prostitution im Verborgenen und ohne Kenntnis ihres privaten
793 Umfelds aus. Durch die Anmeldebescheinigung und die Weiterleitung der Daten an
794 die Finanzbehörden besteht die Befürchtung, dass diese Anonymität aufgehoben
795 wird und die Betroffenen im Zweifelsfall erpressbar werden. Wir setzen uns dafür
796 ein, dass die Durchführung der gesundheitlichen Beratung im Gesundheitsamt
797 personell angemessen ausgestattet ist und kostenfrei bleibt. Es ist dafür Sorge
798 zu tragen, dass im Zuge der Anmeldung die Anonymität bestmöglich geschützt wird.

799 Hilfe durch eine Diamorphin-Ambulanz

800 Mit den bestehenden Unterstützungsangeboten wurden bisher nur unzureichend
801 drogenabhängige Frauen in der Prostitution erreicht. Eine Diamorphin-Vergabe
802 bietet eine Möglichkeit, den Teufelskreis aus Sucht und Prostitution zu
803 durchbrechen. Wir setzen uns dafür ein, dass schnellstmöglich eine Diamorphin-
804 Ambulanz in Dortmund realisiert wird. (siehe auch Programmteil „Drogenhilfe“)

805 Absicherung und Finanzierung der Arbeit zum Schutz der Kinder und Jugendlichen
806 Auch Minderjährige prostituieren sich in Dortmund oder werden zum Teil zur
807 Prostitution gezwungen. Die Beratungsstellen gehen von deutlich mehr als 50
808 Mädchen aus. Viele von ihnen haben den Kontakt zum Elternhaus und Freundeskreis
809 abgebrochen, leben in der Obdachlosigkeit, leiden unter Alkohol- und
810 Drogenkonsum sowie unter gesundheitlichen Problemen. Für ihre Beratung und für
811 Hilfen zum Ausstieg gibt es bisher keine öffentlichen Zuschüsse; auch die
812 Beratung und Prävention gegen das so genannte CyberGrooming, die gezielte
813 Ansprache von Kindern im Internet zur Anbahnung sexueller Kontakte ist zur Zeit

814 nicht finanziell gesichert. Die Beratungsstellen sind für diese Teile ihrer
 815 Arbeit auf Spenden angewiesen. Wir setzen uns dafür ein, dass Hilfsangebote und
 816 Ausstiegsarbeit, Prävention in Schulen und Onlineberatung ausreichend finanziert
 817 und abgesichert werden.

818 Stärkung der Beratungsangebote für männliche Prostituierte
 819 Nach einer wissenschaftlichen Studie ist Dortmund ein Zentrum der männlichen
 820 Prostitution im östlichen Ruhrgebiet. Ca. 250 Jungen und Männer gehen in unserer
 821 Stadt regelmäßig der Prostitution nach. Zumeist sind sie von massiven
 822 psychosozialen und gesundheitlichen Problemen betroffen. Wir setzen uns für die
 823 weitere und ausreichende Unterstützung von Präventions-, Beratungs- und
 824 Begleitangeboten für männliche Prostituierte ein.

825 Finanzierung der Beratung für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution
 826 Insbesondere viele afrikanische Frauen sind während ihrer Flucht Opfer von
 827 Menschenhandel und Zwangsprostitution geworden – darunter auch Minderjährige.
 828 Die Altersfeststellungen durch das Jugendamt sind unter Umständen für die jungen
 829 Frauen sehr belastend. Beratungsarbeit wird vom Land nur für die Frauen
 830 gefördert, die in Deutschland und nicht auf ihrer Flucht Opfer von
 831 Menschenhandel geworden sind. Wir setzen uns dafür ein, dass Hilfsangebote für
 832 alle Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution zur Verfügung gestellt
 833 werden. Hier ist insbesondere das Land gefragt.

834 7. Sicherheit in Dortmund: Bürger*innen-Rechte achten

835 In den vergangenen Jahren ist die Kriminalität in Dortmund kontinuierlich
 836 gesunken. Gleichzeitig werden immer mehr Verbrechen aufgeklärt. Trotzdem leben
 837 einige Menschen in Angst vor Gewalt, Einbruchskriminalität oder Übergriffen im
 838 öffentlichen Raum, auf Straßen und Plätze oder auch im ÖPNV. Dieser
 839 widersprüchlichen Entwicklung stellen wir uns mit bedachtem Handeln und einer
 840 nüchternen Analyse. Wir setzen dabei auf städtebauliche und gestalterische
 841 Maßnahmen, um Angsträume zu minimieren, und weiter auf eine Stärkung der
 842 Nachbarschaft innerhalb der Quartiere sowie auf eine effektive,
 843 partnerschaftliche Zusammenarbeit der städtischen Behörden mit der Polizei. Zu
 844 einem sicheren Dortmund gehört für uns auch die Stärkung von Feuerwehr und
 845 Katastrophenschutz.

846 7.1 Polizei, Stadt und Bürger*innen in partnerschaftlichem Zusammenwirken

847 Grün wählen für:

848 Bürger*innennahe Polizei statt Videobeobachtung
 849 Wir wollen eine Stadt, in der sich die Bürger*innen frei und ungezwungen und
 850 gleichzeitig sicher bewegen können. Eine Ausweitung der Videobeobachtung und -
 851 überwachung im öffentlichen Raum führt zu mehr Überwachung und eventuellen
 852 Verdrängungseffekten ohne Lösung der eigentlichen Probleme. Studien belegen,
 853 dass Videobeobachtung Straftaten nicht verhindern kann. Zusätzlich sprechen
 854 Datenschutz und Eingriffe in persönliche Freiheitsrechte gegen ein Mehr an
 855 Überwachung. Auch die Landesdatenschutzbeauftragte NRW warnt vor dem Risiko
 856 einer nahezu uferlosen Ausweitung polizeilicher Videoüberwachung im öffentlichen
 857 Raum. Dies würde schrittweise auch zu einer Desensibilisierung für die
 858 Problematik der Videoüberwachung führen. Wir lehnen deshalb einen Ausbau von
 859 Videobeobachtung und -überwachung ab.
 860 Die 2016 aufgrund einer Entscheidung von Innenministerium und Polizei in der

861 Brückstraße und am Platz von Leeds installierten Kameras haben nicht zu mehr
 862 Sicherheit geführt. Im videobeobachteten Bereich kam es sogar zu einem Anstieg
 863 von Straßensriminalität. Gleichzeitig führen die Kameras zu einer Zunahme von
 864 Überwachung und Beobachtung unbeteiligter Personen.
 865 Die nun neu geplanten Kameras in der Münsterstraße waren noch 2016 von der
 866 Polizei mit der Begründung verworfen worden, dass eine Videobeobachtung dort die
 867 Dealerszene und andere Straftäter in umliegende Wohnviertel verdrängen könnte.
 868 Während auf dem Weg durch die Einkaufspassagen Alternativen gewählt werden
 869 können, ist dies auf dem Weg zur eigenen Wohnung nicht möglich. Daher lehnen wir
 870 eine Überwachung reiner Wohngebiete, die zudem ganze Straßen stigmatisiert, ab.
 871 Wir setzen uns stattdessen für regelmäßige Streifen einer bürger*innennahen
 872 Polizei und der kommunalen Ordnungspartnerschaften ein, um auch durch den
 873 persönlichen Austausch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken und
 874 Straftaten durch schnelles und regelmäßiges Einschreiten zu verhindern.

875 Kommunale Polizei-Beschwerde-Stelle
 876 Seit 1996 erneuert der UN-Menschenrechtsausschuss immer wieder seine Forderung
 877 nach einem unabhängigen Mechanismus zur Untersuchung von Beschwerden über
 878 widerrechtliche Gewaltanwendung durch Polizeibeamt*innen.
 879 Auch die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und
 880 Grundfreiheiten gewährleistet ein Verbot von erniedrigender Behandlung (Art. 3)
 881 und unterstreicht, dass bei Misshandlungsvorwürfen gegen die Polizei ein
 882 effektives und offizielles Ermittlungsverfahren eingeleitet werden muss. Dieses
 883 individuelle Recht auf effektive Beschwerde bei innerstaatlichen Instanzen
 884 entspricht den Grundprinzipien einer demokratischen Gesellschaft. Daher werden
 885 wir die Möglichkeiten zur Einrichtung eines effektiven und unabhängigen
 886 kommunalen Polizei-Beschwerdesystems prüfen.

887 Kommunale Ordnungspartnerschaften
 888 Die Kommunalen Ordnungspartnerschaften mit der paritätischen Besetzung der
 889 Streifen durch Ordnungsamt und Polizei haben sich seit vielen Jahren bewährt.
 890 Die Streifen tragen objektiv zu einer erhöhten Sicherheit bei und steigern
 891 gleichzeitig das subjektive Sicherheitsempfinden vieler Bürger*innen. Seit
 892 längerem sind die paritätisch besetzten Ordnungspartnerschaften allerdings nicht
 893 mehr die Regel, sondern die Ausnahme. Die Zahl der beteiligten Polizist*innen
 894 hat sich reduziert, gleichzeitig ist die Zahl der rein städtisch besetzten
 895 Doppelstreifen gestiegen. Das sehen wir kritisch. Wir setzen uns dafür ein, die
 896 Streifen wieder grundsätzlich mit je einem/einer Mitarbeiter*in des
 897 Ordnungsamtes und einem/einer Polizeibeamt*in zu besetzen. Das Land ist
 898 aufgefordert, die dafür benötigten zusätzlichen Stellen der Polizei zur
 899 Verfügung zu stellen. Die Ausrüstung der städtischen Mitarbeiter*innen mit
 900 Schlagstöcken oder anderen Waffen lehnen wir ab.

901 Steigerung des Subjektiven Sicherheitsempfindens
 902 Eine geringe Aufenthaltsqualität öffentlicher Plätze und Räume erhöht das Risiko
 903 sogenannter „Angsträume“, an denen Menschen Angst haben, Opfer von Kriminalität
 904 zu werden. Das führt teilweise dazu, dass viele Menschen bestimmte Wege oder
 905 Orte nicht mehr benutzen. Wir setzen uns für eine Stadtplanung und -entwicklung
 906 ein, die die Sicherheit öffentlicher Räume und Wege mit in den Mittelpunkt
 907 stellt. Plätze und Wege müssen übersichtlich, gut beleuchtet und barrierefrei
 908 sein. Wenn Menschen ihre Stadt, ihren Stadtteil, ihr Quartier als sicher
 909 empfinden, wenn Plätze zu belebten Orten werden, an denen soziale Kontrolle
 910 stattfindet, dann sinkt das Risiko für Kriminalität und das subjektive

911 Sicherheitsempfinden steigt. Wir wollen deshalb eine systematische Analyse zur
 912 Erfassung sogenannter „Angsträume“ auf Wegen, Straßen und Plätzen im
 913 öffentlichen Raum und ein Programm zur Umsetzung geeigneter Maßnahmen.

914 Entkriminalisierung von Cannabis

915 Durch den illegalen Handel mit Drogen – insbesondere mit Cannabis – werden auch
 916 in Dortmund Schwarzmarktstrukturen gestärkt, bei denen auch harte Drogen ins
 917 Spiel kommen. Wir setzen uns deshalb für eine kontrollierte Abgabe von Cannabis
 918 ein. Damit würden nicht nur erwachsene Konsument*innen entkriminalisiert,
 919 sondern auch der Schwarzmarkt auf Straßen, Plätzen oder in Parks reduziert. Das
 920 führt zu einer erhöhten Sicherheit und Aufenthaltsqualität. Gleichzeitig werden
 921 damit auch Polizei, Justiz und Ordnungsbehörden von zeitraubenden, kostspieligen
 922 und ineffektiven Einsätzen und Verfahren entlastet und stehen für andere
 923 Aufgaben zur Verfügung, zum Beispiel für einen bürger*innennahen Streifendienst.
 924 (siehe auch Programmteil „Drogenhilfe“).

925 7.2 Bürgerschaftliches Engagement für ein sicheres Dortmund

926 Grün wählen für:

927 Solidarische Stadtteile und Quartiere

928 Starke Nachbarschaften und lebendige Quartiere stärken das soziale
 929 Zusammenleben, führen zu einer höheren Qualität des Wohnumfeldes und stärken
 930 auch das Sicherheitsbefinden. Die Identifikation von Bürger*innen mit ihren
 931 Quartieren entsteht u.a. durch die Einbindung in die gemeinsame Planung und
 932 Gestaltung von Stadtvierteln, Wegen, Straßen und Plätzen in ihrem Lebensumfeld.
 933 Bürger*innen, die den öffentlichen Raum zu ihrer eigenen Angelegenheit machen
 934 können, kümmern sich auch verstärkt um ihr Quartier und die dort lebenden
 935 Menschen.

936 Wir wollen deshalb möglichst viele nachbarschaftliche Projekte in der Stadt
 937 realisieren, um mehr Bürger*innen in die Gestaltung ihrer Stadt einbeziehen zu
 938 können. Die Stadt ist gefordert, selbstinitiierte Projekte im Rahmen ihrer
 939 Möglichkeiten zu unterstützen, Freiflächen zu erfassen und zu vermitteln und als
 940 Ansprechpartnerin zum Beispiel für ordnungsrechtliche Probleme zur Verfügung zu
 941 stehen.

942 Als Ansprechpartner*innen für Sorgen und Nöte vor Ort möchten wir weiterhin die
 943 Arbeit der Quartierskümmerer*innen im gesamten Stadtgebiet fördern. Durch ihre
 944 vielfältige Tätigkeit – von kleineren Reinigungsarbeiten über die Konfliktlösung
 945 bis hin zur Unterstützung von sozialen Institutionen, Vereinen oder
 946 Veranstaltungen – nehmen die Quartierskümmerer*innen eine bedeutende Rolle im
 947 Rahmen der Stadtteile ein. Wir befürworten, dass auch zukünftig
 948 Langzeitarbeitslose als Quartierskümmerer*in eingesetzt werden, um auf dem
 949 ersten Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen.

950 Kommunikatives Konfliktmanagement vor Ort

951 Wir setzen uns dafür ein, ein so genanntes Allparteiliches Konfliktmanagement
 952 (AKIM) für Dortmund einzuführen. Eine derartige Einrichtung gibt es bereits mit
 953 Erfolg in anderen Städten. Das AKIM ist eine zentrale Stelle, die für das
 954 gesamte Stadtgebiet bei Anfragen zu Konfliktlösungen im öffentlichen Raum eine
 955 erste Konfliktanalyse vornimmt und vor Ort mit rein kommunikativen Mitteln
 956 präsent ist.

957 Die AKIM-Konfliktmanager*innen werden bei Konflikten an öffentlichen Plätzen
 958 aktiv, dort, wo andere Stellen nicht zuständig sind oder ihr Einsatz nicht

959 verhältnismäßig wäre. Die AKIM-Konfliktmanager*innen agieren vor Ort, um durch
 960 ihre Präsenz Konflikte zu beruhigen und vermittelnd einzugreifen, sprechen mit
 961 den Konfliktparteien und informieren sie ggf. über die Regeln im öffentlichen
 962 Raum. Sie benennen zuständige Stellen für weiterführende Hilfe oder schalten
 963 sich direkt ein. Dabei setzen sie sich für die Interessen und Belange aller
 964 Nutzergruppen ein und versuchen zwischen ihnen zu vermitteln. In München wurde
 965 das Allparteiliche Konfliktmanagements mit dem Eurocities Award 2019
 966 ausgezeichnet, weil es niedrigschwellig und mit wenig Aufwand stadtweit
 967 unterschiedliche Konflikte im öffentlichen Raum bearbeitet.
 968 Zusätzlich wollen wir die Einrichtung von Nachtbürgermeister*innen prüfen
 969 lassen. In vielen Städten gibt es schon eine solche Stelle zur Vernetzung von
 970 Nachtkultur und Nachtökonomie sowie zur Lösung von Konfliktsituationen zwischen
 971 Gastronomie, Besucher*innen und Anwohner*innen.

972 7.3 Zukunftsfähigkeit von Feuerwehr und Katastrophenschutz

973 Grün wählen für:

974 Sicherung der Infrastruktur und finanziellen Mittel
 975 Absehbar werden die Ansprüche an Feuerwehr und Katastrophenschutz weiter
 976 steigen: Der Klimawandel führt vermehrt zu Hitzeperioden und Trockenheit, aber
 977 auch zu Starkregen mit Überschwemmungen. Wir setzen uns dafür ein, dass die für
 978 diese Aufgaben notwendige Infrastruktur und die notwendigen finanziellen Mittel
 979 zur Verfügung gestellt wird. Dabei ist auch die Interkommunale Zusammenarbeit
 980 der Feuerwehren zu stärken.
 981 Die dezentral in den Stadtbezirken angesiedelten Standorte der Feuerwehr sind im
 982 Katastrophenfall Anlaufstellen für die Bevölkerung. Wir setzen uns dafür ein,
 983 dass alle Bürger*innen umfassend und transparent informiert werden, wie sie sich
 984 im Gefahrenfall verhalten sollen und welche Möglichkeiten es zur Information
 985 gibt. Die bisherigen Möglichkeiten sind zu überprüfen und gegebenenfalls zu
 986 ergänzen.

987 Anpassung der Rettungsdienste an eine alternde Gesellschaft
 988 Zusammen mit den Hilfsorganisationen sorgt die Feuerwehr für einen
 989 flächendeckenden Rettungsdienst, notärztliche Versorgung und Krankentransporte.
 990 In einer tendenziell älter werdenden Gesellschaft steigen die Anforderungen an
 991 einen effektiven Rettungsdienst. Der städtische Rettungsdienstbedarfsplan bietet
 992 eine gute Grundlage, um im Notfall Leben zu retten. Wir setzen uns dafür ein,
 993 dass in Notfällen auch weiterhin der Einsatzort in der Regel innerhalb von 8
 994 Minuten erreicht wird.

995 Unterstützung und Anerkennung für die Haupt- und Ehrenamtlichen
 996 Die Feuerwehr, der Rettungsdienst und der Katastrophenschutz in Dortmund sind
 997 gut aufgestellt; die Dienste genießen in der Öffentlichkeit im allgemeinen
 998 großes Vertrauen und hohes Ansehen. Zu verdanken ist dies insbesondere dem hohen
 999 Engagement und dem Leistungsstand der haupt- und vor allem auch der
 1000 ehrenamtlichen Akteuren. . Deshalb wenden wir uns entschieden gegen Anfeindungen
 1001 und gewalttätige Übergriffe. unterstützen wir das Engagement von Feuerwehr und
 1002 Hilfsorganisationen bei der Gewinnung neuer Mitwirkender – insbesondere auch von
 1003 Dortmunder*innen mit Migrationsgeschichte. Ebenso unterstützen wir die Feuerwehr
 1004 mit Nachdruck bei der Nachwuchsförderung und der Jugendarbeit der
 1005 Jugendfeuerwehr.

1006 Aktualisierung des Dortmunder Pandemieplans
1007 Das Corona-Virus hat gezeigt, dass eine Pandemie innerhalb kürzester Zeit eine
1008 Stadt, ja ein ganzes Land lahmlegen kann – mit massiven Auswirkungen und
1009 Konsequenzen. Wir wollen aus Corona lernen und setzen uns dafür ein, den seit
1010 2012 bestehenden Dortmunder Pandemieplan aufgrund der Erfahrungen mit Corona
1011 dringend zu aktualisieren.

A7 A4: GRÜN IST ... DIE ZUKUNFT!

Antragsteller*in: Stefan Rath (KV Dortmund)

Text

1 Grün ist ... die Zukunft

2 ...wie wir Dortmund mit guter Bildung, nachhaltiger Wirtschaft und einer
3 handlungsfähigen Verwaltung zu einer Stadt von morgen machen wollen...

4 Inhalt

5 1. Kinder und Jugendliche

6 1.1 Unterstützung von Kindern und Familien

7 1.2 Selbstbestimmte Kindheit und Jugend

8 1.3 Queer dir deine Welt

9 1.4 Nachhaltige Unterstützung Jugendlicher

10 2. Vorschulische Bildung und Erziehung

11 2.1 Ausbau der Betreuungsplätze

12 2.2 Qualität in der Betreuung

13 2.3 Unterstützung des Personals in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen

14 3. Schule und Bildung

15 3.1 Stärkung der Dortmunder Schullandschaft

16 3.2 Gute Schulen in Dortmund

17 3.3 Gerechte Schulen

18 4. Wirtschaft und Beschäftigung

19 4.1 Die Märkte der Zukunft sind grün

20 4.2 Infrastruktur als Standortfaktor für Unternehmen und Arbeitskräfte

21 4.3 Gründungen fördern – Wirtschaft fördern

22 4.4 Gute Arbeit schaffen, Ökonomie und Gemeinwohl verbinden

23 4.5 Die Potenziale der Metropole Ruhr nutzen

24 5. Stadt und Verwaltung

25 5.1 Bürger*innen-nahes Dortmund

26 5.2 Die Stadt als attraktive Arbeitgeberin

27 5.3 Gemeinwohl ist ein Wirtschaftsfaktor

28 5.4 Haushalt – Handlungsfähig und zukunftsfest

29 5.5 Faire Kommune

30 5.6 Digitalisierung – aktiv, nachhaltig, für den Menschen

31 6. Transparenz, Demokratie, Mitsprache und Beteiligung

32 1. Kinder und Jugendliche

33 Kinder und Jugendliche sind der wichtigste Teil unserer Gesellschaft, sie sind
34 unsere Zukunft. Jedes Kind, jeder Jugendliche hat das Recht auf Förderung zur
35 Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit und auf den bestmöglichen Schutz
36 durch Staat und Gesellschaft.

37 Gerechte Chancen für alle, Bekämpfung von Armut, Freiräume für eine
38 selbstbestimmte Entwicklung, Beteiligungsmöglichkeiten an der gemeinsamen
39 Entwicklung unserer Stadt – das stellen wir in den Mittelpunkt unserer Politik
40 mit und für Kinder, Jugendliche und ihre Familien.

1.1 Unterstützung von Kindern und Familien

Für Kinder und Familien findet der Alltag unter vielfältigen Voraussetzungen statt. In Dortmund ist z. B. jedes dritte Kind unter 15 Jahren von Armut betroffen oder von Armut bedroht. Kinderarmut geht einher mit einem höheren Gesundheitsrisiko, geringerer Teilhabe sowie geringeren Bildungs- und Zukunftschancen. Jedes Kind hat das Recht auf Teilhabe, auf Dazugehören, auf Bildung, soziale Sicherheit und freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Armut steht diesen Rechten oft im Weg: Kinder können ihren Hobbies nicht nachgehen, weil z. B. die Sportausrüstung zu teuer ist. Kinder meiden die Geburtstagsfeier von Freund*innen, weil das Geld für ein Geschenk nicht reicht. Armut ist nicht nur das „sich nicht leisten können“, sondern leider auch viel zu oft das „nicht mitmachen können“.

Grün wählen für:

Bekämpfung von Kinderarmut

Jedes Dritte Kind unter 15 Jahren ist in Dortmund von Armut betroffen oder bedroht. Wir setzen uns dafür ein, diesen unerträglichen Zustand nachhaltig zu verändern. Auf Bundesebene fordern wir die Schaffung einer eigenständigen und angemessenen Kindergrundsicherung, die vorhandene Leistungen bündelt und sie unbürokratisch auszahlt.

Ungleiches ungleich behandeln

Die Bekämpfung von Armut und insbesondere von Kinderarmut ist und bleibt für uns ein vorrangiges Ziel der Dortmunder Stadtentwicklung. Wir setzen uns ein für eine Stadt, in der Kinder und Jugendliche nicht aufgrund ihrer (sozialen) Herkunft benachteiligt sind. Wir wollen die sehr unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen vieler Kinder verbessern und angleichen. Dazu ist es unter anderem notwendig, den vorhandenen Zusammenhang zwischen Armut und Bildungsungerechtigkeit aufzubrechen. Das beginnt schon in der Kita und setzt sich in den Schulen fort. Bei der Schaffung von Bildungsgerechtigkeit muss Ungleiches ungleich behandelt werden. Deshalb müssen Gelder und Ressourcen effektiver in den Kitas und Schulen gebündelt werden, in denen sie am dringendsten benötigt werden.

Bildungseinrichtungen als Schlüssel für Chancengleichheit

Wir wollen mit ausreichend Kita-Plätzen, mit längerem gemeinsamen Lernen sowie mit gebundenen und offenen Ganztagsangeboten in Schulen dazu beitragen, dass alle Kinder und Jugendlichen dieselben Chancen bekommen – unabhängig von ihrer Herkunftsfamilie. Wir wollen zusätzliche Familien mit geringem Einkommen von den Gebühren für Kindertageseinrichtungen befreien.

Wir setzen uns außerdem für ein kostenloses Ticket ein, mit dem alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten ihrer Familien Busse und Bahnen in Dortmund nutzen können (mehr dazu in den Programmteilen „Kinderbetreuung“ und „Schule“)

Bildungs- und Teilhabepaket – Einführung einer YouCard

Vorhandene Unterstützungsmöglichkeiten nutzen nur dann etwas, wenn sie auch ankommen. Bei den Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets war das in den letzten Jahren nicht immer so. In Dortmund sind rund 46.000 Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien anspruchsberechtigt. Bei weitem nicht alle haben die ihnen zustehenden Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabegesetz für Mittagsverpflegung, Schulbedarf, Fahrtkosten, Teilhabe am

89 kulturellen und sozialen Leben oder auch Lernförderung beantragt und bekommen.
90 Das wollen wir ändern. Mit den neuen Regelungen im Starke-Familien-Gesetz werden
91 die Leistungen erhöht und ihr Erhalt erleichtert. Wir wollen die Voraussetzungen
92 dafür schaffen, dass alle anspruchsberechtigten Kinder, Jugendliche und ihre
93 Familien unbürokratisch und ohne Umwege die Gelder erhalten, die ihnen zustehen.
94 Dafür wollen wir auch die Einführung einer YouCard prüfen, mit der die
95 Leistungen aus dem Bildungspaket einfach und unbürokratisch in Anspruch genommen
96 werden können.

97 Familienfreundliche Stadtentwicklung

98 Familie ist da, wo Kinder leben – egal ob mit oder ohne Trauschein, mit gleich-
99 oder verschiedengeschlechtlichen Eltern, als Patchworkfamilie oder
100 Alleinerziehende.
101 Wir setzen uns ein für eine Stadt, in der Familien ihr Leben nach eigenen
102 Vorstellungen gut gestalten können. Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum, der
103 sich an ihren Bedürfnissen orientiert. Mit verkehrsberuhigten oder autofreien
104 Zonen, in denen sich Kinder frei bewegen können. Familien brauchen wohnortnahe
105 Kinderbetreuungsplätze, ohne dafür lange Fahrtzeiten in Kauf nehmen zu müssen.
106 Familien brauchen Unterstützung auch und gerade in schwierigen Lebenslagen. Wir
107 setzen uns ein für ein Dortmund, in der Familien die Hilfestellungen bekommen,
108 die sie benötigen.

109 Stärkung frühkindlicher Hilfen

110 Wir wollen gute Startchancen für alle Kinder von Anfang an. Deshalb setzen wir
111 uns dafür ein, Kinder so früh wie möglich in ihrer Entwicklung zu unterstützen.
112 Vorhandene Angebote und Systeme der frühkindlichen Hilfen wollen wir weiter
113 ausbauen und die Vernetzung und Kooperation von Institutionen und Angeboten
114 stärken.

115 1.2 Selbstbestimmte Kindheit und Jugend

116 Wir Grüne wollen Dortmund nicht für, sondern mit Kindern und Jugendlichen
117 gestalten. Egal ob wahlberechtigt oder nicht: Jede*r in Dortmund soll die Stadt,
118 in der wir alle leben, mitgestalten können. Egal ob Schule, Jugendclub oder
119 Wohnviertel: Kinder und Jugendliche wissen, was sie brauchen und haben ein Recht
120 mitzureden.

121 Grün wählen für:

122 Offene Jugendarbeit – Schule öffnen, Selbstverwaltung unterstützen

123 Die Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit sind öffentliche Schutzräume für eine
124 selbstbestimmte Freizeitgestaltung für und von Kindern und Jugendlichen. Wir
125 wollen die Offene Jugendarbeit als bedeutendes Arbeitsfeld außerschulischer
126 Lernerfahrungen stärken und modernisieren. Dabei sollen auch gendersensible
127 Ansätze gestärkt werden. Neben dem Erhalt der vorhandenen Einrichtungen setzen
128 wir uns dafür ein, die Öffnung von Schulen für Einrichtungen der Offenen Kinder-
129 und Jugendarbeit zu prüfen. Damit können sich Schulen zu einem Begegnungs- und
130 kulturellen Lebensort auch außerhalb des unterrichtlichen Lernens
131 weiterentwickeln – auch für Kinder und Jugendliche aus dem Umfeld der Schulen.
132 Da, wo es Bestrebungen nach selbstverwalteten offenen Einrichtungen und Zentren
133 gibt, werden wir sie unterstützen.

134 Erhaltung und Schaffung von Freiräumen - Ausprobieren erwünscht

135 Der öffentliche Raum gehört uns allen, unabhängig von Alter und Einkommen.

136 Insbesondere Jugendliche benötigen nichtkommerzielle Freiräume für ihre
 137 kulturellen, kreativen oder sportlichen Aktivitäten oder einfach nur als
 138 informelle Treffpunkte, die sie spontan nutzen. Wir setzen uns dafür ein, dass
 139 es entsprechende Freiräume und Flächen in jedem Stadtteil gibt, auf denen sich
 140 Jugendliche mit ihren kulturellen, musischen oder sportlichen Aktivitäten
 141 ausprobieren können. Das betrifft auch Proberäume für junge Bands. Gerade bei
 142 informellen Treffpunkten von Jugendlichen setzen wir bei Konflikten, die aus
 143 unterschiedlichen Bedürfnissen – gerade von jungen Menschen gegenüber älteren –
 144 entstehen, auf Dialog und Kompromisse anstatt auf Verbote.

145 Mitbestimmung von Anfang an – Jugendforen und Jugendparlament
 146 Wir wollen die größtmögliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der
 147 Entwicklung unserer Stadt. Denn nur, wer früh ernst genommen wird und spürt,
 148 dass man Dinge selbst verändern kann, lernt von Beginn an Demokratie. Wir setzen
 149 uns deshalb dafür ein, dass Kinder und Jugendliche an allen Entscheidungen, die
 150 sie betreffen, beteiligt werden. Ihre Meinungen, Wünsche und Vorstellungen
 151 können sie am besten dann äußern, wenn sie an allen Orten ihres Aufwachsens
 152 mitbestimmen können. Das betrifft ihr tägliches Lebensumfeld in Kitas und
 153 Schulen. Das betrifft aber auch Fragen von Stadtplanung und Stadtentwicklung,
 154 von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit, Spielplätzen, kulturellen Angeboten,
 155 informellen Treffpunkten, Freiräumen oder auch Mobilität. Die stadtweiten
 156 Jugendforen sind dabei ein gutes und bewährtes Instrument. Sie bieten in jedem
 157 Stadtteil eine offene Beteiligungsmöglichkeit zu allen Fragen des Stadtteils,
 158 des Stadtbezirks und der gesamten Stadt. Es muss sichergestellt werden, dass
 159 möglichst viele Kinder und Jugendliche diese Möglichkeit nutzen können. Dazu
 160 braucht es professionelle Unterstützung. Darüber hinaus wollen wir die
 161 Einrichtung eines Jugendparlaments prüfen.

162 Beteiligung am Kinder- und Jugendförderplan
 163 Der bisherige Kinder- und Jugendförderplan wird für die Jahre 2021-2025
 164 fortgeschrieben. Wir setzen uns dafür ein, dass im Rahmen eines weitreichenden
 165 Beteiligungsverfahrens Kinder und Jugendliche an der Erstellung beteiligt
 166 werden. Das betrifft insbesondere die Schwerpunktsetzung des Förderplans für die
 167 kommenden Jahre. Um Integration erfolgreich zu gestalten, gehört dabei auch die
 168 Situation der vielen neu zugewanderten jungen Menschen und ihrer Familien in den
 169 Fokus der Kinder- und Jugendförderplanung. Wichtig ist uns auch die
 170 Berücksichtigung genderspezifischer Angebote.

171 1.3 Queer dir deine Welt

172 Für viele Menschen ist die Tatsache, dass andere nicht heterosexuell sind, immer
 173 noch nicht normal. Die sexuelle Identität darf aber kein Grund sein, Menschen
 174 auszugrenzen, sie zu benachteiligen oder sogar anzugreifen. Gerade das Coming-
 175 out, das oft während der Jugend stattfindet, ist dabei eine große
 176 Herausforderung für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere
 177 Jugendliche.

178 Grün wählen für:

179 Akzeptanz und Gleichstellung aller sexuellen Identitäten von Kindern und
 180 Jugendlichen
 181 Wir setzen uns dafür ein, dass die verschiedenen sexuellen Identitäten von
 182 Jugendlichen akzeptiert werden und gleichgestellt sind, dass jede Person in
 183 ihrer individuellen Entwicklung bestärkt wird. Wir unterstützen das Projekt

184 SUNRISE als Treffpunkt und Beratungsstelle für junge Lesben, Schwule, bi-, pan-
185 und asexuelle, queere, trans*, inter* und nonbinary Menschen. Auch Schule und
186 Jugendarbeit sind gefordert, dabei uneingeschränkte Unterstützung zu leisten.
187 Wir setzen uns für eine dauerhafte Förderung des SCHLAU-Projekts ein, mit dem
188 Schulen und Jugendeinrichtungen besucht werden, um Workshops zum Thema sexuelle
189 und geschlechtliche Vielfalt durchzuführen.

190 Gendergerechte Jugendarbeit stärken
191 Wir wollen, dass gendergerechte Jugendarbeit gestärkt wird. Die Interessen von
192 Mädchen drohen oftmals in der Jugendpolitik und Jugendarbeit übersehen zu
193 werden. Wir wollen Mädchen mit ihren spezifischen Interessen und ihren
194 Bedürfnissen sichtbar machen und ernst nehmen und setzen uns dafür ein,
195 Freiräume zu schaffen, in denen sie ihre eigenen Stärken und Fertigkeiten
196 entwickeln können. Wir unterstützen das Dortmunder Mädchen Netzwerk als
197 kommunales Bündnis für die Belange und Bedürfnisse von Mädchen und jungen
198 Frauen.

199 Auch die spezifischen Bedürfnisse von Jungen sollen in der Jugendarbeit
200 Beachtung finden: Oft fehlen positive Rollenbilder abseits traditioneller
201 Männlichkeitsbilder, die Jungen Orientierung bieten können. Traditionelle
202 Männlichkeitsbilder setzen Jungen unter Druck, reproduzieren klassische
203 Rollenverteilungen und drängen Jungen und Männer zu einem riskanteren
204 Lebensstil.

205 1.4 Nachhaltige Unterstützung Jugendlicher

206 Wir Grüne wollen eine gut ausgestattete Jugendhilfe, die junge Menschen – und
207 auch die jungen Volljährigen – beim Aufwachsen unterstützt.

208 Grün wählen für:

209 Gute Ausstattung von Streetwork
210 Die Zahl junger Menschen ohne festen Wohnsitz steigt. Wir wollen die
211 Unterstützungsangebote für sie ausweiten. Dazu zählt auch ein konzeptionell und
212 personell gut ausgestattete Streetwork für den Kontakt direkt vor Ort. Auch das
213 bis 2021 laufende Projekt „Rampe II“ im Stadtbezirk Hörde, das sich als Projekt
214 der aufsuchenden Jugendarbeit insbesondere an Jugendliche im Stadtteil richtet,
215 die durch soziale Probleme in ihrer Entwicklung gefährdet sind, wollen wir in
216 ein gesamtstädtisches Streetwork-Konzept aufnehmen.

217 Langfristige Unterstützung für Care-Leaver
218 Jugendliche scheiden mit 18 Jahren aus der Jugendhilfe aus. Viele, die vorher
219 eine Unterstützung des Jugendamtes erhalten haben, bekommen sie danach nicht
220 mehr, benötigen sie aber dringend – sei es bei der Wohnungssuche, bei der Suche
221 nach einer Ausbildung oder einem Beruf oder bei alltäglichen Problemen. Wie
222 andere Jugendliche auch sind sie oft mit 18 Jahren noch nicht gut vorbereitet
223 für ein eigenständiges Leben. Wir setzen uns dafür ein, dass solche „Care-
224 Leaver“ auch nach der Beendigung der Jugendhilfe weiter pädagogisch unterstützt
225 werden und sich selbst organisieren können.

226 Verhindern von Radikalisierung junger Menschen
227 Wir setzen uns dafür ein, dass junge Menschen nicht in menschenverachtende und
228 gewaltverherrlichende Ideologien abgleiten, seien sie rechtsextremistisch oder
229 islamistisch. Das gelingt nur durch eine Kultur des Hinschauens. Mit einer
230 Präventionsstrategie wollen wir Radikalisierung von Anfang an verhindern. Diese

231 muss sich mit Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen junger Menschen
 232 beschäftigen und Barrieren, die einer gleichberechtigten Teilhabe im Weg stehen,
 233 beseitigen. Um den Nährboden für Radikalisierung trocken zu legen, braucht es
 234 eine starke Kinder- und Jugendhilfe und gute Schulen, die Vielfalt und
 235 Beteiligung leben. Vorhandene Beratungs- und Unterstützungsangebote wollen wir
 236 erhalten und ausbauen.

237 2.Vorschulische Bildung und Erziehung

238 Dortmund wächst. In den letzten Jahren ist die Zahl neugeborener Kinder
 239 gestiegen. Auch durch den Zuzug von Zuwander*innen und ihren Familien leben
 240 viele zusätzliche Kinder in unserer Stadt. Das freut uns. Laut einer Prognose
 241 des Deutschen Jugendinstituts wird die Zahl der Kinder unter drei Jahren in
 242 Dortmund weiter steigen – im Jahr 2025 laut Prognose auf über 19.000. Das hat
 243 Auswirkungen auf die notwendigen Betreuungsmöglichkeiten bis zur Schulpflicht.
 244 Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder in Dortmund dieselben guten
 245 Startchancen für ihr Leben haben – unabhängig von ihrer sozialen oder sonstigen
 246 Herkunft. Gleichzeitig ist jedes Kind einzigartig und hat von Anfang an ein
 247 Recht auf die bestmögliche individuelle Förderung. Qualitativ gute,
 248 verlässliche, ausreichende und finanzierbare bzw. möglichst kostenfreie
 249 Betreuungsmöglichkeiten sind dabei ein wichtiger Schlüssel. Trotz der großen
 250 Ausbaubemühungen der letzten Jahre und aktuell reichen die geschaffenen Plätze
 251 in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege derzeit nicht aus.

252 2.1 Ausbau der Betreuungsplätze

253 Für jedes Kind muss bei Bedarf ein qualitativ guter Betreuungsplatz in einer
 254 Kindertageseinrichtung oder der Kindertagespflege zur Verfügung stehen.
 255 Insbesondere bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren gibt es trotz aller
 256 bisherigen Bemühungen weiterhin großen Handlungsbedarf. Die bisher geplante
 257 Anzahl von Betreuungsplätzen für 41 Prozent der unter Dreijährigen reicht für
 258 die steigende Zahl von Kindern einerseits und die Bedürfnisse vieler Eltern
 259 andererseits nicht aus.

260 Grün wählen für:

261 Ausbau qualitativ guter Betreuungsplätze

262 Das Betreuungsangebot muss gerade für unter dreijährige Kinder deutlich und
 263 schnell ausgeweitet werden. Beim Ausbau sind vorrangig die Stadtbezirke mit den
 264 aktuell niedrigsten Versorgungsquoten zu berücksichtigen.
 265 Insbesondere für Kinder von drei Jahren bis zur Schulpflicht muss
 266 schnellstmöglich in allen Bezirken eine 100-prozentige Versorgung mit Plätzen
 267 gewährleistet sein. Wir setzen uns dafür ein, dass für Kinder mit Behinderung
 268 oder von Behinderung bedrohte Kinder auch weiterhin ausreichend Plätze in den
 269 Dortmunder Tageseinrichtungen zur Verfügung stehen.

270 Ausweitung der Betreuungszeiten

271 Ob alleinerziehend, berufstätig oder durch flexiblere Arbeitszeiten – die
 272 Lebensrealität vieler Familien und Eltern hat sich in den letzten Jahren aus
 273 vielen Gründen gravierend verändert. Das hat auch Auswirkungen auf zeitliche
 274 Abläufe und Strukturen und damit auch auf Ansprüche an die Kinderbetreuung.
 275 Feste Betreuungszeiten in den Kindertageseinrichtungen werden dem nicht mehr
 276 gerecht. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Betreuungszeiten in Kitas
 277 und Tagespflege weiter ausgeweitet und flexibler werden.

278 Ausbau von Familienzentren

279 Aktuell gibt es in Dortmund 88 Kindertagesstätten, die als Familienzentren
280 zertifiziert sind, sowie fünf weitere Einrichtungen, die sich in der
281 Zertifizierungsphase befinden. Familienzentren sollen Eltern den Zugang zu
282 niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten erleichtern und insbesondere in einem
283 Quartier mit besonderen sozialen Problemlagen dazu beitragen, die
284 gesellschaftliche Teilhabe benachteiligter Familien zu fördern und damit einen
285 Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit zu leisten. Wir setzen uns dafür ein, die
286 Zahl der Familienzentren weiter auszubauen.

287 Ausbau von Kinderstuben

288 Kinderstuben sind Großpflegestellen, in denen höchstens neun Kinder von drei
289 Tagespflegepersonen betreut werden. Der pädagogische Schwerpunkt liegt dabei in
290 den Bereichen Sprachbildung und Bewegung und soll die Kinder auf den Übergang in
291 die Kindertagesstätte vorbereiten. Gleichzeitig bieten die Kinderstuben ein
292 niederschwelliges Angebot für Eltern und ermöglichen insbesondere für
293 Bevölkerungsgruppen mit besonderen Zugangsschwierigkeiten einen leichten
294 Einstieg in das Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungssystem. Wir wollen die Zahl
295 der Kinderstuben insbesondere in den Aktionsräumen Soziale Stadt weiter
296 ausbauen.

297 Kostenfreie Kitas als langfristiges Ziel

298 Unser grundsätzliches Ziel ist eine kostenfreie Betreuung in
299 Kindertageseinrichtungen und Tagespflege – so wie beim Schulbesuch. Hier steht
300 die Landesregierung in der finanziellen Verantwortung. Es reicht nicht aus, dass
301 durch das Land nur die letzten beiden Kitajahre kostenfrei gestellt werden.
302 Solange es die generelle Kostenbefreiung durch das Land nicht gibt, fordern wir
303 statt der aktuell von Stadt zu Stadt unterschiedlichen Elternbeiträge eine
304 landesweit einheitliche bemessen.
305 Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass in der städtischen Beitragssatzung
306 die Einkommensgrenze Stück für Stück angehoben wird. Damit können zusätzlich
307 mehr einkommensschwache Eltern als bisher beitragsfrei gestellt werden. Eine
308 Reduktion des Elternbeitrages darf allerdings nicht auf Kosten einer
309 Verbesserung der Qualität und des dringend benötigten Ausbaus von Kita- und
310 Kindertagespflegeplätzen passieren.

311 Trägervielfalt beim Ausbau

312 Wir wollen beim weiteren Ausbau von Kindertageseinrichtungen an der bewährten
313 Dortmunder Trägervielfalt festhalten und sie ausbauen. Das betrifft insbesondere
314 auch die Unterstützung von Elterninitiativen. Dabei sollte der Anteil der
315 städtischen FABIDO-Einrichtungen an den gesamtstädtischen Betreuungsplätzen
316 mindestens 30 Prozent betragen. Eine solche Trägerstruktur schafft für alle
317 Eltern die Möglichkeit, eine geeignete Einrichtung ihrer Wahl zu suchen.
318 Städtische Grundstücke für den Bau neuer Tageseinrichtungen wollen wir möglichst
319 in Erbpacht an Investoren vergeben. Die Vermietung darf anschließend nur an
320 gemeinnützige, nicht-gewinnorientierte freie Träger oder an den städtischen
321 Träger FABIDO erfolgen. Eine qualitativ gute Kinderbetreuung ist vorrangig eine
322 gesellschaftliche Aufgabe und kein Geschäft. Sie darf nicht vom Geldbeutel der
323 Eltern abhängig sein. Die Errichtung und den Betrieb privater Tageseinrichtungen
324 sehen wir deshalb kritisch. Zusätzliche erhobene Elternbeiträge lehnen wir ab.
325 Bei Aus- und Aufbau von Kitas ist darauf zu achten, dass insbesondere die
326 Bedürfnisse von kleineren Kindern (U2) berücksichtigt werden.

327 Transparente und leichte Anmeldung
328 Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu Betreuungsangeboten transparenter
329 und leichter wird. Erstmals konnte für die Anmeldung zum Kindergartenjahr
330 2020/21 das digitale Anmeldeverfahren des KITA Plus-Portals genutzt werden. Wir
331 wollen das Verfahren evaluieren und weiterentwickeln, insbesondere auch im
332 Hinblick auf die Vergabe von Plätzen in der Kindertagespflege. Das Kita-Portal
333 muss für Familien zu einer spürbaren Erleichterung bei der Suche nach einem
334 Betreuungsplatz führen.

335 2.2 Qualität in der Betreuung

336 In Kitas und anderen Einrichtungen geht es nicht nur um Betreuung, sondern auch
337 um Bildung. An diesem Anspruch orientiert muss jede Einrichtung ausgestattet und
338 ausgestaltet werden. Wie wollen eine kindgerechte Bildung von Anfang an.
339 Frühkindliche Bildung ist ein entscheidender Schlüssel zu Teilhabe und
340 Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder. Je früher ein Kind Zugangschancen zu
341 Bildung erhält, desto weniger wirkt sich der Zusammenhang zwischen Herkunft und
342 Bildungserfolg aus. Diesem Anspruch muss die Ausstattung unserer
343 Kindertageseinrichtungen als frühkindliche Bildungseinrichtungen gerecht werden.

344 Grün wählen für:

345 Kindergerechte Bildung von Anfang an
346 Wir setzen uns für eine qualitativ hochwertige Betreuung in den Einrichtungen
347 mit der verbindlichen Umsetzung pädagogischer Qualitätskriterien ein. Kitas an
348 sozialräumlichen Standorten mit besonderem Bedarf benötigen eine zusätzliche
349 Ausstattung an Personal. Wir setzen uns dafür ein, kulturelle Angebote in den
350 Einrichtungen auszubauen.
351 Wir wollen die interkulturelle Ausrichtung der Kindertagesbetreuung und die
352 Sprachbildung zum Nutzen aller Kinder stärken und fördern.

353 Bewegung in die Kita
354 Unseren Kindertageseinrichtungen kommt eine besondere Bedeutung bei der
355 Förderung einer gesunden Entwicklung und ausreichenden Bewegung von Kindern zu.
356 Immer mehr Kinder leiden an Haltungsschäden, Übergewicht, Koordinationsstörungen
357 und Beeinträchtigungen der Wahrnehmungsfähigkeit. Bewegung muss deshalb
358 selbstverständlicher Teil der Arbeit in Kitas sein.
359 Schon jetzt wird der Bewegungsförderung in den Kindertagesstätten eine große
360 Bedeutung beigemessen, einige verstehen sich explizit als Bewegungskitas. Der
361 Landesportbund verleiht das Gütesiegel „Anerkannter Bewegungskindergarten“ an
362 Kitas, die gezielt mit örtlichen Sportvereinen zusammenarbeiten. Wir wollen die
363 Bedingungen dafür verbessern und den Anteil von Bewegungskitas ausbauen. Wir
364 setzen uns dafür ein, dass Kitas über eigene Bewegungsräume verfügen und die
365 Kooperationen mit Sportvereinen ausgebaut und intensiviert werden.

366 Gesunde KITA – gesundes Essen
367 Immer mehr Kinder bleiben tagsüber immer länger in ihren Kitas. Ein frisches
368 gesundes, abwechslungsreiches und frisches Essen gehört für uns mit dazu – mit
369 Lebensmitteln überwiegend aus der Region und bio. Das haben wir für die
370 städtischen Kitas bereits vor Jahren beantragt. Wir unterstützen, dass für die
371 Verpflegung in allen Kitas das „optiMIX“-Gütesiegel des Forschungsinstitutes für
372 Kinderernährung angewendet wird.
373 Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst viele Einrichtungen über eigene Küchen
374 verfügen, in denen die Mahlzeiten frisch zubereitet und die Kinder daran

beteiligt werden können. Damit wollen wir schon Kinder für eine gesunde und abwechslungsreiche Ernährung begeistern. Für Neubauten von Kindertageseinrichtungen sind ausreichend ausgestattete Küchen fest einzuplanen. Bei Bestandseinrichtungen wollen wir durch An- und Umbauten vorhandene Küchen optimieren und Gruppenküchen einrichten.

Waldkitas, Faire Kitas und Bildung für nachhaltige Entwicklung
Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder schon im frühen Alter mit der Natur in Kontakt kommen. Das ist gut für die Gesundheit und stärkt die Verbindung mit der Natur. Wir wollen deshalb die Gründung von Waldkitas fördern.
Neben Grundwerten und Fähigkeiten lernen Kinder in der Kita vor allem, dass sie gestalten können und ihre Handlungen Auswirkungen auf andere und ihre Umgebung haben. Dieser Gedanke wird in den Grundsätzen der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) aufgegriffen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Aspekt der Nachhaltigkeit schon in der Arbeit der Kitas verankert wird. Bis 2021 werden sich bereits alle städtischen Tageseinrichtungen zu „Fairen Kitas“ zertifizieren lassen.

Guter Übergang von der Kita in die Schulen
Der Übergang von Kita und Tagespflege in das erste Schuljahr ist für viele Kinder und Eltern ein gravierender Schritt. Mit einer engen Kooperation der Einrichtungen soll der Übergang erleichtert und verbessert werden. Das betrifft insbesondere auch die Zeit zwischen dem letzten Tag in der Kita und dem ersten Schultag. Diese mehreren Wochen der Sommerferien ohne reguläres Betreuungsangebot stellen viele Eltern vor große organisatorische Probleme. Wir setzen uns für die Schaffung eines koordinierten Übergangsmanagements zwischen Kitas und Schulen ein, in das auch Betreuungsmöglichkeiten durch Kitas und Schulen einbezogen werden.

2.3 Unterstützung des Personals in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen

Die Arbeit in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen steht und fällt – sowohl qualitativ, als auch quantitativ – mit den Menschen, die dort arbeiten. Sie verdienen Respekt für ihre Arbeit.
Mit diesem Grundsatz wollen wir in Dortmund Politik im Bereich Kinderbetreuung machen.

Grün wählen für:

Aufwertung von Bildungs- und Betreuungsarbeit
Die Ansprüche an die Betreuungs- und Bildungsarbeit in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege und damit auch an die Beschäftigten steigen. Wir setzen uns für eine gerechte und faire Entlohnung und vermehrte Investitionen in die Ausbildung von Erzieher*innen ein. Auch dadurch soll die Betreuungsarbeit in Kitas und Tagespflege aufgewertet und attraktiver werden. Um den Anteil der männlichen Erziehenden in den Kitas zu steigern, setzen wir uns für die Entwicklung eines Konzeptes ein, das für pädagogische Berufe wirbt. Die praxisintegrierte Ausbildung wollen wir weiter ausbauen. Gendersensible Erziehung soll weiter gefördert werden.

Sozialarbeit in Kindertageseinrichtungen
Wir wollen besonders benachteiligte Kinder und Familien schon in den Kindertageseinrichtungen frühzeitig erreichen und begleiten. Neben den schon vorhandenen Strukturen kann insbesondere Sozialarbeit in Kitas effektiv dazu

beitragen. Damit sollen Kindern schon im Kindergartenalltag gute Teilhabeperspektiven geboten, familiäre und soziale Notlagen frühzeitig erkannt sowie Kompetenzen von Kindern und ihren Familien gefördert und gestärkt werden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, zunächst in bestimmten Stadtteilen feste Stellen für Sozialarbeiter*innen in Kindertageseinrichtungen einzurichten und damit ein zusätzliches Unterstützungsangebot für Familien mit Kindern von der Geburt bis zum Schuleintritt zu schaffen.

3. Schule und Bildung

Dortmund ist ein vielfältiger Bildungsstandort. In unserer Stadt gibt es über 150 Schulen aller Schulformen in öffentlicher sowie 26 Schulen in freier Trägerschaft. Wir wollen unsere Schulen weiter stärken, verbessern und gerechter machen. Denn die Zukunftsperspektiven unserer Kinder sind uns GRÜNEN ein Herzensanliegen. Ihre gemeinsame Bildung in gut ausgestatteten Schulen ist ein Schlüssel, um ihnen ein freies, erfolgreiches, erfülltes, sicheres und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und sie zu einer solidarischen gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen. Wir wollen ein Bildungssystem, das Kindern Geborgenheit, Selbstvertrauen und Sicherheit gibt. Wir setzen uns dafür ein, dass jedes einzelne Kind unabhängig von seinen Startvoraussetzungen bestmöglich gefördert wird und seine Potenziale entfalten kann. Ein gutes Bildungssystem muss deshalb für uns immer auch ein gerechtes Bildungssystem mit realen Chancen für alle sein.

3.1 Stärkung der Dortmunder Schullandschaft

Gute Bildung braucht gute Schulen. Uns geht es nicht nur um Bildungsinhalte, sondern auch darum, wie gelernt wird und wie eine gute Lernumgebung aussehen muss.

Grün wählen für:

Ausbau und Sanierung unserer Schulen

Gute Bildung braucht gute Schulen. Uns geht es nicht nur um Bildungsinhalte, sondern auch darum, wie gelernt wird und wie eine gute Lernumgebung aussehen muss. Wir wollen die bestmöglichen Schulen, barrierefrei mit ausreichendem Platz, mit einer zeitgemäßen und modernen technischen Ausstattung für Schüler*innen und Lehrer*innen, mit einer Mensa für die Verpflegung bei Ganztagsangeboten, mit sauberen Toiletten, mit eigenen Schulgärten, mit Platz zum Spielen, Toben und Abhängen.

In den letzten Jahren sind zusätzlich 4.000 Schüler*innen an den Dortmunder Schulen aufgenommen worden. Und die Zahlen werden absehbar weiter steigen. Geplant sind deshalb in den kommenden Jahren Investitionen von rund 880 Millionen Euro für Neu- und Ausbauten sowie für Sanierungen. Wir wollen, dass alle Schulformen davon möglichst schnell und zielgerichtet profitieren. Das wollen wir mit einem Sonderbudget Schulbau sicherstellen.

Grundschulen ausbauen und zu Familienzentren weiterentwickeln

Die Grundschulen sind das Fundament der Schulbildung unserer Kinder. Sie verdienen deshalb unsere besondere Wertschätzung und Unterstützung. Die Anzahl der Schüler*innen an den Grundschulen wird in den kommenden Jahren um ca. 3.000 auf dann 25.500 steigen.

In fast allen Stadtbezirken steigt der Bedarf an Schulplätzen stark an. Wir

469 setzen uns dafür ein, dass die notwendigen Neu- und Ausbauten kontinuierlich und
470 schnellstmöglich realisiert werden. Alle vorhandenen Grundschulstandorte sind
471 vor dem Hintergrund der steigenden Kinderzahl zu erhalten. Bei Planungen von
472 Neubaugebieten ist die Notwendigkeit neuer Schulen bzw. des Anbaus vorhandener
473 Schulen zu berücksichtigen. Die Schulentwicklungsplanung muss kontinuierlich und
474 zeitnah fortgeschrieben werden.

475 Wir wollen unsere Grundschulen zu Familienzentren weiterentwickeln. Damit soll
476 die bewährte Arbeit der Familienzentren in Kindertageseinrichtungen auf die
477 Grundschulen ausgeweitet werden. Das erleichtert Eltern den Zugang zu
478 niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten, holt verschiedene Akteure aus dem
479 Stadtteil in die Schulen und stärkt präventive Netzwerke. Dazu braucht es auch
480 ein gutes und koordiniertes Übergangsmanagement zwischen Kitas und Grundschulen.

481 Starke weiterführenden Schulen und längeres gemeinsames Lernen
482 Die steigende Zahl der Schüler*innen an den Primarstufen hat auch Auswirkungen
483 auf unsere weiterführenden Schulen. Sowohl bei den Gymnasien als auch bei den
484 Gesamtschulen besteht akuter Handlungsbedarf, das zeigen die Anmeldezahlen der
485 letzten Jahre.

486 Im gemeinsamen Lernen liegt die Zukunft. Auch in Dortmund wählen immer mehr
487 Eltern aus diesem Grund die Gesamtschulen für ihre Kinder. Das begrüßen und
488 unterstützen wir. Seit Jahren reichen gesamtstädtisch die Plätze allerdings
489 nicht aus, perspektivisch fehlen mehrere hundert Plätze. Die bereits
490 beschlossenen Erweiterungen an drei Gesamtschulen sowie die Umwandlung der
491 Reinoldi-Sekundarschule in Westerfilde in eine Gesamtschule können nur ein
492 erster Schritt sein, um die fehlenden Kapazitäten zu schaffen. Wir setzen uns
493 bei einem weiteren Anstieg der Nachfrage für eine zusätzliche neue Gesamtschule
494 ein.

495 Auch bei den Gymnasien steigen die Anmeldezahlen. Zusätzlich führt die
496 begrüßenswerte Rückkehr zu G9 stadtweit zu zusätzlichem Raumbedarf. Notwendig
497 ist deshalb ein Ausbau der Kapazitäten der vorhandenen Gymnasien sowie eventuell
498 die Errichtung einer zusätzlichen Schule. Wir setzen uns dafür ein, dass noch
499 vorhandene Schulcontainer schnellstmöglich durch die notwendigen Ausbauten der
500 Gymnasien ersetzt werden. Dabei ist zum Ausbau der Ganztagsangebote auch der Bau
501 notwendiger Mensen zu berücksichtigen.

502 Auf dem Weg hin zu einem inklusiven Bildungssystem brauchen wir bis auf weiteres
503 auch die Unterstützung durch Förderschulen. Eltern, die sich für ihre Kinder für
504 eine Förderschule entscheiden, müssen dazu ausreichende Möglichkeiten haben. Vor
505 dem Hintergrund der prognostizierten Steigerung der Kinderzahlen ist bei den
506 Förderschulen kontinuierlich der Bedarf an Schulplätzen zu überprüfen.

507 Wir wollen unsere acht städtischen Berufskollegs weiter stärken. Sie nehmen
508 verschiedene Aufgaben im Bildungssystem wahr und sind unverzichtbar bei der
509 dualen Ausbildung. Berufskollegs bieten die Möglichkeit nachholender
510 Schulabschlüsse bis hin zu Abitur und Fachabitur, sind wichtig als Fachschulen,
511 sorgen für Orientierung und Ausbildungsreife, leisten wertvolle Arbeit bei
512 Integration und Inklusion. Wir setzen uns dafür ein, die Entwicklungsplanung der
513 Berufskollegs kontinuierlich fortzuschreiben und die Weiterentwicklung zu
514 Regionalen Berufsbildungszentren zu prüfen. Ähnlich wie für die Sekundarstufe I
515 wollen wir ein Übergangsmonitoring für die Übergänge aus Berufskollegs,
516 Gesamtschulen und Gymnasien entwickeln.

517 Ausweitung qualitativ hochwertiger Ganztagsangebote

518 Wir setzen uns dafür ein, dass der Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz

in den Grundschulen und den Sekundarstufen der weiterführenden Schulen in Dortmund möglichst zügig umgesetzt wird, um schon vor 2025 alle Kinder mit Bedarf versorgen zu können.

Jedes Kind soll bei Bedarf einen Ganztagsplatz in seiner Schule erhalten – in einer gebundenen Ganztagschule oder im Offenen Ganztage. Dabei wollen wir die klassische Trennung zwischen Unterricht und anschließender Betreuung an den Schulen durchbrechen. Das gilt für die Inhalte und die Teamarbeit mit multiprofessionellen Fachkräften ebenso wie für ein gemeinsames Raumkonzept. Eine gute, qualitativ hochwertige und verlässliche Betreuung nach dem Unterricht ist nicht nur familienfreundlich, sondern bietet auch Raum für gemeinsames formelles und informelles Lernen. Im Ganztage können sich Kinder erproben, ihre Kreativität entwickeln und erleben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ganztagsangebote grundsätzlich kostenlos angeboten werden.

Eine gebundene Ganztagschule jeder Schulform in jedem Stadtbezirk

In Dortmund sind momentan 14 Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien sowie alle neun Gesamtschulen gebundene Ganztagschulen, in denen alle Schüler*innen verbindlich an den Ganztagsangeboten teilnehmen. Wir wollen die Zahl dieser Schulen bedarfsgerecht und in partizipativen Prozessen ausweiten. Ein erstes Ziel ist eine gebundene Ganztagschule jeder Schulform in jedem Stadtbezirk.

Schneller Ausbau der OGS-Plätze

Auch die Plätze im Offenen Ganztage (OGS) wollen wir massiv ausbauen – an den Grundschulen sowie an den weiterführenden Schulen für die Schüler*innen der Sekundarstufe I. Stadtweit stehen nur für etwas mehr als 50 Prozent der Grundschüler*innen OGS-Plätze zur Verfügung. Die aktuellen Planungen sehen einen Ausbau bis 2022/23 auf dann ca. 15.000 Plätze vor. Gleichzeitig steigt stadtweit die Zahl der Kinder weiter stark an, der Bedarf vieler Eltern für einen OGS-Platz wächst. Die Ausbauplanungen müssen deshalb beschleunigt und erweitert werden. Dabei sind für den Ganztage neben notwendigen Um- und Anbauten auch die bereits vorhandenen Schulräume in den Schulen zu nutzen. Allein mit kommunalen Mitteln ist das nicht zu schaffen. Wie setzen uns deshalb dafür ein, dass die Bundesregierung neben dem notwendigen Ausbau auch die Betriebskosten über die Länder bedarfsdeckend finanziert.

3.2 Gute Schulen in Dortmund

Wir wollen eine schulische Bildung, die Kindern Selbstvertrauen, Sicherheit und Geborgenheit, gibt. Bildung muss die Freude am Lernen, die jedes Kind mitbringt, erhalten und fördern. Unser Verständnis von Leistung ist: Jedes Kind wird nach seinen individuellen Stärken gefordert und gefördert. Nur so kann es sich in einem anregenden und geschützten Rahmen entfalten und Leistung erbringen kann. Wir wollen dafür in Dortmund die Rahmenbedingungen schaffen.

Grün wählen für:

Digitale Bildung in unseren Schulen

Die Digitalisierung verändert massiv die Art und Weise, wie wir leben, lernen und arbeiten. Kinder und Jugendliche wachsen in einer Welt auf, in der digitale Medien und das Internet gewöhnlich und jederzeit verfügbar sind. Dies erfordert neues Wissen, vor allem aber neue Kompetenzen.

Dazu zählen für uns nicht nur die Technik des Programmierens, sondern auch die Beschäftigung mit Risiken, Funktionsweisen und Chancen sowie eine umfassende Medienkompetenz. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Schulen dafür bestmöglich

567 ausgerüstet sind. Entscheidend sind dabei nicht nur eine funktionierende
 568 Hardware, sondern insbesondere die Unterstützung durch medienpädagogisches
 569 Fachpersonal und die kontinuierliche Weiterbildung von Lehrer*innen. Die für die
 570 Dortmunder Schulen durch den Digitalpakt Schule zur Verfügung stehenden
 571 finanziellen Mittel sind vollständig und fristgerecht für die Ausstattung mit
 572 digitaler Präsentationstechnik sowie für digitale Arbeitsgeräte und Tablets zu
 573 verwenden. Der städtische Masterplan „Digitale Bildung“ ist unter Beteiligung
 574 aller relevanten Akteur*innen kontinuierlich weiterzuentwickeln.

575 Inklusive Schulen

576 Die größtmögliche Teilnahme aller Menschen am gesellschaftlichen Leben – dafür
 577 steht der Grundgedanke der Inklusion. Das gilt auch für den Zugang zu Bildung.
 578 Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass alle Kinder an allen Schulen und allen
 579 Schulformen willkommen sind. Wir stehen für das Recht auf die bestmögliche
 580 soziale und schulische Entwicklung aller Schüler*innen, für ein inklusives
 581 Schulsystem, für gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und
 582 ohne Beeinträchtigungen.
 583 Am Gemeinsamen Lernen an den allgemeinbildenden Schulen in Dortmund nehmen
 584 momentan ca. 2.400 Schüler*innen mit Förderbedarf teil. Wir wollen durch die
 585 Schaffung guter Rahmenbedingungen Eltern, Lehrer*innen und Kinder zur Teilnahme
 586 am gemeinsamen Unterricht ermutigen. Insbesondere die Gymnasien wollen wir
 587 ermuntern, sich für das Gemeinsame Lernen zu öffnen.
 588 Für einen Ausbau des gemeinsamen Lernens muss das Land die Lehrkräfte für
 589 sonderpädagogische Förderung an den Schulen zur Verfügung stellen. Wir setzen
 590 uns dafür ein, dass die benötigten räumlichen Voraussetzungen für ein
 591 gemeinsames Lernen geschaffen werden. Unsere Schulen sind dabei grundsätzlich
 592 barrierefrei zu gestalten bis hin zur Raumausstattung und -gestaltung.

593 Kostenloses Ticket für alle Schüler*innen

594 Der Zugang zu Bildung und Teilhabe darf nicht durch Mobilitätsschranken
 595 erschwert werden. Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu einer
 596 umweltfreundlichen Mobilität mit Bussen und Bahnen erleichtern, sie dafür
 597 begeistern – und das möglichst kostenlos. Das sehen wir auch als ersten Schritt
 598 auf dem Weg zu einem grundsätzlich kostenlosen ÖPNV. Das Schokoticket für
 599 Schüler*innen ist aktuell an Voraussetzungen geknüpft, die nicht alle Kinder
 600 erfüllen. Das liegt vor allem an der Entfernung zur jeweiligen Schule.
 601 Insbesondere Familien mit geringen Einkommen, die keine Transferleistungen
 602 beziehen, sowie nicht anspruchsberechtigte kinderreiche Familien sind zusätzlich
 603 benachteiligt.
 604 Daher wollen wir stufenweise allen Schüler*innen und Azubis die kostenlose
 605 Nutzung des ÖPNV ermöglichen.

606 Gesunde und naturnahe Schulen

607 Gute Schule heißt für uns auch: Gesunde Schule. Das betrifft insbesondere die
 608 Mittagsversorgung in Schulen mit einem Ganztagsangebot. Wir setzen uns dabei für
 609 eine qualitativ gute Ernährung ein, bei der überwiegend regionales und Bio-Essen
 610 angeboten wird. Und: Kein Essen ohne Mensa. Im Rahmen verstärkter
 611 Ganztagsangebote wollen wir ein Ausbauprogramm von Mensen an den Schulen auf den
 612 Weg bringen. Darüber hinaus fordern wir die kostenlose Versorgung an den
 613 Schulen mit Wasser, zum Beispiel durch Trinkbrunnen.
 614 Wir wollen an unseren Schulen die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)
 615 stärken. Damit sollen Schüler*innen befähigt werden, die Auswirkungen des
 616 eigenen Handelns zu verstehen und verantwortungsvolle, nachhaltige

617 Entscheidungen zu treffen – gerade auch bei Umwelt- und Klimaschutz.
618 Das auf GRÜNEN Antrag beschlossene Schulgärtenprogramm ist dazu ein wichtiger
619 Beitrag. Wir wollen vorhandene Schulgärten unterstützen und neue Schulgärten
620 schaffen. Dazu sollen auch Kooperationen mit schulnahen Kleingartenvereinen
621 initiiert werden, insbesondere dort, wo Schulen kein eigenes Gelände zur
622 Verfügung stellen können.

623 Schulbiologisches Zentrum für nachhaltige Entwicklung
624 Wir wollen das Schulbiologische Zentrum im Botanischen Garten Rombergpark und
625 dem Zoo Dortmund zu einem Schulbiologischen Zentrum für nachhaltige Entwicklung
626 weiterentwickeln. Immer mehr, gerade auch junge Menschen beschäftigen sich mit
627 den Auswirkungen ihrer Lebensweise und ihres Konsums auf Andere und auf
628 nachfolgende Generationen. Bildung für nachhaltige Entwicklung soll dabei
629 helfen, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen, zu
630 einem zukunftsfähigen Denken und Handeln zu befähigen und verantwortungsvolle,
631 nachhaltige Entscheidungen zu treffen. Die bisherige gute Arbeit des
632 Schulbiologischen Zentrums als außerschulischer Lernort soll deshalb
633 entsprechend konzeptionell ausgebaut werden.

634 Sichere Schulwege
635 Kinder und Jugendliche müssen sicher zu ihren Schulen und auch zu ihren Kitas
636 kommen – mit dem Bus, dem Rad, dem Roller oder auch zu Fuß. Wir wollen die
637 selbstbestimmte, sichere und nachhaltige Mobilität von Kindern und Jugendlichen
638 fördern und stärken. Dazu braucht es Mobilitätskonzepte an Schulen und Kitas mit
639 und für Kinder, Eltern, Lehrer*innen und Erzieher*innen. Das Programm „So läuft
640 das“ zur Förderung von Kinder- und Jugendmobilität hat in den vergangenen Jahren
641 entsprechende Konzepte für erste Grundschulen erarbeitet. Wir setzen uns dafür
642 ein, dass das Programm „So läuft das“ Schritt für Schritt auf alle Grundschulen
643 und weiterführenden Schulen sowie für Kitas ausgeweitet wird.

644 Öffnung von Schule - Entwicklung von Bildungs Kooperationen
645 Zur stärkeren Vernetzung und dem Ausbau von Themen im Rahmen der globalen
646 Nachhaltigkeitsziele (Nachhaltigkeit, Klima, Umweltpädagogik, Fair Trade) setzen
647 wir uns dafür ein, dass projektbezogene Bildungs Kooperationen mit
648 Bildungsträgern der Umweltpädagogik und/oder Kultureinrichtungen entwickelt
649 werden.

650 Schulhöfe neu denken
651 Schulhöfe sind mehr als nur ein Pausenraum. Sie sind Raum für Erholung, aber
652 auch der Bewegung und der Kommunikation. Schulhöfe sollen Neugier wecken,
653 Lernmöglichkeiten bieten, Phantasie und Kreativität fördern, zu Spiel und
654 Bewegung einladen, Raum für Rückzug und Entspannung bereithalten, das soziale
655 Zusammenleben fördern, die Bedürfnisse und Bedarfe von Mädchen und Jungen
656 berücksichtigen. Viele Schulhöfe erfüllen diese Anforderungen nicht. Das wollen
657 wir mit einem eigenen Programm zur Umgestaltung von Schulhöfen ändern.
658 Wir setzen uns dafür ein, dass Schulhöfe gemeinsam mit den Kindern und
659 Jugendlichen der Schule, aber auch aus dem Stadtteil geplant werden. In
660 zahlreichen Wohngebieten und Stadtteilen gibt es nur wenige Spiel- und
661 Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Daher ist es wichtig,
662 Schulhöfe in der unterrichtsfreien Zeit für Kinder und Jugendliche der
663 Nachbarschaft zu öffnen und sie als wertvolle Spielressourcen mit anderen
664 Spielplätzen und Grünflächen zu vernetzen.

665 3.3 Gerechte Schulen

666 Grüne Bildungspolitik hat Bildungsgerechtigkeit zum Ziel. Wir wollen
 667 Bildungsbenachteiligung in Folge unterschiedlicher Voraussetzungen bekämpfen.
 668 Frühzeitige Selektion muss verhindert und der sozialräumlichen Spaltung einen
 669 Riegel vorgeschoben werden. In Dortmund ist jedes dritte Kind unter 15 Jahren
 670 von Armut betroffen oder von Armut bedroht. Wer arm ist, hat schlechtere
 671 Bildungschancen. Wir wollen diesen Zustand nachhaltig verändern und die sehr
 672 unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen vieler Kinder verbessern. Deshalb gilt
 673 beim Zugang zu Bildung für uns: Was ungleich ist, wird ungleich behandelt.

674 Grün wählen für:

675 Sozialindex für Dortmunder Schulen

676 Die Schulen mit den größten sozialen und pädagogischen Herausforderungen
 677 benötigen die größte Unterstützung. Das Land ist aufgefordert, die Zuweisung von
 678 Lehrer*innenstellen unter der Zielsetzung von Bildungsgerechtigkeit mit einem
 679 Sozialindex besser und effektiv zu steuern. Die Stadt als Schulträgerin muss
 680 materielle Ressourcen verstärkt an jenen Schulen bündeln, an denen der Bedarf am
 681 größten ist. Dazu wollen wir die Erarbeitung eines schulscharfen Sozialindex in
 682 Dortmund als Steuerungsinstrument

683 Erhalt und Ausbau der Schulsozialarbeit

684 Kinder und Jugendliche wachsen in einer Gesellschaft auf, die von starken
 685 Veränderungen geprägt ist. Schulsozialarbeiter*innen unterstützen sie bei der
 686 Verbesserung ihrer Lern- und Lebenssituation. Das dient auch der
 687 Chancengerechtigkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Dortmunder Schulen
 688 mindestens eine Stelle für Schulsozialarbeit erhalten. Land und Bund werden wir
 689 weiterhin auffordern, die Finanzierung der Schulsozialarbeit sicherzustellen.

690 Schulbegleitung – Gerechter Zugang zur Bildung für alle

691 Schulbegleitung – die Unterstützung der betroffenen Kinder im Unterricht, im
 692 Schulalltag und bei Ganztagsangeboten – ist ein wichtiges und unverzichtbares
 693 Instrument für einen gemeinsamen Unterricht von Schüler*innen mit und ohne
 694 Beeinträchtigungen. Über 1.000 Schüler*innen in Dortmund nutzen inzwischen
 695 dieses Unterstützungsangebot.
 696 Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind bei Bedarf Unterstützung durch eine
 697 Schulbegleitung erhält. Und auch für die Schulen gilt: Dort, wo Hilfe bei der
 698 Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigung benötigt wird, muss
 699 sie gewährt werden. Dort, wo veränderte Rahmenbedingungen des Unterrichtens
 700 Unterstützungsleistungen für Schulen notwendig machen, soll die Kooperation von
 701 Schulen und Jugendhilfe gestärkt werden. Der Handlungsrahmen zur Schulbegleitung
 702 in Dortmund ist kontinuierlich zu evaluieren und weiter zu entwickeln

703 Schule als Lebens- und Bildungsort für alle

704 Wir wollen unsere Schulen über den Unterricht hinaus als Lebens- und
 705 Bildungsorte öffnen. Denn die Zeiten, in denen Schulen hermetisch abgeschlossene
 706 Systeme waren, gehören der Vergangenheit an. Schon jetzt haben viele
 707 Ganztagschulen Vereinbarungen mit außerschulischen Partnern getroffen,
 708 kooperieren mit Jugendhilfe, Inklusionsexpertinnen und -experten, Sportvereinen
 709 und Einrichtungen der kulturellen Bildung. Wir setzen uns dafür ein, dass sich
 710 Schulen für ihren Stadtteil zu Begegnungs- und kulturellen Lebensorten auch
 711 außerhalb des schulischen Lernens weiterentwickeln. Dazu zählt für uns auch, die
 712 Öffnung von Schulen für Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu

713 prüfen. Schulen rücken dadurch in das Bewusstsein der Bürger*innen und es
 714 entsteht ein Gemeinschaftsgefühl, das die Identifikation mit der ‚eigenen‘
 715 Schule erhöht und damit auch zur Reduzierung von Vandalismus und Gewalt
 716 beitragen kann.

717 4. Wirtschaft und Beschäftigung

718 Wirtschaftliche Strukturen unterliegen einem kontinuierlichen Wandel. Dortmund
 719 hat sich in den vergangenen Jahrzehnten von einem Bier-, Kohle- und Stahlrevier
 720 zu einem vielfältigen Wirtschaftsstandort mit einer gesunden Mischung aus
 721 kleinen und großen Unternehmen aus Handwerk, Handel, Dienstleistung, Gewerbe und
 722 Industrie entwickelt. Das stellt den Standort in Zeiten des Strukturwandels gut
 723 auf.

724 Florierende Stadtteile mit vielen innovativen Betrieben können große Wirkung
 725 entfalten und Standortvorteile schaffen, die auch für andere nützlich sind. Wir
 726 wollen das Profil einer dynamischen Stadt mit guten Arbeitsbedingungen schärfen,
 727 Kooperationen und Verbünde fördern, Beteiligung bei der Standortentwicklung
 728 sicherstellen, alte Industrieareale umnutzen, einzigartige Produktions- und
 729 Lebensorte gemeinsam mit den Unternehmen und Anwohner*innen vor Ort schaffen.
 730 Nachhaltiges und solidarisches Wirtschaften sollten aus GRÜNER Sicht der
 731 Normalfall sein. Wir wollen ökologische Gewerbegebiete, innovative Lösungen bei
 732 Digitalität und Mobilität sowie gute Arbeit mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen
 733 und Ausbildungs- oder Betreuungsangeboten.

734 Wir wollen Dortmunder Unternehmen stärken und sie auf ihrem Weg in die digitale
 735 und auf Klimaschutz ausgerichtete Zukunft unterstützen. Wir wollen innovative
 736 Betriebe mit ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit und mit langfristiger
 737 wirtschaftlicher Profitabilität für Dortmund gewinnen.

738 4.1 Die Märkte der Zukunft sind grün

739 Die wirtschaftliche Entwicklung sozial und ökologisch zu gestalten, ist eine
 740 große Herausforderung. Dazu gehört insbesondere, die vorhandenen Unternehmen in
 741 ihrem Bemühen um mehr Nachhaltigkeit zu unterstützen. Denn der Erfolg ansässiger
 742 Unternehmen hängt zukünftig stark davon ab, wie nachhaltig sie ihre
 743 Arbeitsbedingungen, ihre Produktionsprozesse und ihre Produkte gestalten.

744 Grün wählen für:

745 Neunutzung von Industriebrachen

746 In der Grünen Wirtschaft gibt es viel Potenzial für Neuansiedlungen, deshalb
 747 soll sich die Dortmunder Wirtschaftsförderung verstärkt um die Ansiedlung von
 748 Unternehmen mit ökologischem und sozialem Bewusstsein bemühen. In künftigen
 749 Gewerbegebieten müssen Klima- und Umweltschutz eine deutlich größere Rolle
 750 spielen als bisher.

751 Ansiedlungspolitik beginnt mit dem Bereitstellen von Gewerbeflächen. Dafür
 752 wollen wir aber keine wertvollen Freiflächen wie Groppenbruch, Buddenacker und
 753 Osterschleppweg versiegeln.

754 Unternehmen sollen sich primär in vorhandenen Gewerbegebieten und auf
 755 Industriebrachen ansiedeln. Nachverdichtung ist auch hier ein wichtiges
 756 Stichwort. Phoenix-West und die ehemalige Kokerei Hansa sind gute Vorbilder
 757 dafür, wie Industriekultur und innovative Wirtschaftsunternehmen
 758 zusammengebracht werden können.

759 Altlasten stellen häufig ein Problem für die Vermarktung der Flächen dar. Hier
 760 ist das Land gefordert, Dortmund bei der Sanierung belasteter Flächen mit den

761 nötigen Fördergeldern zu unterstützen. Eine Ausweitung von Gewerbegebieten soll
 762 erst dann diskutiert werden, wenn alle zur Verfügung stehenden Flächenpotenziale
 763 ausgeschöpft sind.

764 Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Vermarktungsstrukturen
 765 Der Auf- und Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten
 766 für Lebensmittel, Verbrauchsgegenstände und Dienstleistungen ist ein wichtiger
 767 Baustein für eine nachhaltige Wirtschaft. Als Teil der Metropole Ruhr kann
 768 Dortmund mit seiner Wirtschaftspolitik Einfluss nehmen, dass Wertschöpfung,
 769 qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze und Entwicklungsperspektiven für
 770 die Region geschaffen werden. Über die gezielte Ansiedlung und Förderung
 771 regionaler Unternehmen werden Transport-, Energie- und Versorgungsstrukturen
 772 ressourcenschonender gestaltet.
 773 Wir setzen uns deshalb für eine regionale, branchenübergreifende Vernetzung
 774 sowie Regionalvermarktung ein. Dafür wollen wir z.B. im Bereich der Lebensmittel
 775 die Zusammenarbeit regionaler Vermarktungsinitiativen mit Öko-Anbauverbänden und
 776 mit Unternehmen, die in der Regionalvermarktung aktiv sind, stärker
 777 unterstützen.

778 Bessere Nutzung digitaler Möglichkeiten
 779 Wir GRÜNE wollen in Zusammenarbeit mit den Dortmunder Wissenschaftseinrichtungen
 780 unsere Stadt als digitalen Standort zum Vorteil der hier lebenden und
 781 arbeitenden Menschen weiterentwickeln. Dabei wollen wir vor allem die Chancen
 782 für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine nachhaltige
 783 Entwicklung nutzen. Wir wollen einen Arbeitsschwerpunkt zur Energie- und
 784 Nachhaltigkeitsberatung bei der Wirtschaftsförderung ansiedeln, um Unternehmen
 785 dabei zu unterstützen, durch den Einsatz innovativer Technologien ihre
 786 Umweltverträglichkeit zu verbessern. Dazu gehört auch eine flächendeckende
 787 Versorgung mit Breitband.

788 4.2 Infrastruktur als Standortfaktor für Unternehmen und Arbeitskräfte

789 Wichtige Standortfaktoren für Unternehmen sind ein großes Potenzial hoch
 790 qualifizierter Arbeitskräfte, die Einbindung in eine leistungsfähige
 791 Infrastruktur – sowohl beim klimafreundlichen Verkehr als auch bei der
 792 Kinderbetreuung und bei kulturellen Angeboten – sowie ein weltoffenes Klima, in
 793 dem sich Unternehmer*innen und Mitarbeiter*innen gleichermaßen wohlfühlen
 794 können. Sie machen die Attraktivität unserer Stadt als Arbeits-, Wirtschafts-
 795 und Wohnstandort aus.

796 Grün wählen für:

797 Eine gute Anbindung der Gewerbegebiete an den ÖPNV und das Radwegenetz
 798 Der Weg zur Arbeit ohne Auto muss zeitlich und finanziell attraktiv sein. Bei
 799 der Ausweisung und Nutzung von Gewerbeflächen müssen umweltfreundliche
 800 Mobilitätskonzepte deshalb von Beginn an mitgeplant werden (s. auch Kapitel
 801 Mobilität).

802 Betriebe, die ihre Beschäftigten bei der Nutzung umwelt- und
 803 gesundheitsfördernder sowie kostenbewusster Verkehrsmittel unterstützen,
 804 reduzieren damit die Belastungen für Umwelt und Klima. Sie müssen bei der
 805 Radwege- und Nahverkehrsplanung mitberücksichtigt werden.

806 Eine intelligente und ressourcenschonende Transportlogistik
 807 Güter werden in Dortmund immer noch hauptsächlich per Lkw transportiert, was

808 wesentlich zur Verstopfung unserer Straßen beiträgt. Dabei hat Dortmund im
809 Gegensatz zu anderen Städten die Möglichkeit, zu einer ökologisch sinnvollen
810 Transformation des Güterverkehrs beizutragen. Dortmund hat einen der größten
811 Kanalhäfen Europas, ist mit der Hafen AG an Eisenbahnunternehmen beteiligt und
812 hat ein international bekanntes Fraunhofer-Institut, das über jahrzehntelange
813 Erfahrung mit Logistikplanung verfügt.
814 Wir GRÜNE stehen für die konsequente Nutzung dieser Potenziale zur Förderung des
815 Schienengüterverkehrs und der Nutzung der Wasserstraßen zur Bündelung von
816 Transporten. Unter einer intelligenten Transportlogistik verstehen wir aber auch
817 die Vermeidung unnötiger Einzeltransporte, denn der Weg, der erst gar nicht
818 stattfindet, trägt am meisten zum gesunden Klima bei. Für die Lieferverkehre in
819 die City wollen wir die Nutzung von Cargo-Fahrrädern und emissionsfreien Lkw
820 unterstützen.

821 Förderung von betriebsnahen Kinderbetreuungsangeboten
822 Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein entscheidender Standortfaktor
823 für die Attraktivität von Unternehmen als Arbeitgeber. Wir möchten Unternehmen
824 bei der Einrichtung betriebsnaher Angebote zur Kinderbetreuung unterstützen, die
825 die städtischen Betreuungsangebote ergänzen. Entscheidend für ein gutes Angebot
826 sind Kita-Öffnungszeiten, die sich an die Betriebszeiten der Unternehmen
827 anpassen, um vor allem alleinerziehende Elternteile zu unterstützen. Dabei sind
828 auch die Arbeitszeiten von Eltern in Schichtdiensten zu berücksichtigen.

829 Vernetzung der lokalen Wirtschaft mit den Wissenschaftseinrichtungen
830 Wir wollen den Austausch der Stadt mit der Wissenschaft stärken und mehr
831 Gelegenheiten schaffen, bei denen die Hochschulen mit ihren wissenschaftlichen
832 Erkenntnissen in einen konstruktiven Dialog mit der Industrie und dem Handwerk
833 treten. Dafür wollen wir den Masterplan Wissenschaft kontinuierlich
834 fortschreiben und um Aspekte praxisnaher sozialer Innovation ergänzen. Die
835 Kooperationen der Hochschulen im Ruhrgebiet sollen erhalten und weiter gefördert
836 werden. Die Zusammenführung der FH-Standorte auf dem ehemaligen HSP-Gelände
837 unterstützen wir.

838 4.3 Gründungen fördern – Wirtschaft fördern

839 Für Gründer*innen wird in Dortmund schon jetzt viel getan. Wir wollen, dass der
840 Start in die Selbstständigkeit ohne Hürden beginnt. Dazu gehört für uns ein Ort,
841 an dem alle Informationen für die verschiedenen Zielgruppen gebündelt zur
842 Verfügung stehen: von der Geburt einer Geschäftsidee über die Entwicklung eines
843 Businessplans, die Beschaffung von Venture Capital, die Gewerbeanmeldung bis zur
844 Gesellschaftsgründung und der weiteren Beratung. Das beinhaltet auch die
845 Beratung zu Förderprogrammen über die Gründungsphase hinaus. Dies kann mit dem
846 neu geplanten Gründungs- und Innovationscampus in der Speicherstraße entstehen.
847 Dafür muss sichergestellt werden, dass alle Gründungsangebote der Stadt dort
848 unter einem Dach zusammengeführt und dauerhaft gesichert werden.

849 Grün wählen für:

850 Gründer*innenzentrum

851 Das Gründerinnenzentrum fördert heute vor allem weibliche Solo-
852 Selbstständigkeit, diese birgt jedoch oft die Gefahr späterer Altersarmut. Daher
853 wollen wir den Fokus des Angebots auf nachhaltig wachsende Unternehmen verlagern
854 und besser mit den anderen Angeboten der Gründungsförderung verzahnen. Zudem
855 kann eine stärkere Zusammenarbeit des Gründerinnenzentrums mit dem Centrum für

856 Entrepreneurship und Transfer der TU Dortmund (CET) dazu beitragen,
857 technikaffine Gründungen von Frauen zu fördern.

858 Migrantische Ökonomie

859 Neben dem Erhalt des Gründerinnenzentrums haben wir uns immer wieder für die
860 Wertschätzung und Unterstützung migrantischer Unternehmer*innen eingesetzt. Ihre
861 Unternehmen sind ein untrennbarer Bestandteil der lokalen Ökonomie – nicht nur
862 in der Nordstadt. Diese Entwicklung muss als Bereicherung eines vielfältigen
863 Dortmunds gefördert werden.

864 Am Gründungscampus sollen die Angebote für alle Zielgruppen gebündelt werden –
865 auch für migrantische Unternehmer*innen. Das Deutsch-Internationale
866 Wirtschaftszentrum Nordstadt (DIWN), dessen Bestand zunächst nur bis 2021
867 gesichert ist, soll deshalb dauerhaft finanziert und im Gründungscampus
868 angesiedelt werden, damit diese Gründer*innen nach Bedarf eine
869 migrationsspezifische Beratung erhalten können.

870 Kreativwirtschaft

871 Neue Ideen brauchen Räume, Infrastruktur, Fördermaßnahmen und Starthilfen. Auch
872 für Start-up-Ideen im Bereich der Kreativwirtschaft ist mehr städtische
873 Infrastruktur notwendig. Im neu geplanten Hafenquartier soll deshalb Raum für
874 ein entsprechendes Gründungszentrum mitgedacht werden.

875 Wir Grüne wollen mit einem kreativwirtschaftlichen Zentrum in Dortmund einen
876 Treffpunkt schaffen, wo sich Start-ups aus der Kreativwirtschaft austauschen,
877 Ideen weiterentwickeln und sich gegenseitig inspirieren können.

878 Pop-up-Stores und Zwischennutzungen

879 Wir wollen kreative Ansätze von Zwischennutzungen und Angebote wie Pop-up-
880 Stores, also kurzfristige Einzelhandelsgeschäfte in leer stehenden
881 Geschäftsräumen, weiterverfolgen. Dortmunder Start-ups und Menschen aus der
882 Kultur- und Kreativwirtschaft können in diesem Rahmen ihre Produkte vorstellen
883 und ihren möglichen Erfolg erproben. Auch die Wirkung auf die Stadtteile ist
884 positiv, wenn Läden nicht leer stehen und wechselnde Angebote die Zentren
885 beleben.

886 4.4 Gute Arbeit schaffen, Ökonomie und Gemeinwohl verbinden

887 Das Wohl von Mensch und Umwelt muss mit den ökonomischen Zielen in Einklang
888 gebracht werden. Wir GRÜNE wollen in Dortmund Unternehmen ansiedeln, die
889 sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Beschäftigungen bieten.
890 Zusätzlich wollen wir Umweltschutz, soziale Aspekte und wirtschaftliche Dynamik
891 in ein neues Gleichgewicht bringen. Unsere Zukunft hängt unmittelbar davon ab,
892 ob es gelingt, wirtschaftliches Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln.
893 Wirtschaftliche Aktivitäten können z.B. durch Billiglöhne und CO2 Emissionen
894 negative Auswirkungen auf Menschen, Gesellschaft und Umwelt haben. Wir möchten,
895 dass Wachstum und Wettbewerb nachhaltig und fair gestaltet wird. Daher sollen
896 insbesondere bei der Auftragsvergabe der Stadt Unternehmen, welche
897 verantwortungsvoll mit der Umwelt, den Menschen und der Gesellschaft umgehen,
898 bevorzugt behandelt werden.

899 Grün wählen für:

900 Gemeinwohlbilanz für städtische Betriebe

901 Wir wollen auf der Grundlage des Public Corporate Governance Kodexes der Stadt,
902 in dem die Grundsätze guter Unternehmensführung definiert sind, zunächst für

903 alle städtischen Betriebe eine Gemeinwohlbilanz erstellen. (s. Kapitel Stadt-
904 Verwaltung)
905 Bei der Wirtschaftsförderung müssen die nötigen Kompetenzen geschaffen werden,
906 um interessierte Unternehmen bei der Erstellung einer Gemeinwohlbilanz zu
907 unterstützen.

908 Existenzsichernde Beschäftigung durch qualifizierte Ansiedlungspolitik fördern
909 Wir GRÜNE wollen, dass die Wirtschaftsförderung Dortmund ihre Leistungsfähigkeit
910 gezielt dazu nutzt, durch eine qualifizierte Ansiedlungspolitik dauerhafte und
911 existenzsichernde Beschäftigung für alle Qualifikationen nach Dortmund zu holen.
912 Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Digitalisierung von
913 Bedeutung, die nicht weniger, aber andere Arbeitsplätze schaffen wird.

914 Gute Ausbildung

915 Als Schnittstelle im Kontakt zu Betrieben und Unternehmen soll die
916 Wirtschaftsförderung gemeinsam mit den Fachbereichen Schule und Jugend verstärkt
917 Ausbildungsplatzangebote insbesondere für bildungsferne Zielgruppen erschließen.
918 Vorhandene Brückenprogramme im Übergangsfeld Schule/Beruf sollen ausgebaut
919 werden. Dabei sollen zielgerichtete Programme insbesondere die Ausbildung im
920 Handwerk fördern.
921 Nicht alle Abiturient*innen wollen an die Hochschule. Wir möchten das Potenzial
922 dieser Schüler*innen nutzen, um Programme wie „Meister statt Master“
923 voranzubringen.

924 4.5 Die Potenziale der Metropole Ruhr nutzen

925 Für die wirtschaftliche Entwicklung der Region – und damit auch der Stadt
926 Dortmund – muss das Kirchturmdenken zugunsten eines regionalen
927 Wirtschaftsstandortes und eines regionalen Arbeitsmarktes überwunden werden.
928 Eine überregionale Zusammenarbeit, wie auf Ebene der Business Metropole Ruhr
929 (BMR) oder des Regionalverbands Ruhr (RVR) vorgesehen, vermindert den
930 Konkurrenzkampf der Kommunen, dient der neuen Nutzung industrieller Brachflächen
931 und ist damit auch ein ökologischer Beitrag zur Verminderung des
932 Freiflächenverbrauchs. Regionale Kooperationsstandorte sind dafür ein wichtiger
933 Beitrag und sollen verstärkt entwickelt werden. Ansiedlungswillige Unternehmen
934 sollen auch regional vermittelt werden, wenn in der jeweiligen Kommune keine
935 geeignete Fläche bereitgestellt werden kann.

936 Grün wählen für:

937 Aufträge für die regionale Wirtschaft

938 Aktivitäten der kommunalen Unternehmen, die weitere Existenzgründungen vor Ort
939 stützen und neue Arbeitsplätze in innovativen mittelständischen Unternehmen zur
940 Folge haben, sehen wir positiv. All das dient direkt und indirekt den
941 Dortmunderinnen und Dortmundern. Wir GRÜNE unterstützen es deshalb, wenn die
942 Stadt und die städtischen Unternehmen ebenso wie private Unternehmen ihre
943 Aufträge an lokale oder regionale Mittelständler*innen vergeben. Es ist ein
944 Beitrag, Arbeitsplätze in der Stadt wie der Region zu schaffen und Investitionen
945 vor Ort zu fördern.

946 Regionale abgestimmte Ansiedlung von Einzelhandel

947 Unsere Innenstädte müssen lebendig bleiben. Eine gute Entwicklung des
948 Einzelhandels ist dafür ein wichtiger Baustein und die Basis für ein
949 pulsierendes öffentliches Leben. Neben einem zunehmenden Onlineangebot schwächen

950 uniforme Geschäftstypen die Entwicklung der Stadtzentren. Wir wollen, dass sich
 951 die Städte des Ruhrgebiets nicht als Konkurrenten begreifen, sondern sich in der
 952 Belebung ihrer Innenstädte unterstützen.
 953 Unsere Innenstädte müssen lebendig bleiben. Wir wollen, dass sich die Städte des
 954 Ruhrgebiets nicht als Konkurrenten begreifen, sondern sich in der Belebung ihrer
 955 Innenstädte unterstützen. Statt uniformierter Einkaufspassagen soll sich die
 956 Einzigartigkeit jeder Stadt und jedes Stadtteils auch in Läden einer
 957 Einkaufspassage widerspiegeln. Wir setzen uns gegen große
 958 Einzelhandelsansiedlungen in nicht integrierten Lagen ein und befürworten eine
 959 Stadt der kurzen Wege mit einer vielfältigen und guten Nahversorgung.

960 Einheitliche Gewerbesteuersätze im Ruhrgebiet
 961 Wir wollen die Vereinheitlichung der Gewerbesteuersätze im Ruhrgebiet, um den
 962 Wettbewerb der Städte in der Region mit einer Subventionierung
 963 ansiedlungswilliger Unternehmen zu beenden. Dies dient auch der Stärkung
 964 interkommunaler Gewerbegebiete.

965 5. Stadt und Verwaltung

966 Dortmund ist nicht nur der Ort, an dem über 600.000 Menschen leben. Dortmund ist
 967 auch Verwaltungszentrum, Arbeitgeberin und eine kommunalwirtschaftliche
 968 Organisation. Als Kommune ist Dortmund dem Wohlergehen einer und eines jeden
 969 Einzelnen innerhalb dieser Gemeinschaft verpflichtet. Ziel der städtischen
 970 Unternehmenstätigkeit ist damit vor allem die Daseinsvorsorge, aus der sich
 971 besondere Ansprüche sowohl an das eigene Handeln als auch an den Umgang mit
 972 Bürger*innen oder anderen Kommunen sowie an die Eigenbetriebe und
 973 Tochterunternehmen ableiten.
 974 Der wichtigste Punkt für uns: Die Unternehmen im Bereich der Pflichtaufgaben der
 975 Daseinsvorsorge bleiben unter demokratischer Kontrolle. Sie gehören nicht in
 976 private Hand – auch nicht in Teilen. Wir wollen eine starke kommunale
 977 Selbstverwaltung, eine Politik- und Verwaltungskultur, die auf Mitsprache
 978 ausgerichtet ist und eine Beteiligung der Bürger*innen aktiv fördert. Wir
 979 verstehen Verwaltung als Serviceangebot an die Dortmunder*innen. Und wir wollen
 980 eine Stadt, die fair, integrativ und nachhaltig handelt, die sich der
 981 Verantwortung gegenüber ihren rund 10.000 Mitarbeiter*innen bewusst ist und die
 982 den Ausbau digitaler Angebote zum Nutzen der hier lebenden Menschen vorantreibt.

983 5.1 Bürger*innen-nahes Dortmund

984 Wir unterstützen den von der Stadt begonnenen Prozess zum Aufbau einer
 985 transparenten und bürgernahen Stadtverwaltung. Die Verwaltung soll ihre
 986 Kompetenzen verstärkt dafür einsetzen, den Dortmunder*innen die Erledigung
 987 weiterer Anliegen – neben der Vor-Ort-Beratung – auch online zu ermöglichen. In
 988 beiden Fällen müssen die Formulare für alle verständlich und nutzbar, also
 989 sowohl barrierefrei als auch mehrsprachig sein. Wir wollen die Möglichkeiten der
 990 Digitalisierung nutzen und dabei die Bürger*innen und die städtischen
 991 Mitarbeiter*innen mitnehmen.

992 Grün wählen für:

993 Weiterentwicklung des Service für die Bürger*innen
 994 Die Arbeitsweise von Verwaltungsstellen muss den Bedürfnissen und Lebenslagen
 995 der Bürger*innen entsprechen. Wer vormittags Kinder betreut, nur am Wochenende
 996 in Dortmund ist oder tagsüber arbeiten muss, kann derzeit die Bürgerdienste

997 nicht ohne Weiteres nutzen. Wir wollen deshalb die Öffnungszeiten für die
 998 Kund*innen und damit auch die Arbeitszeiten der Mitarbeiter*innen flexibler
 999 gestalten, auch an Nachmittagen und einzelnen Samstagen. Für ältere und
 1000 mobilitätseingeschränkte Menschen wollen wir die barrierefreie Erreichbarkeit
 1001 sämtlicher Verwaltungsstellen. Alle Informationen müssen für jede und jeden klar
 1002 verständlich sein: in allen häufig vorkommenden Fremdsprachen und in leichter
 1003 Sprache. Wichtige politische Entscheidungen werden nach dem Beispiel des jüngst
 1004 beschlossenen Klimabarometers in verständlich aufbereiteter Form kommuniziert.

1005 Digitalisierung von Rathaus und Verwaltung
 1006 Das Onlinezugangsgesetz (OGZ) verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, bis Ende
 1007 2022 einen Großteil der Verwaltungsleistungen digital anzubieten. Auf kommunaler
 1008 Ebene müssen wir die Digitalisierung jetzt konsequent umsetzen – unter Beachtung
 1009 des Datenschutzes. Deshalb wollen wir die Einführung barrierefreier digitaler
 1010 Verwaltungsverfahren beschleunigen. Dazu gehört, das Bürger*innen-Portal im
 1011 Internet weiter auszubauen, um mehr Dokumente und Anliegen online abwickeln und
 1012 so Wartezeiten verkürzen zu können. Wir wollen, dass Behörden- und
 1013 Verwaltungsangelegenheiten wie etwa die Ummeldung des Wohnsitzes oder die
 1014 Beantragung von Kindergeld schnell und einfach über das Internet erledigt werden
 1015 können. Die sichere Identifizierung über den elektronischen Personalausweis bei
 1016 Behördengängen via Internet ist dafür die Voraussetzung.

1017 5.2 Die Stadt als attraktive Arbeitgeberin

1018 Von Kommunen wird zu Recht erwartet, dass sie sich auch als Arbeitgebende
 1019 gemeinwohlorientiert verhalten und gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen
 1020 bieten.
 1021 Wir wollen, dass die öffentliche Verwaltung und die städtischen Betriebe die
 1022 Arbeitszeit soweit flexibilisieren, dass sich Familie und Beruf noch besser
 1023 vereinbaren lassen. Frauen und Männer sollen generell gleiche Berufschancen und
 1024 Karrieremöglichkeiten haben, das ist eins der grundsätzlichen GRÜNEN Ziele.
 1025 Verwaltung und Stadttöchter haben Vorbildcharakter. Dementsprechend sollen sie
 1026 insbesondere den nach Dortmund geflüchteten Menschen berufliche Perspektiven
 1027 bieten. Gute Arbeitsbedingungen und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie sichere
 1028 Arbeitsplätze machen die Stadt Dortmund auf dem immer enger werdenden Markt der
 1029 Fachkräfte attraktiv.

1030 Grün wählen für:

1031 Vorbildfunktion der Stadt in der Ausbildung
 1032 Die Stadt Dortmund leistet schon jetzt durch ihr Ausbildungsangebot für
 1033 Schulabgänger*innen aller Schulformen und Abschlüsse einen wichtigen Beitrag zur
 1034 Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und übernimmt Vorbildfunktion für andere
 1035 Unternehmen. Einen Großteil ihres Personalbedarfs deckt sie durch eigene
 1036 Nachwuchskräfte. In diesem Jahr gründete die Stadt mit dem Zentrum für
 1037 Ausbildung und Kompetenzen (ZAK) eine zentrale Einrichtung für Aus- und
 1038 Weiterbildung der Mitarbeitenden. Sie folgt damit dem zunehmenden Bedarf an
 1039 zusätzlichen Kenntnissen und Kompetenzen, nicht nur für Auszubildende. Schon
 1040 jetzt wird eine Vielzahl von Ausbildungsgängen für unterschiedliche
 1041 Schulabschlüsse angeboten. Diesen Weg unterstützen wir und wollen insbesondere
 1042 das Angebot für Schüler*innen mit eingeschränkten Chancen auf dem Arbeitsmarkt
 1043 weiter ausbauen. Dafür wollen wir nicht nur das schon bestehende Projekt zur

1044 Förderung von Hauptschüler*innen ausweiten, sondern auch weitere Sonderformen
1045 zusätzlich zum geplanten Ausbildungsangebot einführen

1046 Frauen in Führungspositionen

1047 Noch immer gibt es in der Verwaltung zu wenig Frauen in Führungspositionen,
1048 obwohl ein Großteil der Mitarbeiter*innen bei der Stadt weiblich ist. Wir GRÜNE
1049 wollen, dass Frauen auch auf den oberen Ebenen adäquat vertreten sind. Deshalb
1050 wollen wir sie ermutigen und unterstützen, sich auf Führungspositionen zu
1051 bewerben. Dies geschieht z.B. durch Mentoring-Programme und Vernetzung. Wir
1052 wollen, dass die Stadt hierzu spezifische Angebote für Frauen bereitstellt. In
1053 Kooperation mit dem Gleichstellungsbüro sollen zudem mehr Programme gegen
1054 geschlechterstereotype Berufswahl aufgelegt werden.
1055 Von einer geschlechtergerechten Verteilung der Positionen in den Aufsichtsräten,
1056 Vorständen und Geschäftsführungen sind auch die städtischen Eigenbetriebe und
1057 Tochterunternehmen nach wie vor weit entfernt. Ein Blick in den
1058 Beteiligungsbericht zeigt, dass die dort ausgewiesenen Vorstände hauptsächlich
1059 männlich besetzt sind. Wir wollen, dass die Regelungen des
1060 Landesgleichstellungsgesetz NRW in den Eigenbetrieben und städtischen Töchtern
1061 Anwendung finden und Vorstände, Aufsichtsräte und Geschäftsführung jeweils zur
1062 Hälfte mit Frauen besetzt werden.

1063 Mehr Väter in Elternzeit

1064 Noch ist es bei vielen Arbeitgeber*innen eher verpönt, wenn Väter Elternzeit
1065 nehmen – vor allem, wenn sie mehr als die ihnen zugedachten zwei Monate ihre
1066 Erwerbstätigkeit unterbrechen. Wir wollen Unternehmen davon überzeugen, dass
1067 wirklich gute Arbeitgeber*innen Väter in ihrem Vorhaben unterstützen, die Hälfte
1068 der Elternzeit zu nehmen. In der Stadtverwaltung und in den städtischen Töchtern
1069 wollen wir eine Kampagne anstoßen, die Väter dazu motiviert. Studien zeigen,
1070 dass hier für Männer Vorbilder im beruflichen Umfeld von besonderer Bedeutung
1071 sind. Wir wollen dafür sorgen, dass diese Vorbilder in Dortmund sichtbar und
1072 mehr werden.

1073 Fortschreiben des Personal- und Organisationskonzeptes

1074 Die Stadt Dortmund ist zusammen mit den städtischen Beteiligungen der größte
1075 lokale Arbeitgeber. Dennoch fehlt in einigen Bereichen, vor allem im Planungs-
1076 und Baubereich oder im Sozial- und Jugendhilfebereich, zunehmend Personal. Bis
1077 2035 wird zudem ein Anteil von rund 40 Prozent der jetzigen Belegschaft
1078 altersbedingt aus der Stadtverwaltung ausscheiden.
1079 Wir GRÜNE haben uns früh für die Einführung eines detaillierten Personal- und
1080 Organisationskonzepts in der Verwaltung eingesetzt. Dies muss kontinuierlich
1081 fortgeschrieben werden, um auf veränderte Aufgaben und Herausforderungen wie z.
1082 B. den Fachkräftemangel im Ingenieurwesen reagieren zu können. Das Konzept muss
1083 insbesondere die Entwicklungen durch den Masterplan „Digitale Verwaltung –
1084 Arbeiten 4.0“ berücksichtigen.
1085 Wir wollen, dass durch Weiterbildung und Zusatzausbildung Karrierepfade – auch
1086 auf rein fachlicher Ebene ohne Personalverantwortung – ermöglicht werden.
1087 Aufgaben- und Tätigkeitswechsel innerhalb des gesamten „Konzerns Stadt“ müssen
1088 durch entsprechende Fortbildungsangebote ermöglicht und unterstützt werden. Das
1089 Angebot flexibler Arbeitszeitmodelle (u. a. Homeoffice) soll unter Beteiligung
1090 der Personalvertretung kontinuierlich ausgebaut werden.

1091 Gesunde Mitarbeiter*innen für die Stadt

1092 Um die Gesundheit der Mitarbeiter*innen zu erhalten und die Krankenquote

1093 abzusenken, wollen wir das betriebliche Gesundheitsmanagement weiter fördern.
 1094 Der Arbeitsmedizinische Dienst der Stadt Dortmund ist personell deutlich
 1095 unterbesetzt, was zu Ausfallzeiten bei den städtischen Mitarbeiter*innen und zu
 1096 Verzögerungen bei den Einstellungsuntersuchungen führt. Wir setzen uns dafür
 1097 ein, dass die nötigen arbeitsmedizinischen Leistungen für die Stadtverwaltung z.
 1098 B. vom Klinikum Dortmund zentral übernommen und so verbessert und
 1099 professionalisiert werden

1100 5.3 Gemeinwohl ist ein Wirtschaftsfaktor

1101 Kommunale Erfolge müssen nach mehr Kriterien als nur nach finanzwirtschaftlichen
 1102 Kennzahlen bewertet werden. Neben der klassischen Wirtschaftsbilanz müssen auch
 1103 Werte einbezogen und verglichen werden, die den gesellschaftlichen Nutzen des
 1104 unternehmerischen Handelns bilanzieren. Dazu gehören Teilhabe aller,
 1105 Mitbestimmung, Geschlechterdemokratie, ökologische Nachhaltigkeit oder auch
 1106 Lebensqualität. Gemeinwohlökonomie ist ein Schritt auf dem Weg hin zu einer
 1107 Wirtschaftsweise, die in erster Linie den Menschen in den Mittelpunkt stellt.
 1108 Kommunale Unternehmen sollen hierbei Vorreiter und Impulsgeber sein.

1109 Grün wählen für:

1110 Besondere Kriterien für kommunale Kapitalanlagen
 1111 Mit der Anlage öffentlicher Gelder können die Städte direkten Einfluss auf eine
 1112 nachhaltige Produktion und sozial gerechtes Handeln nehmen. Investitionen in
 1113 umweltschädliche Energieformen müssen ausgeschlossen werden. Ebenso sollte kein
 1114 Geld der Stadt in Firmen fließen, die Kinderarbeit zulassen, Kriegswaffen
 1115 herstellen oder anders gegen Menschenrechte verstoßen.

1116 Stadt als Vorbild: Gemeinwohlbilanz für städtische Unternehmen
 1117 Wir wollen, dass die städtischen Unternehmen Gemeinwohlbilanzen erstellen oder
 1118 in den Finanzberichten sozial-ökologische Kriterien gleichwertig mit den
 1119 finanziellen Kriterien darstellen. Neben den klassischen Kennzahlen, wie Umsatz
 1120 oder Rendite, soll die Bilanz um Gemeinwohlfaktoren erweitert werden, um die
 1121 gesamtheitliche Wirkung der Organisation auf Umwelt und Gesellschaft abzubilden.
 1122 Damit wird der Erfolg eines Betriebes an seinem tatsächlichen Beitrag zum
 1123 Wohlergehen und der Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft gemessen

1124 5.4 Haushalt – Handlungsfähig und zukunftsfest

1125 Kommunen brauchen für die Aufgaben, die sie erfüllen müssen, ausreichend
 1126 finanzielle Mittel. Den Städten wurden in den vergangenen Jahren immer mehr
 1127 Daueraufgaben z. B. in der Eingliederungshilfe oder bei der Flüchtlingsaufnahme
 1128 und -integration übertragen, ohne dass Bund und Land für die nötige
 1129 Gegenfinanzierung gesorgt haben. Damit werden die Spielräume für die eigenen
 1130 kommunalpolitischen Akzente von Jahr zu Jahr geringer.
 1131 Der Dortmunder Haushalt weist für das Jahr 2020 ein Defizit von 54,3 Mio. Euro
 1132 aus, für das Jahr 2021 sogar 57,2 Mio. Euro. Und die Stadt benötigt zur
 1133 Erfüllung ihrer Aufgaben zusätzlich Kassenkredite, deren Höhe sich 2019 auf rund
 1134 1,6 Mrd. Euro summierten. Schon bei einem moderaten Zinsanstieg oder einer sich
 1135 verschlechternden Konjunktur wäre Dortmund in der Haushaltssicherung. Für eine
 1136 politische Gestaltung der Stadt wäre dann kein Geld mehr da.

1137 Grün wählen für:

1138 Entlastung der Kommunen bei den Schulden
 1139 Über einen Altschuldenfonds wird den verschuldeten Kommunen ein Neustart
 1140 ermöglicht, indem sie von sogenannten unechten Liquiditätskrediten befreit
 1141 werden. Das sind die Kredite, die nicht nur zur Überbrückung kurzfristiger
 1142 Engpässe aufgenommen wurden, sondern zum Ausgleich dauerhafter, struktureller
 1143 Defizite benötigt werden. Sie sollen in einen Entschuldungsfonds eingebracht
 1144 werden, der die vollständige Tilgung nach 30 Jahren ermöglicht. Wichtig ist uns,
 1145 dass sich neben den Kommunen auch Bund und Länder an der Entschuldung
 1146 beteiligen. Denn schließlich sind es vor allem die steigenden Aufgaben im
 1147 sozialen Bereich, die den Kommunen aufgegeben werden, ohne sie mit den dafür
 1148 benötigten Finanzmitteln auszustatten.
 1149 Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen: Wir setzen uns deshalb für eine
 1150 deutliche Stärkung des Konnexitätsprinzips ein. Wenn Bund oder Land ein neues
 1151 Gesetz erlassen, müssen sie auch die Mehrkosten tragen

1152 Verbessertes Konzept für Bürger*innen-Haushalt
 1153 Das Ziel, die Dortmunder*innen über einen Bürger*innen-Haushalt an der
 1154 finanziellen Prioritätensetzung der Stadt zu beteiligen, hat in der
 1155 Vergangenheit nicht gut funktioniert. Dennoch ist der Bürger*innen-Haushalt ein
 1156 wichtiges und in anderen Kommunen erfolgreich eingesetztes Instrument, um eine
 1157 eigenständige Bürgerschaft zu stärken.
 1158 Die Bürger*innen müssen erleben, dass sie über die Beteiligung Einfluss auf die
 1159 politischen Entscheidungen nehmen und konkrete Veränderungen erreichen können.
 1160 Wir wollen deshalb ein Gesamtkonzept von der Einbindung der Bürger*innen bis zum
 1161 Umgang mit den Ergebnissen. Unterschiedliche Methoden bei der Auswahl der
 1162 Bürger*innen (Zufallsauswahl, Ansprache aktiver Bürger*innen und
 1163 Zielgruppenvertretungen), die stärkere Nutzung digitaler Möglichkeiten und eine
 1164 Ausweitung der Inhalte sollen die Akzeptanz und die Teilnahme erhöhen.

1165 5.5 Faire Kommune

1166 Die Stadt trägt Verantwortung. Ihr Handeln als Beschafferin von Waren und
 1167 Dienstleistungen wirkt sich auf viele Bereiche aus und entscheidet mit, ob
 1168 Klimaschutzziele erreicht werden, ob die hiesige Nachfrage zukunftsfähige
 1169 Entwicklungen fördert, oder auch, ob Migration als Chance oder als Problem
 1170 wahrgenommen wird. Auf GRÜNEN Antrag werden zukünftig bei Ausschreibungen und der
 1171 Vergabe städtischer Aufträge auch Kriterien der Frauenförderung und der
 1172 Vereinbarkeit von Beruf und Familie berücksichtigt. Damit wird das Engagement
 1173 von Unternehmen anerkannt, die z. B. flexible Arbeitszeitmodelle anbieten, ihre
 1174 Mitarbeiter*innen bei der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger unterstützen
 1175 oder Frauen explizit ermutigen, sich auf Ausbildungs- und Arbeitsplätze in
 1176 männerdominierten Berufsbereichen zu bewerben.

1177 Grün wählen für:

1178 Dauerhaftes Engagement für mehr Nachhaltigkeit
 1179 Seit 2007 setzt sich Dortmund für eine faire und nachhaltige Beschaffung ein,
 1180 seit 2009 trägt sie den Titel „Fairtrade Town“. Wir wollen, dass bei allen
 1181 Ausschreibungen und Beschaffungen die in der Vergabesatzung verankerten
 1182 sozialen, ökologischen und fairen Kriterien konsequent angewendet werden.
 1183 Wir unterstützen ausdrücklich den Dortmunder Weg, der die Tariftreue in der
 1184 strengen Form des alten Tariftreue- und Vergabegesetzes beibehält.
 1185 Auf GRÜNEN Antrag hin wurden auch Kriterien zur Gleichstellung und

1186 Familienfreundlichkeit in die Richtlinien aufgenommen. Wir wollen, dass
 1187 zukünftig auch Lokalität und der Umwelt-Footprint des Anbieters berücksichtigt
 1188 werden. Auch bei der Versorgung von Kitas, (Hoch-)Schulen, Altenheimen oder
 1189 Kliniken soll die Verwaltung verstärkt auf die Verwendung regionaler Öko-
 1190 Produkte setzen.

1191 Im Fachbereich Vergabe und Beschaffung soll vor dem Hintergrund dieser
 1192 Anforderungen ein Beurteilungskonzept für bevorzugte Lieferanten (Preferred-
 1193 Supplier-Konzept) erarbeitet werden.

1194 Wir wollen, dass die Stadt zukünftig verstärkt Programme und Projekte der
 1195 nachhaltigen Bildung und Entwicklung unterstützt und in ihren eigenen
 1196 Einrichtungen durchführt (s. auch Programmabschnitt Schule).

1197 Stärkere Beteiligung der Bürger*innen

1198 Bürgerbeteiligung ist für uns GRÜNE ein selbstverständlicher Bestandteil von
 1199 Kommunalpolitik und auch in Dortmund an vielen Stellen institutionalisiert. Ob
 1200 es um die Ausweisung neuer Wohnbaugebiete, Nachverdichtung oder die
 1201 städtebauliche Entwicklung von Flächen geht: Konflikte entstehen vor allem dann,
 1202 wenn Bürger*innen den Eindruck haben, dass Politik und Verwaltung sich nicht mit
 1203 ihnen über Ziele und Mittel der Stadtentwicklung verständigen.

1204 Wir wollen, dass die Stadt bei konfliktbehafteten Entscheidungen aktiv das
 1205 Gespräch mit betroffenen Bürger*innen und ihren zivilgesellschaftlichen
 1206 Organisationen sucht. Wir wollen „das Wissen der vielen“ rechtzeitig für
 1207 Planungs- und Entscheidungsprozesse nutzen, damit besser durchdachte,
 1208 akzeptierte und damit auch schnellere Lösungen herauskommen.

1209 Die Beteiligungsformate sollen möglichst viele Bevölkerungsgruppen ansprechen
 1210 und ihre Teilnahme ermöglichen. Zudem sollen Zeit und Ort der Veranstaltung so
 1211 gewählt werden, dass möglichst viele Bürger*innen teilnehmen können.

1212 Um Transparenz und Beteiligung zu intensivieren, fordern wir die Einrichtung der
 1213 Stelle eines*r Beteiligungsbeauftragten. Die Person kann die Arbeit der
 1214 Bezirksvertretungen und des Rates koordinieren, aber auch als Ansprechpartner*in
 1215 für die Bürger*innen fungieren. Alle Beteiligungsformate sollen gesammelt und
 1216 zentral veröffentlicht werden, sodass möglichst viele Menschen die Möglichkeit
 1217 haben mitzubestimmen.

1218 5.6 Digitalisierung – aktiv, nachhaltig, für den Menschen

1219 Wir Grüne sehen die Digitalisierung als Chance, die verantwortungsbewusst von
 1220 der Politik gestaltet werden muss. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen
 1221 gleichermaßen von den positiven Aspekten profitieren. Um die vielfältigen
 1222 Chancen des digitalen Wandels nutzbar zu machen, müssen wir diesen Wandel
 1223 gestalten. Im Mittelpunkt stehen für uns eine zukunftsfähige, digitale
 1224 Infrastruktur, der freie und gleichberechtigte Zugang zum Netz für alle, der
 1225 Schutz unserer Privatsphäre und unserer persönlichen Daten beispielsweise über
 1226 höchste IT-Sicherheitsstandards sowie eine modernisierte Verwaltung. Dies
 1227 ermöglicht ein freies Handeln im Netz, Innovationen und fairen Wettbewerb.
 1228 Wir dürfen aber auch diejenigen nicht vergessen, die keinen digitalen Zugang
 1229 haben. Ihnen müssen wir den „analogen“ Zugang zu öffentlichen Diensten und
 1230 Leistungen weiterhin garantieren.

1231 Grün wählen für:

1232 Ausbau des Open-Data-Portal und Nutzung von Open Source Software
 1233 Durch die Stadtverwaltung Dortmund werden große Mengen an nicht

1234 schutzbedürftigen Daten erhoben: statistische Daten, Umwelt-, Infrastruktur-,
1235 Verkehrs- oder Geodaten. Der offene und strukturierte Zugang zu diesen frei
1236 verfügbaren Datenbeständen ist ein wichtiger Beitrag für die Weiterentwicklung
1237 einer Wissensgesellschaft und ein zunehmender Standortfaktor für
1238 Wirtschaftsansiedlungen. Dortmund hat schon 2018 in Zusammenhang mit dem
1239 Masterplan Digitale Verwaltung die Einführung von Open Data beschlossen, u.a. um
1240 den Demokratied Gedanken durch eine Öffnung der Verwaltung zu stärken. Open Data
1241 kann aber auch die Erstellung und Nutzung von Anwendungen für das tägliche Leben
1242 erleichtern sowie Möglichkeiten zur Mitwirkung an Meinungsbildungsprozessen
1243 schaffen.

1244 Wir wollen, dass die Stadt diesen Weg konsequent weiterverfolgt und das Open-
1245 Data-Portal kontinuierlich ausbaut. Wir setzen uns zudem für die Nutzung von
1246 freier Software und offene Standards in der Datenverarbeitung ein.

1247 Digitalisierung im Sinne der Arbeitnehmer*innen

1248 Die Digitalisierung der Arbeitswelt ist für alle eine große Herausforderung. Wir
1249 GRÜNE wollen sie aktiv und zum Nutzen der Menschen gestalten. Wir wollen die
1250 Chancen der Flexibilisierung nutzen und dabei die Arbeitnehmer*innen- und
1251 Arbeitsschutzrechte nicht aus den Augen verlieren. Der Chance, seine Arbeit am
1252 frühen Abend zu erledigen, weil es besser in den eigenen Tagesablauf passt,
1253 steht die Gefahr gegenüber, dass wie selbstverständlich am frühen Abend Mails
1254 abgerufen werden müssen.

1255 Wir sehen durch die neue Technologie die Chance, Sozial- und Arbeitsstandards
1256 weiterzuentwickeln. Die begonnene Digitalisierungsstrategie begrüßen wir und
1257 werden sie unter Beachtung der gesetzlichen Mitbestimmungsregeln und der
1258 Einbeziehung der Personalvertretungen aktiv begleiten. Erwerbstätigkeit ist
1259 nicht nur ein unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor, sondern auch ein Instrument
1260 sozialer Teilhabe. Sie muss bei der fortschreitenden Digitalisierung besonders
1261 berücksichtigt werden.

1262 In Zeiten großer Veränderung ändern sich auch die Anforderungen ständig. Um eine
1263 menschengerechte Arbeitsgestaltung in einer digitalisierten Welt zu garantieren,
1264 wollen wir einen modernen Beschäftigtendatenschutz und wirksame
1265 Rahmenbedingungen für gesunde Arbeitsplätze. Auch in einer digitalisierten Welt
1266 muss es einen analogen Feierabend geben. Um den Wünschen nach beruflicher
1267 Weiterentwicklung gerecht zu werden, wollen wir eine Weiterbildungsstrategie
1268 definieren.

1269 Weiterentwicklung der Smart-City Dortmund

1270 Die Stadt ist Teil der Smart City Allianz. Ihre Rolle dort ist die der
1271 Sachwalterin der Bürger*innen-Interessen. Sie soll die vielfältigen
1272 kommerziellen Interessen der Beteiligten kanalisieren und Fehlentwicklungen
1273 abwenden. Als Teil des Prozesses soll sie diesen kreativ gestalten und steuern.
1274 Im Umfeld von Smart City und in Zusammenarbeit mit dem ehrenamtlichen Ombudsmann
1275 für Datenwert und Datenethik muss die Stadt sicherstellen, dass sensible Daten
1276 geschützt und nicht von Interessengruppen „vermarktet“ werden

1277 Nachhaltige Gestaltung von Digitalisierung

1278 In vielen Bereichen wie z.B. Mobilität und Logistik oder Strom und Wärme können
1279 digitale Innovationen helfen, die Klimaziele zu erreichen. Doch gleichzeitig
1280 sorgt die digitale Information und Kommunikation für einen rapide wachsenden
1281 Anteil der weltweiten Emissionen von Treibhausgasen und einen hohen
1282 Ressourcenverbrauch.

1283 Auf Bundesebene setzen wir GRÜNE uns deshalb für die Aufstellung ökologischer

1284 Leitplanken ein: Serverfarmen müssen auf Ökostrom umgestellt und Anbieter
 1285 digitaler Lösungen zur Datensparsamkeit, d.h. keine unnötige Erhebung und
 1286 Speicherung, verpflichtet werden. Es müssen Anreize für die Reduktion des IT-
 1287 bedingten Stromverbrauchs geschaffen werden. Digitale Endgeräte dürfen keine
 1288 Einwegprodukte mehr sein, sondern müssen auch repariert werden können.
 1289 Auf kommunaler Ebene wollen wir vor allem über Vorgaben in der Ausschreibung und
 1290 Beschaffung den Energie- und Ressourcenverbrauch von Soft- und Hardware
 1291 berücksichtigen und reduzieren. Im städtischen Arbeitsprogramm des Systemhauses
 1292 muss das Thema Green IT dauerhaft verankert und im Hinblick auf die neuen
 1293 Herausforderungen weiterentwickelt werden.

1294 6. Transparenz, Demokratie, Mitsprache und Beteiligung

1295 Wem gehört die Stadt? Natürlich den Bürger*innen. Viele Projekte in den
 1296 Bereichen Umwelt, Verkehr, Soziales, Kultur und Inklusion wären ohne das
 1297 vielfältige Engagement vieler Dortmunder*innen undenkbar. Wir GRÜNE sind selbst
 1298 aus Bürger*innen-Initiativen entstanden und unterstützen Menschen, die
 1299 Verantwortung übernehmen und die Stadtgesellschaft mitgestalten wollen. Wir
 1300 setzen uns deshalb dafür ein, dass die Beteiligung von Bürger*innen in der
 1301 Kommunalpolitik verbessert wird. Gleichzeitig müssen politische Prozesse
 1302 transparenter werden. Das Ehrenamt wollen wir weiter stärken.

1303 Grün wählen für:

1304 Live-Stream einführen

1305 Wir setzen uns dafür ein, öffentliche Sitzungen des Stadtrats live im Internet
 1306 zu übertragen und dauerhaft zugänglich zu machen. Das macht politische
 1307 Entscheidungen transparenter und führt zu einer geringeren Distanz zwischen den
 1308 Bürger*innen und ihren gewählten Vertreter*innen.
 1309 Eine Instrumentalisierung der Sitzungen des Rates durch rechtsextreme und
 1310 rechtspopulistische Ratsvertreter*innen bekämpft man durch kluge Strategien
 1311 abgestimmt mit anderen demokratischen Parteien und eine offensive
 1312 Auseinandersetzung in den Sitzungen – auch im Stream.

1313 Beteiligungsrechte in den Sitzungen ausbauen

1314 Wir wollen Beteiligungsrechte der Bürger*innen in den Sitzungen der Ausschüsse
 1315 ausbauen statt sie einzuschränken. In den Bezirksvertretungen gibt es bereits
 1316 jetzt in jeder Sitzung eine Bürger*innen-Sprechstunde. Wir setzen uns dafür ein,
 1317 dass die Mitglieder des Integrationsrates, des Seniorenbeirats sowie des
 1318 Behindertenpolitischen Netzwerks ein festes Rederecht in den Bezirksvertretungen
 1319 bekommen.

1320 Die Möglichkeiten des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung,
 1321 Anregungen und Beschwerden sind zu wenigen Bürger*innen bekannt. Das zeigt die
 1322 geringe Anzahl von Eingaben. Wir setzen uns dafür ein, über die Möglichkeiten
 1323 für Anregungen und Beschwerden offensiv zu informieren. Wir setzen uns für die
 1324 Einführung einer Bürger*innen-Sprechstunde im Ausschuss analog zu den
 1325 Bezirksvertretungen ein.

1326 Bezirksvertretungen – Stadtbezirksparlamente wertschätzen

1327 Die Bezirksvertretungen leisten wichtige, kommunalpolitische Arbeit in den zwölf
 1328 Dortmunder Stadtbezirken. Sie haben den direktesten Zugang zu vielen
 1329 Bürger*innen. Ihre Kenntnisse über die Situation vor Ort ist bei vielen
 1330 Entscheidungen des Stadtrats, der Ausschüsse und der Stadtverwaltung von großer
 1331 Bedeutung. Allerdings werden Entscheidungen der Bezirksvertretungen oft nicht

1332 ausreichend berücksichtigt oder nicht nachvollziehbar abgelehnt. Wir wollen den
 1333 Bezirksvertretungen mehr Gewicht verleihen und für die gewählten
 1334 Bezirksvertretungen bessere Möglichkeiten für ihre Arbeit schaffen. Dazu zählen
 1335 die entsprechende Ausrüstung mit digitalen Geräten und ein besserer Zugang zu
 1336 den Informationsmöglichkeiten der Verwaltung.

1337 Digitale Beteiligung einführen, Jugendparlament prüfen
 1338 Wir wollen die größtmögliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der
 1339 Entwicklung unserer Stadt. Die stadtweiten Jugendforen sind dabei ein gutes und
 1340 bewährtes Instrument. Die zusätzliche Einrichtung eines Jugendparlaments in der
 1341 nächsten Wahlperiode wollen wir mit allen demokratischen Parteien und unter
 1342 Beteiligung der Kinder und Jugendlichen diskutieren (siehe auch Kapitel „Kinder
 1343 und Jugendliche“).

1344 Wir setzen uns dafür ein, insbesondere für Jugendliche weitere moderne
 1345 Beteiligungsformen einzuführen. In anderen Städten gibt es dafür bereits das
 1346 Projekt „aula“. Es ermöglicht in erster Linie Schüler*innen der weiterführenden
 1347 Schulen, mit Hilfe einer Online-Plattform und didaktischer Begleitung eigene
 1348 Ideen für die Gestaltung ihres Schulumfelds zu entwickeln, Mehrheiten dafür zu
 1349 finden und die Umsetzung zu beschließen. Damit vereint „aula“ mediale Bildung
 1350 mit politischer Bildung und fördert die mündige politische Beteiligung in einer
 1351 digitalisierten Welt. Wir wollen das Modell auch für kommunale Zusammenhänge
 1352 außerhalb von Schulen prüfen.

1353 Bürger*innenbeteiligung stärken
 1354 Dortmund hat 600.000 Gehirne – nutzen wir sie. Wir stehen für eine aktive
 1355 Zivilgesellschaft, deren Rat und Mitentscheidung wir noch stärker einbeziehen
 1356 wollen. Dazu braucht es frühzeitige Information und Einbeziehung bei allen
 1357 Planungsprozessen, neue Formen der Beteiligung und die Modernisierung
 1358 traditioneller Formate. Wir wollen neue Verfahren entwickeln und ausweiten, die
 1359 möglichst viele Menschen einbinden und nicht nur die bereits in der
 1360 Stadtgesellschaft Engagierten. Onlinebeteiligungsplattformen, Bürger*innen-
 1361 Gutachten, Zukunftswerkstätten, Online-Petitionen und Beteiligungshaushalte sind
 1362 dabei ebenso mögliche Formen wie die Modernisierung von Bürger*innen-
 1363 Versammlungen mit Vorabdiskussionen auf Onlineplattformen. Die Erfahrungen mit
 1364 Beteiligungsprozessen zeigen, dass sich mehrheitlich politiknahe
 1365 Bevölkerungsgruppen beteiligen. Wir wollen, dass auch Bevölkerungsgruppen
 1366 miteinbezogen werden, die nicht so artikulations- und beteiligungsstark sind.
 1367 Deshalb setzen wir uns dafür ein, projektbezogen sinnvolle Formen zu finden, die
 1368 eine möglichst breite Beteiligung ermöglichen.
 1369 Für eine kontinuierliche Bürger*innen-Beteiligung ist es notwendig, alle
 1370 relevanten Informationen und Dokumente zugänglich zu machen und praxisgerechte
 1371 Beteiligungsinstrumente zu schaffen. Und: Beteiligungsprozesse dürfen nicht im
 1372 Nichts verlaufen, sondern müssen Konsequenzen haben, über die transparent und
 1373 kontinuierlich informiert wird. Das bereits beschlossene Klimabarometer auf der
 1374 Homepage der Stadt ist dafür ein erstes Beispiel.

1375 Frag die Stadt – Informationsfreiheitsgesetz stärken
 1376 Informationsfreiheit ist das Recht auf freien Zugang zu amtlichen Informationen
 1377 und ein Mittel zur Kontrolle politischer Prozesse. Sie kann Korruption vorbeugen
 1378 und erhöht die Transparenz und Rechenschaftspflicht von Politik und Verwaltung.
 1379 Der freie Informationsfluss vom Staat an die Bürger*innen stärkt und belebt die
 1380 Demokratie, weil er Partizipation möglich macht. Ob Umweltauswirkungen von
 1381 Bauvorhaben, Lärmmessungen, CO2-Daten, Gutachten zum öffentlichen Nahverkehr

1382 oder Ergebnisse von Hygienekontrollen – auf der Grundlage des
1383 Informationsfreiheitsgesetz muss die Stadt auf Antrag Informationen und auch
1384 Protokolle zur Verfügung stellen. Dabei sollte die Stadt proaktiv vorgehen und
1385 Informationen auf dem Open Data Portal der Stadt zur Verfügung stellen (siehe
1386 auch Kapitel Verwaltung). Wir stehen für eine offene und transparente Verwaltung
1387 und setzen uns dafür ein, dass alle Bürger*innen in Dortmund auf der Grundlage
1388 des Gesetzes problemlos freien Zugang zu städtischen Informationen bekommen.

1389 Ehrenamt und Freiwilligkeit stärken
1390 Das ehrenamtliche Engagement vieler Dortmunder*innen in ganz unterschiedlichen
1391 Bereichen von sozialen Projekten bis hin zum Umweltschutz trägt viel dazu bei,
1392 unsere Stadtgesellschaft zusammenzuhalten und zu einem offenen und
1393 demokratischen Miteinander zu entwickeln. Das gilt insbesondere auch für das
1394 große Engagement der vielen Ehrenamtlichen bei der Integration der zu uns
1395 Geflüchteten und Zugewanderten. Wir unterstützen und fördern weiterhin das
1396 Ehrenamt als wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen und politischen
1397 Gemeinwohl und zur Integration. Deshalb haben wir der Einführung der
1398 Ehrenamtskarte des Landes in Dortmund zugestimmt. Die damit möglichen
1399 Vergünstigungen wollen wir erweitern. Gleichzeitig ist uns eine Unterstützung
1400 derjenigen Ehrenamtlichen wichtig, die nicht die Voraussetzungen für die
1401 Ehrenamtskarte erfüllen. Gerade diesen Bereich wollen wir in der kommenden
1402 Wahlperiode ausbauen. Durch Online-Plattformen wollen wir die Vernetzung unter
1403 den Ehrenamtlichen als auch den Austausch mit professionell helfenden fördern.
1404 Gleichzeitig werden wir darauf achten, dass keine Aufgaben aus bezahlten
1405 Bereichen ins Ehrenamt ausgegliedert werden, um Kosten zu sparen.

A8 NEU: Junge Menschen zum Bleiben bewegen

Antragsteller*in: Hannah

Text

1 JUNGE MENSCHEN ZUM BLEIBEN BEWEGEN

2 Die große Gruppe junger Erwachsene in Dortmund unterscheidet sich mit ihren
3 Bedürfnissen klar von den älteren. Junge Menschen befinden sich meist noch in
4 ihrer Berufsausbildung oder am Anfang ihrer beruflichen Karriere. Ihre
5 zukünftige Entwicklung hängt wesentlich von den jetzigen Gegebenheiten ab. Wir
6 wollen, dass Dortmund ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort für Junge Menschen
7 wird, dazu gehören neben entsprechenden Arbeitsmarktchancen insbesondere auch
8 Kultur- und Freizeitangebote. Kinder des Ruhrpotts und Menschen, die für Ihre
9 Ausbildung zu uns kommen, sollen Dortmund als Heimatstadt erleben und gestalten.
10 Junge Menschen werden die Geschicke Dortmunds zukünftig mitbestimmen.

11 Strukturwandel vorantreiben und berufliche Perspektiven schaffen

12 Der Strukturwandel im Ruhrgebiet ist noch nicht abgeschlossen. Es gilt dabei
13 insbesondere junge Menschen mit ihrem technischen Know-How und neuen
14 Denkansätzen in die Realisierung des Strukturwandels mit einzubeziehen, um die
15 Zukunftsfähigkeit Dortmunds zu sichern. Ausgebildeten Fachkräfte aus den
16 Hochschulen, Berufsschulen und Universitäten sollen im Ruhrgebiet Berufschancen
17 geboten werden, damit sie die Zukunft Dortmunds gestalten und nicht abwandern.

18 Wohnraum für Junge Menschen

19 Am Wohnungsmarkt konkurrieren junge Menschen mit älteren erwerbstätigen Menschen
20 um Wohnraum. Insbesondere bei knappen Mengen werden Menschen mit geringem
21 Einkommen verdrängt. Dem gilt es politisch etwas entgegenzusetzen. Für
22 Studierende, Menschen in Ausbildung und junge Berufsanfänger sollen ausreichende
23 Mengen bedarfsgerechten Wohnraums bereitgestellt werden. Falls entsprechende
24 Räume nicht verkehrsgünstig liegen, sollen sie mit neuen ÖPNV-Angeboten
25 erschlossen werden. Dies gilt auch insbesondere für Nachtbusverbindungen.

26 Kultur und Nachtleben fördern

27 Junge Menschen legen Wert auf eine vielseitige Freizeitmöglichkeiten. Nicht nur
28 der BVB ist ein wesentliches Stück Kultur, auch die Kunstszenen, verschiedenste
29 Sportarten und das industrielle Erbe prägen die Stadt. Die Stadt sollte sich
30 verstärkt selbst als Akteurin der freien Kunst und Kulturszene einbringen und
31 demonstrieren, wie wichtig der Erhalt dieser Kultur für ihre jungen
32 Mitbürger*innen ist. Dazu gehört auch der Schutz der Kneipenkultur, insbesondere
33 in der aktuellen Coronapandemie. Die Einrichtung einer Nachtbürgermeisterin oder
34 eines Nachtbürgermeisters, zur Vernetzung der verschiedenen Akteure des
35 Dortmunder Nachtlebens, gilt es dafür zu prüfen.